Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 289. Montag, 13. Dezember 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 5/6. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Militärkontrolle verschwindet am 31. Januar 1927.

Einigung in Genf.

Genf, 12. Dezember. Bei der heutigen Zusammenkunft der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte und Deutschlands, die von 4 Uhr bis kurz nach 6,30 Uhr dauerte, ist eine völlige Uebereinstimmung erzielt worden. Die Interalliierte Militärkontrollkommission verläßt am 31. 1. 1927 Berlin.

Vor dem Zusammentritt der Außenminister hatte eine längere Beratung der juristischen Sachverständigen stattgefunden, bei der eine Formulierung der zustandegekommenen Einigung ausgearbeitet worden ist. An der heutigen Nachmittagskonferenz der Fünfermächte haben Chamberlain, Briand, Dr. Stresemann, Vandervelde und Scialoja und Graf Ishii teilgenommen. Die englische und die französische Delegation verlassen heute abend Genf. Die deutsche Delegation reist morgen ab.

•

Das amtliche Kommunique über die Sitzung der Fünfermächte.

* Genf, 12. Dezember. Das heute von den Vertretern der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte und Deutschlands über die heutige Nachmittagssitzung in Genf ausgegebene Kommunique hat folgenden Wortlaut:

Im Verlaufe einer Besprechung, die am 12. Dezember 1926 in Genf zwischen den Vertretern der deutschen, belgischen, französischen, großbritannischen, italienischen und japanischen Regierung über die von der Interalliierten Militärkontrollkommission und der Botschafterkonferenz noch in der Schwebe befindlichen Fragen stattgefunden hat, ist zunächst mit Genugtuung festgestellt worden, daß über den größten Teil der mehr als einhundert Punkte, die zwischen den genannten Regierungen im Juni 1925 hinsichtlich der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles strittig waren, eine Verständigung erzielt worden ist. Nur die Verständigung über zwei Fragen steht noch aus. Alles berechtigt aber zu der Hoffnung, daß auch diese beiden Fragen glücklich geregelt werden können. Unter diesen Umständen ist folgendes vereinbart worden:

1. Die diplomatische Erörterung über die Frage der Festungen und die Frage des Kriegsmaterials wird von der Botschafterkonferenz fortgesetzt werden. Es werden neue Vorschläge gemacht werden, um die Erörterung zu fördern und ihren Abschluß zu erleichtern.

2. In der Zwischenzeit bis zur Erzielung einer Lösung werden alle in Rede stehenden Arbeiten an den Festungen eingestellt, unbeschadet des Rechtes der Parteien, ihren Rechtsstandpunkt aufrecht zu erhalten.

3. Die Interalliierte Militärkontrollkommission wird am 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen. Von diesem Tage an findet Artikel 213 des Friedensvertrages Anwendung nach Maßgabe der von dem Völkerbundsrat gefaßten Beschluß.

4. Wenn an diesem Tage die bezeichneten Fragen wider alles Erwarten noch keine gütliche Lösung gefunden haben sollten, werden sie vor den Völkerbundsrat gebracht werden.

5. Für alle Fragen die mit der Ausführung der erzielten oder noch zu erzielenden Lösungen noch zusammenhängen, kann jede der in der Botschafterkonferenz vertretenen Regierungen ihrer Botschaft in Berlin einen technischen Sachverständigen attachieren, der geeignet ist mit den zuständigen deutschen Behörden ins Benehmen zu treten.

*

)(Genf, 12. Dez. Zu der Einigung in Genf in der Frage der Militärkontrolle wird ergänzend noch mitgeteilt: Die Vormittagssitzung der fünf Außenminister am Sonntag hatte um 12 Uhr begonnen. An der Konferenz nahmen Chamberlain, Briand, Dr. Stresemann, Vandervelde, Scialoja, ferner Staatssekretär v. Schubert und die drei juristischen Sachverständigen, Ministerialdirektor Dr. Gaus, Sir Cecil Hurst und Fromageot teil. Die Sitzung wurde nach zweieinhalbstündiger Dauer abgebrochen. Um 2 Uhr gab die in Genf vertretene deutsche Presse dem Außenminister Dr. Stresemann ein Essen zu Ehren der Nobelpreisverleihung, die zugleich eine Ehrung für Deutschland bedeutete. Der Minister nahm bei diesem Essen das Wort zu einer Ansprache, in der er die gemeinsamen Ziele aller Freunde des Vaterlandes unter Würdigung der verschiedenen politischen Auffassungen betonte und erklärte, daß die Zuerkennung des Friedenspreises bezeugen würde, daß die Werte Deutschlands entgegen irgendwelchen anderen Anschuldigungen auf wahren Frieden gerichtet seien. Um 4 Uhr trafen sich dann die fünf Außenminister wieder. Dr. Stresemann und Staatssekretär Schubert hatten ein gemeinsames Essen mit Briand und Chamberlain abgelehnt, um die inzwischen von den Juristen fertiggestellte Formulierung der Verabredungen des Vormittags zur Kenntnis zu nehmen. Diese Formulierung wurde auch nach Paris gemeldet. Man nahm allgemein an, daß sie sofort angenommen würde.

Starkes Aufsehen in Genf hat auch der Kampf erregt, der in den letzten Tagen zwischen Briand und Poincaré ausgefochten wurde und der nun

mit einer Niederlage Poincarés

geendet zu haben scheint. Poincaré wollte auf keinen Fall, daß Frankreich sich zu irgendwelchen Zugeständnissen bereitfinde. Er wollte vor allem eine Zurückziehung der Militärkontrollkommission vermieden wissen. Man glaubt in Genf nach den aus Paris eingetroffenen Nachrichten annehmen zu können, daß Frankreich um Haaresbreite an einer schweren inneren Krise vorbeigegangen ist. Sowohl Briand wie auch ein Teil seiner Ministerkollegen von der Linken sollen erklärt haben, daß sie ein Scheitern der Genfer Verhandlungen mit sofortiger Demission beantworten müßten. Poincaré soll sich dadurch veranlaßt gesehen haben, einzulenken. Die Pariser Blätter wissen zu berichten, daß die Einmütigkeit zwischen Poincaré und Briand wieder hergestellt sei.

Interessant ist auch, daß die Pariser Presse immer wieder das Gerücht verbreitet, daß die Reichsregierung dem Drängen der Alliierten nachgegeben und den General von Pawelsz mit neuen Instruktionen versehen hätte. Demgegenüber ist von deutscher Seite versichert worden, daß an der Auffassung der Reichsregierung in den strittigen Fragen sich nichts geändert hätte, und daß infolgedessen der General von Pawelsz niemals neue Vorschläge unterbreitet habe. Bezeichnend ist aber, daß man auf französischer Seite den Ersatz der bisherigen Kontrollkommission unter Walch durch eine Investigationskommission des Völkerbundes unter Leitung des französischen Generals Baratier nicht als Nachteil, sondern geradezu als Fortschritt im französischen Sinne ansieht. So hat z. B. das „Echo de Paris" geschrieben, daß Frankreich trotz seiner taktischen Fehler, die in Genf begangen wurden, bei diesem Tausch gewinnen würde.

Wie weiter verlautet, ist in der Sonntagnacht und am Sonntag der französische Ministerrat nicht weniger als dreimal zusammengetreten, bis die Einigung über das Genfer Kompromiß erzielt war.

Schlußsitzung des Völkerbundsrates.

)(Genf, 11. Dezember. In seiner heutigen Schlußsitzung hat der Völkerbundsrat auf den Bericht des tschechoslowakischen Außenministers Benesch hin in der Investigationsfrage einstimmig und debattelos nachstehenden Beschluß gefaßt:

In Erwiderung auf gewisse Fragen, die von der deutschen Regierung hinsichtlich der vom Völkerbundsrat am 27. September 1924 und am 14. März 1925 angenommenen Regeln gestellt worden sind, trifft der Rat folgende Feststellungen:

1. Der Völkerbundsrat entscheidet gemäß Artikel 213 des Vertrages von Versailles durch Mehrheitsbeschluß, ob es in einem konkreten Falle notwendig ist, zu einer Investigation zu schreiten; er hat alsdann Gegenstand und Grenze der Investigation zu spezifizieren. Die Investigationskommissionen handeln unter der Autorität und nach den Weisungen des Völkerbundsrates, der mit Mehrheit beschließt.

2. Um eine wirksame Investigation zu ermöglichen, hat sich die Investigationskommission an die von der Deutschen Regierung bezeichneten Vertreter oder deren Beauftragte zu wenden, denen es obliegt, unverzüglich die Mitwirkung der nach der deutschen Gesetzgebung zuständigen Verwaltungs-, Gerichts- und Militärbehörde herbeizuführen. Alsdann wird im beiderseitigen Einvernehmen zu den Nachforschungen und Feststellungen geschritten, welche die Kommission in den Grenzen ihrer Aufgabe für zweckmäßig hält.

3. Die Bestimmung, wonach die Angehörigen der dem Investigationsrecht unterworfenen Staaten nicht Mitglieder der Investigationskommissionen sein können, ist so zu verstehen, daß die Angehörigen des Staates, auf dessen Gebiet zu einer Investigation geschritten wird, niemals Mitglieder der zu dieser Investigation schreitenden Kommission sein sollen.

4. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Bestimmungen des Artikels 213 des Friedensvertrages mit Deutschland über die Investigationen auf die entmilitarisierte Rheinlandzone in gleicher Weise wie auf die übrigen Teile Deutschlands anwendbar sind; diese Bestimmungen sehen für diese Zone ebenso wenig wie für andere Gebiete die Einrichtung einer besonderen Kontrolle durch ständige und dauernde lokale Elemente vor. In der entmilitarisierten Rheinlandzone können derartige besondere, nicht in Artikel 213 vorgesehene Elemente nur durch ein Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen eingerichtet werden.

5. Die Feststellungen der vorstehenden Absätze 1, 2 und 3 finden natürlich auch in dem Falle der Artikel 159 des Vertrages von St. Germain, 143 des Vertrages von Trianon und 104 des Vertrages von Neuilly Anwendung.

Die Rede Stresemanns in der Schlußsitzung des Völkerbundsrates.

)(Genf. Die Rede, die Reichsminister des Aeußeren Dr. Stresemann in der Schlußsitzung des Völkerbundsrates in deutscher Sprache hielt, hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident, meine Herren! Ich danke Ihnen für die gütigen Worte, die Sie den Mitgliedern des Rats, die mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden sind, gewidmet haben. Meine verehrten Kollegen Briand und Chamberlain haben mit ihren Darlegungen das ganze Gebiet unseres Wirkens so abgezeichnet, daß ich nur noch wenige Worte hinzuzufügen habe. Bei der Entscheidung, die jene unabhängige Kommission in Oslo getroffen hat, handelt es sich nicht um Personen, sondern um Träger von Ideen, um die in diesen letzten Jahren der europäischen Entwicklung gekämpft worden ist. Bei diesem Punkt handelt es sich letzten Endes um einen großen Seelenkampf innerhalb einzelner Völker und innerhalb der Beziehungen der Völker zu einander, der die Signatur der heutigen Lage ist. Ich bin gewiß nicht so glücklich wie Sir Austen Chamberlain, sagen zu können, daß es für mich immer am leichtesten gewesen wäre, in diesem Kampf diese Position einzunehmen, die ich vertreten habe. Immer mußte ich wieder Hindernisse überwinden. Sie werden Verständnis dafür haben, daß der Weg, den die große Mehrheit des deutschen Volkes gegangen ist, der Weg, von dem ich hoffe, daß eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes ihn weitergehen wird, für die Seele dieses Volkes ein außerordentlich schwerer und entsagungsvoller gewesen ist. Ein italienischer Dichter sagt, der größte Schmerz sei der, in den Zeiten, die auf das Glück folgen, der vergangenen großen Zeit zu gedenken. Ich habe einmal im deutschen Reichstag, als ich nicht Minister war und ein anderer Mann, der in demselben Sinne arbeitete, Außenminister wurde, gesagt, daß für lange Zeit jeder deutsche Außenminister unendliche Schwierigkeiten haben werde, die Diskrepanz zu überwinden, die zwischen der großen Vergangenheit des deutschen Volkes und der Politik besteht, die heute allein gemacht werden kann. Manchmal hat man gegenüber dieser Politik die Frage und den Vorwurf erhoben, ob sie eine Politik der Würde der Nation und der Entwicklung in die Zukunft sei. Darauf antworte ich: Die große Entwicklung eines jeden Volkes, das beste was es nach seinen Fähigkeiten geben kann, ist immer in der Weltgeschichte auf dem Frieden begründet gewesen, und derjenige dient am besten seinem Volke, der dafür sorgt, daß seine Fähigkeiten sich entfalten können in einer Periode nicht nur des Friedens und des einzelnen Landes, sondern der ganzen Menschheit. Das ist die Politik der Ehre und der Würde der Nation, die wir alle vertreten haben. Es ist ein langer Weg, der nach Genf geführt hat. Manchmal schien es beinahe so, als ob das Klima von Genf nicht so sonnig wäre wie Locarno. Ich halte es beinahe für ein Naturgesetz, daß auf jeden Fortschritt ein Rückschlag folgt und daß immer neue Hindernisse sich in den Weg stellen. Und ich glaube sagen zu können, daß, wenn ein gewisses Gefühl innerer Befriedigung über das, was jemand erreichte im Leben, in ihm wach wird, es dann am stärksten ist, wenn der Weg zu diesem Ziele über Hindernisse und Schwierigkeiten geht. Es wird auch in unserer Politik nicht an Rückschlägen fehlen, aber es wird sich zeigen, daß eine große Idee in den Menschen Widerstände zu überwinden vermag, die formal unüberwindlich scheinen und daß es die großen Ideen sind, die sich schließlich durchsetzen.

Die alten Griechen sagten, daß die Götter vor den Erfolg den Schweiß gesetzt hätten. Das gilt auch für die Politik, die wir in den letzten Jahren getrieben haben. Das wird auch für die Zukunft gelten. Lassen Sie mich deshalb hoffen, daß der Weg, den wir gehen, ein Weg des Fortschrittes und des allgemeinen Friedens sein möge.

Schließlich habe ich noch den Wunsch, unserem verehrten Präsidenten zu sagen, daß in all den Entwicklungen der letzten Jahre wir stets glücklich gewesen sind, ihn als hochherzigen und verständnisvollen Vermittler an unserer Seite zu sehen.

Ich hoffe, daß eine spätere Zeit auch ihre Zustimmung geben wird zu der Entscheidung, die jetzt in Oslo getroffen wurde und die mehr den Ideen als ihren Trägern gilt.

Französische Blätter über das Genfer Abkommen.

Paris. (Funkspruch.) Zu dem in Genf abgeschlossenen Abkommen äußert sich die Morgenpresse zustimmend. Journal schreibt: Die Methode der Entwaffnung Deutschlands hat die Lösung gefunden, die vorauszusehen war. Locarno trägt den Sieg davon. Ein Kompromiß, daß auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse abgeschlossen wird, mildert, was es noch an Schärfe in dem verblassenden Regime von Versailles gab. — Quotidien führt aus: Deutschland will wieder groß werden. Frankreich will Sicherheit haben, diese Bestrebungen sind nicht immer leicht miteinander in Einklang zu bringen, aber das wesentliche ist, daß ein gemeinsamer guter Wille sich bemüht, die Streitursachen zu beseitigen. Von nun an ist die Politik von Locarno die Politik Frankreichs.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 13. Dezember 1926.

—* **Wettervorhersage für den 14. Dezember.** (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Zeitweilig aufklarend. Im übrigen im Flachland noch neblig getrübt. Oertlich etwas Nebelnässen nicht ausgeschlossen. Bei nächtlichem Aufklaren Nachtfrostgefahr. Temperaturen einige Grad über Null. Erzgebirgskamm möglicherweise vorübergehend milder als im Flachland. Schwache Luftbewegung.

—* **Daten für den 14. Dezember 1926.** Sonnenaufgang 7,57 Uhr. Sonnenuntergang 3,52 Uhr. Mondaufgang 1,40 Uhr N. Monduntergang 1,36 Uhr V. 1546: Der Astronom Tycho Brahe in Kundstrup geb. (gest. 1601). 1799: G. Washington, Begründer der Unabhängigkeit Nordamerikas, in Mount Vernon gest. (geb. 1732). 1849: Der Komponist Konradin Kreutzer in Riga gest. (geb. 1780). 1854: Der Radierer Peter Halm in Mainz geb. (gest. 1923). 1911: Roald Amundsen erreicht den Südpol.

—* **Der „silberne" Sonntag.** Wohl prangte auch er nicht im Silber des Schnees und Eises, sondern war wie die Tage vorher schon ein recht trüber, nebliger und feuchter Geselle, für das Weihnachtsgeschäft aber ist er der silberne Sonntag geworden und hat die an ihn geknüpften Erwartungen in den weitaus meisten Fällen erfüllt. Schon in den Mittagsstunden zeigte die innere Stadt ein äußerst lebhaftes Treiben, das sich in den Nachmittags- und frühen Abendstunden unter dem Zustrom auch vieler auswärtiger Käufer noch steigerte. Die Geschäfte erfreuten sich vielfach eines recht lebhaften Zuspruchs, und gekauft wurde bereits auch ganz gut; das konnte man an den vielen Paketen sehen, die auf den Straßen herumgetragen wurden. Der rege Verkehr hielt bis zum Schluß der Geschäftszeit an und bot in den hellerleuchteten Straßen mit den reichausgestatteten Schaufenstern allenthalben das Bild eines echten und rechten Geschäftssonntages der Weihnachtszeit. Froh bewegt wogte die Menge auf und ab, voller heimlicher Wünsche und Pläne im Herzen und erfüllt von Erwartung und Freude auf die bevorstehende gegenseitige Weihnachtsüberraschung. Mit Päckchen und Paketen eilten die Käufer und Käuferinnen dann nach Hause, oft noch eine Kleinigkeit an Näschereien oder dergl. mit nach Hause nehmend, um den Kindern eine kleine Vorfreude zu bereiten. Mit dem silbernen Sonntage wurde gleichzeitig der Christmarkt auf dem Albertplatze eröffnet, der ebenfalls von vielen Schau- und Kauflustigen aufgesucht wurde. — Alles in allem war es ein silberner Sonntag, der seinem althergebrachten Namen alle Ehre machte und mit frohen Erwartungen auch dem kommenden goldenen Sonntage entgegen blicken läßt.

—* **Sächsische Landesbühne.** Am 20. ds. Mts. beginnt die dritte Spielzeit der „Sächsischen Landesbühne" in Riesa. Näheres ist aus dem Anzeigenteil der heutigen Nummer zu ersehen. Besonders sei hingewiesen auf die Weihnachtsmärchen-Aufführung „Aschenbrödel" am 3. Weihnachtsfeiertage nachm. ½4 Uhr bei besonders ermäßigten Preisen. — Wer seinen Familienangehörigen eine Weihnachtsfreude machen will, schenke ihnen Eintrittskarten zu einer der Aufführungen der Sächsischen Landesbühne am 20., 21., 22., 27. oder 28. Dezember.

—* **Polizeibericht.** Am 12. 12. 26 ist von einer hiesigen Einwohnerin beim Kriminalposten ein Posten frischgewaschene Wäsche als gefunden abgegeben worden. Ausgeschlossen ist nicht, daß die Wäsche gestohlen worden ist. Der Eigentümer wird gebeten, sich daselbst baldigst zu melden. — Gewarnt wird vor einem Betrüger, der Kraftwagenbesitzer als Mitglieder für den Verband Sächsischer Automobilbesitzer zu werben sucht und dabei 10 Rentenmark Eintrittsgeld fordert. Er hat auf diese Weise in Sachsen bereits eine größere Anzahl Kraftwagenbesitzer geschädigt. Sollte er auch hier auftreten, so wird um sofortige Mitteilung gebeten.

—* **Fahrraddiebstahl.** Gestohlen worden ist aus einem verschlossen gewesenen Schuppen in hiesiger Stadt in der Zeit vom 9. bis 11. dieses Monats ein fast neues Tourenrad, Marke „Opel" Nr. 903796, mit schwarzem Rahmenbau, dergl. Schutzblechen, gelben Felgen, gerader Lenkstange mit aufwärtsgebogenen schwarzen Zelluloidgriffen, roter Continentalbereifung, dreieckiger Werkzeugtasche und Glocke mit der Aufschrift Otto Mühlbach, Riesa. Am Rahmenbau silberne Aufschrift: Sieger Wien-Berlin. Vor Ankauf des Rades wird gewarnt.

—* **Beginn der Weihnachtsferien an den Schulen.** Für die Volksschulen beginnen die Ferien am 23. Dezember. Die Wiederaufnahme des Unterrichts erfolgt am 7. Januar nächsten Jahres.

—* **Hausfrauen — deckt euren Weihnachtsbedarf rechtzeitig — und kauft nicht erst in den Abendstunden ein!** Dieser Ruf ist nur zu berechtigt. Alljährlich ist zu beobachten, daß die Einkäufe für den Weihnachtstisch vielfach erst in den letzten Tagen und Stunden vor der Bescherung vorgenommen werden. Hast, Eile und Unbequemlichkeiten trüben dann oft noch die Feststimmung, machen die Stunden des Auswählens der Geschenke für die Lieben daheim eher „zur Plage als zur Freude". Geschäftsinhaber und Angestellte müssen, ob sie wollen oder nicht, oft darauf verzichten, ihre Kunden mit der gewohnten Sorgfalt zu bedienen. Verdruß und Aerger sind häufig das Ergebnis auf beiden Seiten. Und noch eine weitere wichtige Frage: Haben nicht auch Angestellte und Geschäftsinhaber Anrecht auf Freizeit und Gesundheit? Wollen nicht auch diese ihre Weihnachtstage mit weniger abgespannten und überreizten Nerven verbringen? Soll nicht jeder Deutsche das Weihnachtsfest und die täglichen Feierstunden fröhlich und sobald als möglich begehen und genießen können. Diese Fragen sind, wie gesagt, nur allzu berechtigt und werden sicher Verständnis bei den Hausfrauen und Müttern finden. Deshalb nochmals: Deckt euren Weihnachtsbedarf rechtzeitig, und kauft auch nicht erst in den Abendstunden ein!

—* **Die Weihnachtsbeihilfe für die Kriegsopfer.** Infolge der eingetretenen Verzögerung kann leider bei der zum 15. dieses Monats fälligen Zahlung der Zusatzrenten die Weihnachtsbeihilfe für Zusatzrentenempfänger nicht mit ausgezahlt werden. Die Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene dürften aber ermächtigt werden, die Beihilfe sofort nach Beschlußfassung durch den Reichsrat auszuzahlen, so daß immerhin die Zahlung noch vor Weihnachten erfolgt. Die Zulage zu den allgemeinen Renten kann durch die Post vor Weihnachten leider nicht mehr gezahlt werden. Die Weihnachtsbeihilfe wird vielmehr in diesen Fällen zusammen mit der Januarrente zwischen Weihnachten und Neujahr zur Auszahlung gebracht.

—* **Aufführung der Pestalozzischule.** Das reizende Spiel aus sonnigem Kinderland „Das goldene Tor", das bereits bei seiner Erstaufführung am Donnerstag einen schönen Erfolg zu verzeichnen hatte, wurde am Sonnabend abend zum zweiten Male dargeboten. Der Besuch auch dieser Veranstaltung war erfreulicherweise ein sehr guter. Abermals waren die jugendlichen Darsteller bemüht, den zahlreichen Besuchern etwas Schönes und Liebes zu bieten. Es ist ihnen bestens gelungen. Mit Wohlgefallen folgte man den wechselvollen Bildern auf der Bühne und lauschte den lieblichen Liedern, mit denen der Schülerinnenchor unter Herrn Horst Krauße's Leitung das Spiel begleitete. So darf das kleine „Künstlervölkchen" wohlgemeinte Worte der Anerkennung für sich in Anspruch nehmen. Alle Mitwirkenden hatten sehr gut gelernt — eine Hauptsache, wenn man dem „großen Publikum" etwas Gutes bieten will — aber auch auf lautes Sprechen und deutliche Aussprache war viel Sorgfalt verwendet worden. Wenn dies hier besonders hervorgehoben wird, so soll auch die von den Kindern zur Schau getragene Ungezwungenheit, die dem Spiele ein gut Teil Natürlichkeit verliehen hat, nicht unerwähnt bleiben. — Man konnte feststellen, daß die Vorführungen bestens vorbereitet waren und in ernstem Streben eingeübt worden sind. So manche Stunde mußte dazu verwendet werden, um zum Ziele zu gelangen: unzählige Handgriffe und Besorgungen waren nötig, um „Das goldene Tor" wirkungsvoll herauszubringen. In hervorragender Weise hat sich Herr Lehrer Reuber an den Vorarbeiten beteiligt, der auch während der Aufführungen — allerdings für das Publikum unsichtbar — als ausgezeichneter Spielleiter tätig war.

—* **Weihnachtsmärchen des MGV. Gröba-Riesa: „Das goldene Lachen", Märchenspiel mit Gesang, Reigen und großem Ballett von H. Marcellus und K. Fölz in 4 Akten.** Eine gewaltige Aufgabe hatte sich gestellt, Verein mit der Einstudierung und Aufführung dieses Märchens gestellt, welches am gestrigen Sonntag nachm. und abends über die Bühne des Gasthofes Gröba ging. In einem idyllischen Dörfchen spielt das Stück. Zeitraum: Frühling bis Weihnachten. Die Kinder im Dorfe freuen sich des Lenzes. Allen voran Trautel, ein herziges Mädel, dessen goldenes Lachen keine Traurigkeit, keinen Zank und Streit aufkommen läßt. Aller Herzen sind dem Kinde zugetan. Nur einen Feind hat es: die böse Hexe „Zwietracht", die im Dorfbrunnen haust und fröhliche Menschen nicht mag. Trautel wird nun von dieser Hexe entführt und soll so lange gefangen gehalten werden, bis sie das Lachen verlernt hat. Aber sie verlernt es nie; fern im Walde in der Gewalt der Hexe beglückt sie dort die gefiederten Waldsänger, Waldkobolde, Waldelfen und Wichmännchen mit ihrem goldenen Lachen, schließt Freundschaft mit ihnen und wird dann zur Waldkönigin ernannt. Selbst den grimmen Drachen Murr, der sie auffressen will, zwingt sie zum Lachen, sodaß er sich zurückzieht. Endlich wird Trautel von ihrem Jugendgespielen Friedel nach langem Suchen entdeckt und, nachdem die Hexe vom Drachen verschlungen und der Zauberbann gebrochen ist, am Weihnachtsabend mit Triumph ins Dorf zurückgebracht. — Zur Aufführung selbst: Wie schon oben gesagt, ein immenses Stück Arbeit ist hier vom MGV. Gröba geleistet worden und man kann ruhig sagen eine gute, gediegene Arbeit. Es waren allerdings auch beste Kräfte am Werke, die schon von vornherein ein gutes Gelingen gewährleisteten. Die musikalische Leitung lag in den Händen des bewährten Liedermeisters des Vereins, Herrn W. Läßig. Willig unterordnete sich alles seiner energischen Stabführung, sodaß die reizenden Kindergesänge und die prächtige, dem Kindergemüt angepaßte Musik wirkungsvoll zur Geltung kamen. Für die Spielleitung verantwortlich war Herr J. Schneider, der bekannte Spezialist für derartige Aufführungen. Wenn man bedenkt, mit welch geringen technischen Mitteln hier gearbeitet werden mußte (die „Grobe"-Bühne ist bekanntlich keine Höpfner-Bühne), so kann die Arbeit dieses Herrn nicht hoch genug angeschlagen werden. Um die Beleuchtung machte sich hauptsächlich Herr Schlossermeister Fr. Riedel verdient, während Herr Oberl. Haack mit seinem Scheinwerfer die Bühne wirksam hervorhob. Herrliche Bilder zogen an den Augen der Zuschauer vorüber, frisch-fröhliche Kindergesänge und lustige Reigen belebten das Ganze; der Humor kam besonders durch den „gestrengen" und bescheidenen Dorfpolizisten Wuptig zur Geltung, der „immer nur eins" trank. Ihm stand in punkto Humor der kleine Kobold Puz nicht nach, der auch dann die gewichtige Rolle des Ministerpräsidenten würdevoll durchführte. Ein besonderes Lob gebührt der Trägerin der Titelrolle, Trautel, sowie ihrem Partner, dem kleinen Friedel, beide hatten sich völlig in ihre Rollen hineingelebt. Und dann der fürchterliche Drache Murr, bei dessen Erscheinen so manchem Kleinchen das Gruseln ankam; befreiend atmeten sie aber auf, als er nach dem Verspeisen der Hexe an einem Knochen jämmerlich zugrunde ging. Wir können hier nicht alle einzeln anführen, ein Gesamtlob mag die übrigen Mitwirkenden entschädigen. — Im Hause herrschte Weihnachtsstimmung, strahlende Christbäume und Tannenduft trugen dazu bei. Den Höhepunkt erreichte die Aufführung am Ende des zweiten Aktes mit dem Auftreten des Ballett du corps des Herrn Johannes Schneider, sowie mit dem Elfen- und Koboldreigen anläßlich der Krönung der Waldkönigin. Den Schluß bildete dann die große Parade der Zinnsoldaten, eine Sehenswürdigkeit für sich. Tadellose, prächtige Kostüme (geliefert von Frau Cl. Berger, Riesa), gestalteten das Märchen zu einem wirklichen Ausstattungsstück. Die Orpheuskapelle sorgte, wie immer, für gute musikalische Untermalung des Werkes. Mit der Aufführung hat sich der MGV. Gröba unter der zielbewußten Leitung seines Chormeisters ein Verdienst erworben. Der rauschende Beifall, der allen Mitwirkenden gespendet wurde, war wohlverdient. Eine Wiederholung der Aufführung findet nächsten Donnerstag statt, deren Besuch nur empfohlen werden kann. R—r.

—* **Die Rückzahlung von Darlehen an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.** Wie der Landesverband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen des Sächsischen Militär-Vereins-Bundes (Deutscher Reichskriegerbund „Kyffhäuser") Dresden-A., Struvestr. 31, 1., mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister den Fürsorgestellen erneut nahegelegt, die Rückzahlung von Darlehen an Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene nur dann durch Abtretung der Rente sicherzustellen, wenn eine solche Sicherung notwendig erscheint, und von der Abtretung der Rente zur Tilgung des Darlehens erst dann Gebrauch zu machen, wenn der Darlehnsempfänger mit zwei bis drei Monatsraten im Rückstande bleibt. Bestehen im Einzelfalle bei den Fürsorgestellen hiergegen Bedenken, so wird empfohlen, mit der Weiterleitung der Abtretungserklärung wenigstens zu warten, bis der Schuldner zum ersten Male einen Fälligkeitstermin versäumt. Das gleiche gilt für die von der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands (Kageso) gewährten Darlehen. — Der Reichsarbeitsminister hat ferner angeordnet, daß der Grundsatz, daß Berichtigungsbescheide keine rückwirkende Kraft haben, soweit es sich um Versorgungsgebührnisse nach dem Reichsversorgungsgesetz handelt, auch für die Hinterbliebenenrenten gilt. Ist daher durch einen Minderungs- oder Entziehungsbescheid über eine Hinterbliebenenrente der Zeitpunkt, von dem an die Minderung der Entziehung eintritt, unrichtig festgelegt worden, so kann eine Berichtigung nur mit Wirkung für die Zukunft erfolgen. Berichtigungsbescheide kommen nur in Betracht, wenn die Bewilligung einer Rente auf einem offensichtlichen Fehlbescheid beruhte. Solche Bescheide sind übrigens anfechtbar. Die Berufungs- oder Rekursfrist beträgt einen Monat vom Tage der Zustellung ab gerechnet und darf nicht versäumt werden. In jedem etwa vorkommenden Falle wende man sich an den Landesverband oder an dessen Bezirks- oder Ortsgruppen im Lande.

—* **Grundsätzliche Entscheidung über Waffenbesitz.** Eine seinerzeit Aufsehen erregende Entscheidung des Harburger Schöffengerichts, nach der ein wegen unbefugten Waffenbesitzes Angeklagter freigesprochen wurde, weil Waffenerwerb nach der Ablieferungsfrist nicht strafbar ist, ist jetzt vom Reichsgericht verworfen worden. Das Reichsgericht schloß sich der Aufhebung des Urteils durch die Strafkammer an und erkannte, daß unter die Waffenverordnung vom 13. 1. 1919 auch die nach Ablauf der Ablieferungsfrist erworbenen Waffen fallen.

—g. **Festnahme eines jugendlichen Brandstifters.** In Wilsdruff waren in der letzten Zeit dreimal größere Schadenfeuer zu verzeichnen, ebenso brannten dann Ende November in dessen Umgebung und zwar in den Fluren Weitzschen, Hendietz und Bockwen in 4 weiteren Einzelfällen Getreidefeimen nieder. Die polizeilichen Ermittlungen führten dazu, daß jedes dieser Feuer vorsätzlich angelegt worden ist. Seitens des Oberstaatsanwaltes beim Landgericht Dresden wurden 1500 Reichsmark Belohnung für die Ermittlung des Brandstifters ausgesetzt. Am Freitag wurde durch Gendarmerie-Hauptwachtmeister Lohberger aus Meißen-Triebischtal im benachbarten Siebeneichen ein erst fünfzehnjähriger Landarbeiter aus Coswig (Anhalt) festgenommen. Die Erörterungen führten zu dem vorläufigen Ergebnis, daß der junge Bursche bestimmt als Urheber der vier Feimenbrände in Betracht kommt. Inzwischen sind weitere kriminelle Ermittlungen angestellt worden in der Richtung, ob dieser jugendliche Brandstifter nicht auch noch die letzten großen Schadenfeuer in Wilsdruff verursacht hat. Am Sonntag abend dauerten die Erörterungen noch fort. Vermutlich hat dieser Bursche noch weitere, in der letzten Zeit stattgefundene Landfeuer auf dem Kerbholze. Betreffs der Feimenbrände will der Bursche aus Fahrlässigkeit gehandelt haben, er gibt an, die Feuer seien durch Rauchen von Zigaretten entstanden.

—g. **Verhaftung eines gefährlichen Einbrechers.** In Wölmsdorf wurde von der Gendarmerie der am 4. 12. 1897 zu Niedereinsiedel geborene, vielfach und schwer vorbestrafte Arbeiter und gewerbsmäßige Einbrecher Joseph Wünsche festgenommen, der im tschechoslowakischen Grenzgebiet gegen sechzig zum Teil schwere Einbrüche verübt hat und der in dem dringenden Verdachte steht, auch die vielen, im Freistaate Sachsen erfolgten Einbrüche in Gemeindeämter usw. begangen zu haben. Wie aus Pressemeldungen mehrfach zu entnehmen war, sind in der Zeit von Ende September an allein gegen 40 gleichartige Einbrüche in Gemeindeämter zur Ausführung gekommen. Mit der Festnahme des Einbrechers Wünsche ist ein guter Fang gemacht worden, war er doch der Schrecken der Landbevölkerung.

—* **Warnung vor Kreditangeboten in der Landwirtschaft.** Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß immer wieder Kreditangebote für Landwirte auftauchen, die bei näherem Zusehen sehr ungünstig lauten. Beispielsweise bietet ein Agent Auslandsgeld zu 7 Proz. Zinsen und 5 Proz. Amortisation auf 20 Jahre an, wobei die Zinsen in Getreide gefordert werden. Ganz abgesehen davon, daß noch 10 Proz. als Verwaltungsspesen gefordert werden, die außerordentlich hoch bemessen sind, bedeuten 5 Proz. Amortisation, auf 20 Jahre gezahlt, ein außerordentlich ungünstiges Kreditgeschäft, da nach den üblichen Amortisationssätzen ein Kapital bei 5 Proz. Amortisation bereits in 13 Jahren getilgt werden kann.

—* **Sächsische Landwirtschaftliche Woche.** Die 7. Sächsische Landwirtschaftliche Woche findet vom 24. bis 28. Januar 1927 in Dresden statt.

—* **Die deutsche Industrie und das Messewesen.** Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie veröffentlicht eine Entschließung, in der die vom Ausstellungs- und Messeamt der deutschen Industrie gemachten Vorschläge für eine Neuordnung des deutschen Ausstellungs- und Messewesens gebilligt wird. Die Mitglieder des Reichsverbandes werden aufgefordert, die Arbeiten des Ausstellungs- und Messeamtes zu unterstützen.

—* **Mitteilung der Reichspost.** Die amerikanische Postverwaltung führt, wie die meisten fremden Postverwaltungen, alle größeren Briefsendungen, bei denen die Vermutung zollpflichtigen Inhalts besteht, den Zollstellen vor. Die amerikanischen Zollstellen dürfen nun aber versiegelte Briefsendungen, die vom Absender nicht durch einen grünen Zettel als zollpflichtig gekennzeichnet sind, ohne Einwilligung des Empfängers nicht öffnen. Häufig wohnen die Empfänger aber in einer vom Zollpostamt entfernt liegenden Ortschaft. Bis zu ihrem persönlichen Eintreffen auf dem Zollpostamt oder bis zum Eingang einer schriftlichen Genehmigung lagert die Sendung daselbst. Es können nun leicht in der kommenden Weihnachtszeit durch die Lagerung vieler solcher Sendungen Schwierigkeiten in einem solchen Umfang entstehen, daß auf eine rechtzeitige Zollabfertigung nicht zu rechnen ist. Die deutschen Absender können sich und die Empfänger mühelos vor Schaden bewahren, wenn sie auf alle geschlossenen Briefe mit zollpflichtigen Gegenständen den grünen Zollzettel, der am Postschalter in Einzelfällen unentgeltlich abgegeben wird, haltbar aufkleben und bei allen großen versiegelten Briefen den Vermerk anbringen: „May be opened for customs purposes before delivery to the adressee."

—* **Oberbewertungsausschüsse.** Ueber Berufungen wegen Feststellung der Einheitswerte entscheiden nicht, wie in anderen Steuersachen, die bei den Landesfinanzämtern bestehenden Finanzgerichte. Vielmehr sind dafür besondere Oberbewertungsausschüsse vorgesehen. Bei den Landesfinanzämtern Dresden und Leipzig werden diese Oberbewertungsausschüsse jetzt gebildet, wie sich aus den Verordnungen ergibt, die in der Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht worden sind. Für beide Landesfinanzämter ist die Zahl der ehrenamtlichen Mitglieder auf je 40 festgesetzt worden, von denen die Hälfte durch die Kreisausschüsse und die andere Hälfte durch öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen (Landwirtschaftskammer mit ihren Fachkammern, Handelskammern, Gewerbekammern, Aerztekammern und Pharmazeutische Kreisvereine), gewählt werden. Es werden zwei Kammern gebildet, deren Zuständigkeit sich dem Vernehmen nach nach der Zuständigkeit der bei den Finanzämtern bestehenden Grundwertausschüsse und Gewerbeausschüsse richten soll.

—* **Abkommen über die polnischen Wanderarbeiter.** Anfangs dieses Jahres wurde ein erstes vorläufiges Abkommen über die Behandlung der polnischen Wanderarbeiter in Deutschland abgeschlossen. Diesem Abkommen ist jetzt ein zweites Abkommen gefolgt, das allerdings auch nur provisorischen Charakter hat. Es ist beabsichtigt, im Februar 1927 über eine endgültige Regelung dieser Frage mit Polen zu verhandeln. Das jetzt abgeschlossene Abkommen trägt den deutschen Interessen besonders in der Rückwanderungsfrage Rechnung. Es gibt jetzt in Deutschland polnische Arbeiter, die schon einige Jahre ununterbrochen in Deutschland geblieben sind; es muß aber dahingestellt werden, daß diese Arbeiter allmählich wieder in die Wanderbewegung hineingebracht werden. Durch das neue Abkommen ist es gelungen, diese Frage befriedigend zu regeln.

—* **Urteil des Kölner Kaufmannsgerichts.** Eine Versicherungsgesellschaft hatte mit einem Angestellten monatliche Kündigung vereinbart. Er war auch gekündigt, aber über den Entlassungstermin hinaus weiter beschäftigt worden. Als der Angestellte schließlich entlassen werden sollte, verlangte er die gesetzliche Kündigungsfrist. Es sei mit der Weiterbeschäftigung ein neues Dienstverhältnis eingetreten, und da hierfür über Kündigung keine Vereinbarung getroffen wurde, müsse die gesetzliche Kündigungsfrist von 6 Wochen vor Quartalsschluß in Kraft treten. Die Beklagte aber vertrat die Ansicht, daß jetzt die Entlassung fristlos erfolgen könne, da seinerzeit die Kündigung rechtsgültig erfolgt ist, wenn der Kläger auch aus Güte nach Ablauf der Kündigungsfrist weiter beschäftigt wurde. Die Einwendungen beider Parteien wurden vom Gericht als nicht stichhaltig bezeichnet. Die Firma hatte erneut die Kündigung auszusprechen. Anderseits mußte angenommen

werden, daß die zuerst vereinbarte monatliche Kündigung auch für die Weiterbeschäftigung gilt. Es war demnach noch für einen Monat das Gehalt zu zahlen.

—* **Probebetrieb des neuen Rheinlandsenders.** Aus Berlin wird gemeldet: Die technische Anlage des neuen Rheinlandsenders in Langenberg ist nunmehr soweit gediehen, daß man hofft, um Mitte Dezember ab mit dem Probebetrieb beginnen zu können. Hierbei handelt es sich zunächst (d. h. etwa für die ersten 4 Wochen) lediglich um ein versuchsweises Arbeiten des Senders, wie es vor der endgültigen Inbetriebnahme jedes Rundfunksenders üblich ist. Deshalb wird man sich damit abfinden müssen, daß in bezug auf Konstanz, Energie und Modulation vielleicht noch nicht das erreicht wird, was der Sender später zu leisten hat, und daß auch gelegentlich Betriebsunterbrechungen eintreten können. Es steht jedoch zu hoffen, daß trotz des technischen Versuchsbetriebs für etwa je 1 Stunde nachmittags und abends ein regelmäßiges Senderprogramm gegeben werden kann, dessen Zeitdauer und Inhalt durch die Tageszeitungen veröffentlicht werden wird. Damit würde der Zweck erfüllt, daß tagsüber die Funkhändler eine Vorführungsmöglichkeit im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft erhalten, und andererseits auch die Rundfunkteilnehmer Gelegenheit finden, den neuen Sender zu hören und sich darauf einzustellen. Man rechnet damit, daß die endgültige Betriebseröffnung des Langenbergsenders Mitte Januar nächsten Jahres erfolgen wird.

—* **Hängt Nistkästen auf!** Die richtige Zeit zum Aufhängen von Nistkästen ist bei trok- und schneefreien Tagen der Dezember. Da alle Höhlenbrüter während des ganzen Jahres in Höhlen nächtigen, so können die jetzt aufgehängten Kästen schon während des Winters nützlich werden. Dadurch gewöhnen die hier bleibenden Vögel sich schon jetzt an jene Oertlichkeit, die sie im Frühjahr bevölkern sollen.

—* **Wichtig für Brillenträger.** Infolge Beschlagens der Brillengläser haben mit Eintritt der kalten Jahreszeit alle Brillentragenden zu leiden. Sobald sie das warme Zimmer betreten, schlägt die Wärme feucht an die Gläser. Die Betreffenden können nichts sehen und tappen wie blind im Raum umher, wenn sie es nicht vorziehen, die Augengläser mit mehr oder weniger steifen Händen von der Nase zu nehmen und zu putzen. Es gibt nun ein einfaches Mittel, um die peinliche Störung zu verhindern. Der Brillentragende hat nur nötig, in dem Flur des Hauses, vor Eintritt ins Zimmer, die Hand gespreizt vor das Gesicht zu halten und dagegen mehrermale kräftig zu hauchen. Der warme Hauch wird gegen die Augengläser zurückschlagen und diese vorübergehend leicht trüben. Damit erzielt man, daß beim Betreten des Zimmers die Trübung ausbleibt.

Oschatz. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich Freitag vormittag in der 10. Stunde in dem Hofmannschen Steinbruch am Hutberg. Um Platz zu schaffen, wurden Steine beiseite geschafft und die Arbeiter dieserhalb aufgefordert, den Steinbruch zu verlassen, damit niemand durch herabstürzende Steine verletzt werde. Der 46 Jahre alte verheiratete Steinbrucharbeiter Lange aus Leisnitz wollte aber im letzten Augenblick noch eine Hacke in Sicherheit bringen und wurde dabei von einem herabfallenden Stein derart am Kopfe getroffen, daß er bewußtlos zusammenbrach. Er erlitt außer schweren Gesichtsverletzungen einen Schädelbruch, so daß er ins Oschatzer Krankenhaus transportiert werden mußte, wo er Sonnabend abend verschied. Der auf so tragische Weise Dahingegangene war als ein fleißiger Arbeiter geschätzt, war Weltkriegsteilnehmer und kehrte als Schwerkriegsbeschädigter in die Heimat zurück. Er hinterläßt Frau nebst Kind.

Großenhain. Der Zusammenstoß zwischen Wehrwölfleuten und Politischlinksgerichteten in der Nacht zum 19. September 1926 auf hiesiger Wildenhainer Straße bildete am Freitag den Gegenstand einer Verhandlung von dem hiesigen Schöffengericht. Die Verhandlung war eine umfangreiche, sie währte von vormittag ¼9 Uhr bis abends ⅞8 Uhr. Auf der Anklagebank nahmen 13 Angeklagte Platz, die sich wegen gefährlicher Körperverletzung, Beamtenbeleidigung, groben Unfugs u. a. m. zu verantworten hatten. 20 Zeugen waren geladen. Nach dem Ergebnis der umfangreichen Beweisaufnahme kam das Gericht zu folgendem Urteil: Der Angeklagte Henry Hanke wurde wegen gefährlicher Körperverletzung usw. zu 8 Monaten Gefängnis, der Angeklagte Rudolf Geusky zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Bönisch erhielt 4 Monate Gefängnis, Kurt Schneider 1 Monat, Otto Werner 2 Monate Gefängnis, die Angeklagten Karl Zocher und Gerhard Eisfeld wegen groben Unfugs je 50 Mk. Geldstrafe oder 10 Tage Haft zuerkannt. Die Angeklagten Walter Hartmann, Max Küchler, Johannes Schurig, Erich Guters, Bernhard Götze und Felix Fiedler wurden freigesprochen.

* **Riesaerwartha.** Von der hiesigen Brücke ist heute vormittag in der 10. Stunde ein etwa 35—40 Jahre alter Eisenbahnangestellter in die Elbe gesprungen. Mit einem Kahn von einer staatlichen Strombauzille konnte der Lebensmüde an Land gebracht werden. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos, da offenbar ein Herzschlag den Tod veranlaßt hat. Ueber die Gründe zur Tat, noch über die Personalien des Lebensmüden war bis jetzt nichts zu ermitteln.

—g. **Radebeul.** Bei Ausschachtungsarbeiten zur Einlegung der Wasserleitung nach dem neuen Friedhof in Radebeul wurde in 1½ Meter Tiefe ein menschliches Skelett bloßgelegt. Es befanden sich dabei die Reste eines Stockes. Die Fundstelle liegt auf Ackerland. Die Knochenreste dürften bereits gegen 30 Jahre an der betreffenden Stelle liegen. Ob es sich um ein altes Verbrechen handelt, dürften die eingeleiteten Erörterungen ergeben. — Ein tötlicher Unfall ereignete sich bei der Firma Louis Paul & Co. in Radebeul. Ein mit Dacharbeiten beschäftigter Arbeiter Mauersberger, Vater von acht Kindern, stürzte aus nur 4 Meter Höhe ab, erlitt dabei einen Schädelbruch und starb an dieser schweren Verletzung noch während des Transportes zum Krankenhaus.

* **Dresden. Turbinenschaden im Großkraftwerk Böhlen.** Von der Pressestelle der A. S. W. wird uns mitgeteilt: An einer von einer deutschen Elektro-Großfirma neu aufgestellten Dampfturbine von 26 000 Kilowatt sollte gestern 12,30 Uhr von den Ingenieuren dieser Firma ein Probelaufen vorgenommen und insbesondere die Wirkung des Schnellschlußventils festgestellt werden. Fast gleichzeitig mit dem Auslösen dieser Sicherheitsvorrichtung bei der hierfür vorgesehenen Drehzahl flog der Läufer des Generators auseinander. Dadurch wurde der ganze Generator zerstört. Leider wurde durch herumfliegende Eisenstücke der Maschinist Gruner der Aktiengesellschaft Sächsische Werke, Braunkohlen- und Großkraftwerk Böhlen so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. 3 weitere Maschinisten, darunter ein Angehöriger der Lieferfirma wurden dagegen nur leicht verletzt. Da die zerstörte Maschine von der Lieferfirma noch nicht für den regelmäßigen Betrieb an die A. S. W. übergeben worden war, tritt für die Landesstromversorgung keinerlei Störung ein.

* **Dresden.** Der Presseball dieses Winters findet unter dem Motto „Mal etwas anderes" Sonnabend, den 15. Januar 1926, in sämtlichen Räumlichkeiten des Ausstellungspalastes statt. Auch diesmal wird Kunstmaler Adolf Mahnke dem großen Saal ein vornehm wirkendes eigenartiges Gepräge geben. Die geplanten Vorträge sind auf die beiden Hauptsäle verteilt und zwar derart, daß im großen Saal die choreographischen Darbietungen und im Konzertsaal die Aufführung von Scherzszenen unter dem Titel „Dresden bei Nacht" stattfinden. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Eintrittskarten in den nächsten Tagen in der Musikalienhandlung von Ries entnommen werden können und fraglos als Weihnachtsgeschenk allen Damen und Herren, die sich für den Presseball interessieren, willkommen sein dürften.

* **Dresden.** Aus dem Submissionsamt. Die sächsische Handwerker- und Gewerbezeitung teilt mit: Von gewissen Kreisen, welche über die Verhältnisse nicht orientiert sind, werden Gerüchte über das Submissionsamt verstreut, die nicht den Tatsachen entsprechen. Es ist Tatsache, daß sich das Submissionsamt in Schwierigkeiten befunden hat, die sich aus den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen ergaben und von denen mehr oder weniger jeder Betrieb betroffen wurde. Die Schwierigkeiten sind aber überwunden. Es wird zur Beruhigung der Krise des Handwerks festgestellt, daß weder ein einzelner Handwerker noch ein Wirtschafts- oder Berufsverband irgend einen finanziellen Verlust erleidet.

* **Pulsnitz.** Rücktritt des Pulsnitzer Bürgermeisters. Bürgermeister Mitzbach hat wegen vorgerückten Alters sein Abschiedsgesuch eingereicht, das genehmigt wurde. Die Wahl des neuen Bürgermeisters findet heute Montag statt.

Kamenz. Tragischer Todesfall. Der Steinbrucharbeiter Georg Wagner, hier, wollte sich ein Gewächs am Halse entfernen lassen, zu welchem der Arzt eine örtliche Betäubung vornahm. An dieser ist der Patient unmittelbar darauf gestorben. Am Donnerstag hat die Sektion der Leiche Wagners im Beisein des Staatsanwalts Dr. Löffler, Bautzen, stattgefunden, wobei sich ergeben hat, daß der Tod Wagners auf Vergiftung infolge der örtlichen Betäubung zurückzuführen sei. Wen die Schuld an der zu starken Zusammensetzung des Betäubungsmittels trifft, ist noch nicht geklärt. Der Verstorbene ist verheiratet und Vater von fünf Kindern.

Bautzen. Zu einem blutigen Zusammenstoß führte ein Wortwechsel, in den ein in der Aeußeren Lauenstraße wohnhafter Klempnermeister mit einem herumziehenden Scherenschleifer auf der alten Dresdner Straße geriet. Der Schleifer, dessen Personalien von einem Polizeibeamten festgestellt werden konnten, brachte dem Klempnermeister mehrere Wunden bei, die zunächst von einem Mitgliede der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz verbunden, dann aber infolge starken Blutens von einem Arzt behandelt werden mußten. Der Schleifer biß u. a. seinen Gegner heftig in einen Finger. Der Polizeibericht besagt hierüber folgendes: Ein hiesiger Einwohner geriet gestern mit einem auswärtigen Scherenschleifer auf dem Lindenberge in Streit. Im Verlaufe desselben kam es auch zu Tätlichkeiten und es brachte der rabiate Schleifer seinem Gegner noch eine etwa 6 Zentimeter lange, starkblutende Wunde mittels Schere am Kopfe bei. Wegen groben Unfugs gelangen beide zur Anzeige. Außerdem wird der Schleifer sich wegen Körperverletzung noch vor Gericht zu verantworten haben.

Chemnitz. Explosion in einem Laboratorium. In einem Laboratorium an der Neefestraße explodierte beim Destillieren einer Säure eine Glasröhre. Durch den gewaltigen Luftdruck wurden 20 Fensterscheiben zertrümmert, doch kamen Personen nicht zu Schaden. Die Feuerwehr beseitigte bald jede weitere Gefahr.

Hohenstein-Ernstthal. Krankenkassenneubau. In einer Vorstandssitzung der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse wurde der beschleunigte Bau eines Verwaltungsgebäudes mit Bad und sonstigen Anlagen an der Hermannstraße nach den Entwürfen der Chemnitzer Architekten Naumann u. Kalitzky beschlossen.

Hohenstein-Ernstthal. Die nasse Witterung des vergangenen Sommers hatte an den Böschungen im hinteren Hainholz kurz vor der Ueberführung der Eisenstraße so schwere Schädigungen hervorgerufen, daß große Strecken der Böschungen ins Rutschen gekommen waren und die Eisenbahngleise gefährdeten. Da zu befürchten war, daß die Rutschungen sich fortsetzten und damit bei starkem Gefälle die Gefahr bestand, daß sich Unfälle von unabsehbaren Folgen ereignen könnten, hat sich die Eisenbahnbetriebsdirektion in Chemnitz entschlossen, die gefährdeten Stellen durch starke Betonmauern vor weiterem Einsturz zu schützen. Es werden demzufolge jetzt an beiden Seiten der Gleise Stützmauern aufgeführt, welche auf eine Länge von ungefähr 100 Metern das Erdreich befestigen und so eine weitere Gefahr beseitigen sollen.

Stollberg. Schwerer Autounfall. Als auf der hiesigen äußeren Chemnitzer Straße ein von Chemnitz kommender Personenkraftwagen ein vor ihm fahrendes Auto überholen wollte, verlor der Führer im Augenblick des Ueberholens die Gewalt über seinen Wagen und fuhr gegen einen Straßenbaum, wodurch der Wagen eine etwa 1½ Meter tiefe Böschung hinabstürzte. Die aus Hartenstein gebürtigen Insassen, Mutter und Sohn, wurden so schwer verletzt, daß sie dem hiesigen Krankenhaus zugeführt werden mußten.

Plauen. Opfer des Wohnungselends. Vor dem hiesigen Schwurgericht spielte sich eine Verhandlung wegen versuchten Mordes ab, die tiefe Blicke in das Wohnungselend weiter Kreise tun ließ. In Erlbach i. V. wohnte das Erdarbeiterehepaar Hckl mit zwei kleinen Kindern mangels einer anderen Behausung mit in der Wohnung der Schwiegereltern, neun Personen in Stube, Kammer und Bodenkammer. Mobiliar und Wirtschaftsgeräte waren die denkbar einfachsten. Ein einziger, den Schwiegereltern gehöriger Kaffeetopf mußte den Bedürfnissen der beiden Familien dienen. Um dieses Kaffeetopfes willen war ewig Streit unter den weiblichen Wohnungsinsassen, die alle für die junge Frau nichts übrig hatten. Ständig wurde mit ihr gezankt, sodaß sie in einem bitteren Augenblicke den Entschluß faßte, mit ihren Kindern aus dem Leben zu scheiden. In einer Stunde des Alleinseins in der Wohnung öffnete sie die Gashähne und erwartete mit ihren Kinderchen den Tod. Rechtzeitig kam Hilfe, und die schon Ohnmächtigen konnten zum Leben zurückgebracht werden. Der Staatsanwalt ließ selbst die Anklage auf versuchten Mord fallen. Das Gericht erkannte auf fünf Monate Gefängnis unter Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist.

* **Zwickau.** Der Neubau der Sächsischen Staatsbank an der Ecke der Schumannstraße und des Schulgrabenweges ist soweit fortgeschritten, daß er im August 1927 bezugsfertig sein wird.

Zwickau. Erdstoß. Gestern abend wurde hier ein Erdstoß wahrgenommen, besonders heftig wirkte er in der inneren Stadt und in den südlichen Vororten, wo ihn ein dumpfes Rollen begleitete.

•

Senftenberg. Das Senftenberger Eisenwerk, das Anfang des Jahres trotz aller Bemühungen, es in Betrieb zu halten, Konkurs anmelden mußte, kann nun wieder den Betrieb aufnehmen. An der Spitze eines Konsortiums von Dresdener und Magdeburger Herren steht Oberingenieur Berg, früher bei den Lauchhammerwerken. Die Stadt hofft, daß das Eisenwerk unter dem neuen Pächter und Unternehmer imstande sein wird, den größten Teil seiner Schulden bei der Stadtbank abzudecken. Außerdem ist erfreulich, daß durch die Wiederingangsetzung des Eisenwerkes die Zahl der Arbeitslosen vermindert wird.

Görlitz. Zwei Kinder bei einem Stubenbrand erstickt. Sonnabend abend brach in der Wohnung des Arbeiters Paul Walter durch die Unvorsichtigkeit spielender Kinder in Abwesenheit der Eltern ein Brand aus. Die Kinder waren mit einer brennenden Kerze Kleidungsstücken so nahe gekommen, daß diese Feuer fingen. Infolge der starken Rauchentwicklung erstickten ein 4jähriger Knabe und ein 5jähriges Mädchen.

Neues Selbstanschlußamt Heyda.

Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit:

Am 19. Dezember soll das neue Fernsprech-Selbstanschlußamt in Heyda in Betrieb genommen werden. Gleichzeitig wird das Amt Boritz aufgehoben. Mit der Ueberleitung auf das neue Amt wird bereits am 18. Dezember um 5 Uhr nachmittags begonnen. Den Fernsprechteilnehmern ist zwar schon bekannt, daß sie am 18. Dezember nachmittags den Windsaden an dem besonders angebrachten Umschalter lösen und den Hebel zur Einschaltung des neuen Apparats umlegen müssen; sie werden aber an diese Mitwirkung nochmals kurz vor der Umleitung durch Fernsprecher einzeln erinnert werden. Ueber den Gebrauch der Wählscheibe ist allen Teilnehmern eine gedruckte Anweisung zugestellt worden. Nach der Umschaltung gelten die im neuen amtlichen Fernsprechbuch unter Heyda stehenden Rufnummern. Neue Selbstanschlußeinrichtungen werden anfangs von allen Teilnehmern aus begreiflichen Gründen überaus stark in Anspruch genommen. Das führt in den ersten Tagen leicht dazu, daß alle Verbindungswege dauernd belegt werden und der Anrufer sofort beim Abnehmen des Fernhörers das Besetztzeichen (dauernden Summerton) erhält. In solchem Falle hänge man den Hörer sofort wieder an und versuche erst wieder nach wenigstens ½ Minute erneut den Anruf. Seinem Unwillen durch lebhaftes mehrmaliges Auf- und Niederbewegen des Hörhakens oder der Hörergabel Ausdruck zu geben, ist nicht nur zwecklos, sondern kann leicht Störungen in den selbsttätigen Schaltapparaten hervorrufen und dadurch die Gesamtheit der Fernsprechteilnehmer empfindlich schädigen. Man führe also seinen Sprechverkehr in gewohnter Weise wie bisher aus und unterlasse in den ersten Stunden und Tagen nach der Ueberleitung jeden nicht durchaus nötigen Anruf. Zur Verhütung von selbstverschuldeten Falschverbindungen, die der selbsttätige Gesprächszähler ebenso gewissenhaft wie die richtigen aufzeichnet, möge man folgende Regeln genau beachten:

1) Wähle nach Abhebung des Sprechapparates nicht eher, als bis Du das Freizeichen in Deinem Fernhörer hörst, also den gleichmäßig unterbrochenen Ton.
2) Drehe bei dem Wählen jeder einzelnen Zahl die Scheibe mit dem Finger unbedingt bis zum Anschlagstück und lasse die Scheibe dann frei in die Ruhelage zurücklaufen.
3) Wähle die einzelnen Zahlen der gewünschten Anschlußnummer so, wie Du sie geschrieben siehst, z. B. 46, aber nicht so, wie Du sie im gewöhnlichen Leben aussprichst: fünfundvierzig. Im letzteren Falle erhältst Du die „falsche" Nummer 54. Beachte also die Eigentümlichkeit der deutschen Sprache, daß sie die Einer vor die Zehner setzt.

Wer hiernach handelt, wird die Befriedigung haben, daß er alle Verbindungen ordnungsmäßig erhält und daß sein Gesprächszähler nicht mehr Gespräche anzeigt, als tatsächlich ausgeführt worden sind.

An das Selbstanschlußamt Heyda sind folgende Orte mit öffentlichen, gemeindlichen öffentlichen oder Teilnehmersprechstellen angeschlossen: Altbirkstein, Dahra, Böhla, Boritz, Gosa, Heyda, Kobeln, Leutewitz, Neubirkstein, Pahrenz, Prausitz und Schönitz.

Die Postagentur in Heyda kann erst am 1. Januar 1927 eröffnet werden, weil die mit ihrer Einrichtung verbundenen Aenderungen der Postgänge, Zeitungsaufstellungen usw. nicht vor Beginn eines neuen Monats eintreten können.

Strafantrag im Mordprozeß Donner.

Todesstrafe für beide Angeklagte.

Dresden. (Funkspruch.) Im Mordprozeß Donner beantragte der Staatsanwalt heute mittag, die beiden Angeklagten, den Gärtner Krüncrt und Frau Donner, wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode zu verurteilen. Das Urteil ist erst spät abends zu erwarten.

Danktelegramm Dr. Stresemanns.

Berlin. (Funkspruch.) Auf das dem Reichsminister Dr. Stresemann übersandte Glückwunschtelegramm, das in der Presse bereits veröffentlicht wurde, ist aus Genf nachfolgender Dank des Reichsministers des Auswärtigen in der Reichskanzlei eingelaufen: „Ihnen, sehr verehrter Herr Reichskanzler, sowie den Herren Kollegen des Reichskabinetts danke ich herzlich und aufrichtig für die Glückwünsche, die sie mir aus Anlaß der Verleihung des Friedens-Nobelpreises ausgesprochen haben. Mit Ihnen sehe ich in dieser Verleihung die Anerkennung der Weltöffentlichkeit für diejenige Politik der Befriedung Europas und der Welt, die von den Reichsregierungen der letzten Jahre, die wiederholt unter Ihrer Führung standen, und jetzt steht und an der alle Kollegen des gegenwärtigen Kabinetts mitgewirkt haben, getrieben worden ist. Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler und den Kollegen des Kabinetts in dieser Stunde für das Vertrauen zu danken, dessen ich mich stets erfreuen durfte, ist mir aufrichtiges Bedürfnis.

Reichsminister Dr. Stresemann."

•

Abreise von Genf.

Genf. (Funkspruch.) Chamberlain ist gestern abend von Genf abgereist und heute in Paris eingetroffen. Er reist sofort über Calais nach London weiter. Briand verläßt Genf heute mittag; Dr. Stresemann wird heute nachmittag abreisen.

•

Zum Ergebnis von Genf.

Zu der Frage der Materialausfuhr, die namentlich für die optische Industrie Bedeutung hat, berichtet die Tägliche Rundschau aus Genf: Vorläufig bestehen, wie von deutscher Seite ausdrücklich betont wurde, noch immer berechtigte Aussichten, daß man schon auf diplomatischem Wege zu einer Einigung gelangen wird. So habe sich gerade in den letzten Sitzungen der Sechsmächtekonferenz England bedeutend entgegenkommender gezeigt, indem es die bis jetzt von ihm vertretene starre Auslegung des Versailler Vertrages in Bezug auf die Kriegsmaterialausfuhr merklich zugunsten einer weiteren Auslegung modifizierte.

•

Ministerbesprechung über das Genfer Ergebnis.

Berlin. (Funkspruch.) Heute vormittag fand unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx eine Ministerbesprechung statt, die den in Berlin eingetroffenen Vorbericht über die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen zum Gegenstand hatte. Die „Voss. Zeitung" weiß mitzuteilen, daß der Bericht von den Ministern zustimmend zur Kenntnis genommen wurde mit dem Ausdruck des Dankes für Dr. Stresemann, der den deutschen Standpunkt gewahrt habe. Mit der innerpolitischen Lage beschäftigte sich die Ministerbesprechung nicht. Auch fand heute vormittag keine Aussprache des Reichskanzlers mit Parteiführern statt. Für den Nachmittag soll jedoch einer Besprechung des Kanzlers mit Vertretern der Regierungsparteien und im Anschluß daran eine Fühlungnahme mit Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgesehen sein.

SLUB
Wir führen Wissen.

U. T.
Goethestraße 102
Heute Montag zum letzten Mal in Riesa
Die Wolgaschiffer.
Ab Dienstag bis Donnerstag
Henny Porten in: **Henny Porten**
Das Abenteuer der Sybille Brant.
6 Akte von Liebe und grobem Unfug.
Als Lustspiel:
Monty beim Ballett.
Vorführungen 7 und 9 Uhr.

Zentraltheater
Gröba.
Nur noch heute das herrl. Doppelprogramm „Fred Thomson" sowie „Wenn das Herz in Haß erglüht".
Ab Dienstag bis Donnerstag die letzten 3 Tage
Der Riesen-Erfolg
Das Lied von der Wolga
Die Wolgaschiffer.
Vorführungen 7 und 9 Uhr.

Sächsische Landesbühne
Riesa — Hotel Höpfner.

Reihe „B"
Montag, den 20. Dezember, 8 Uhr
Die Geschwister
Schauspiel von Wolfgang von Goethe. — Hierauf
Der zerbrochene Krug
Lustspiel von Heinrich von Kleist.

Reihe „A" Dienstag, den 21. Dezember, 8 Uhr
Bahnmeister Tod
Drama (aus dem Niederdeutschen) von Hermann Boßdorf.

Reihe „B" Mittwoch, den 22. Dezember, 8 Uhr
Des Pastors Rieke
Komödie von Erich Schlaikjer.

Reihe „A" Montag, den 27. Dezember, 8 Uhr
Liebe und Trompetenblasen
Lustspiel von Hans Sturm und Hans Bachwitz.

Montag, 27. Dezember, ½4 Uhr, außer Abonnement
Aschenbrödel
Ein Märchenspiel von Robert Bürkner.

Reihe „B" Dienstag, den 28. Dezember, 8 Uhr
Als ich wiederkam . . .
Schwank v. Oskar Blumenthal u. Gusta v. Kadelburg
„Im weißen Röß'l" 2. Teil.

Die Eintrittspreise für die noch kommenden 10 Vorstellungen, auch geteilt in Reihe A und B werden im Wege von noch 4 Monatsbeiträgen vom Januar bis April 1927 an jedem Monatsersten erhoben, und zwar **für alle 10 Vorstellungen**

monatlich RM 5.25	für einen	1. Sperrsitz	
„ „ 4.00	„ „	2. „	
„ „ 2.75	„ „	1. Platz	
„ „ 2.00	„ „	2. „	

oder **für die Vorstellungen A oder B**

monatlich RM 2.75	für einen	1. Sperrsitz	
„ „ 2.10	„ „	2. „	
„ „ 1.50	„ „	1. Platz	
„ „ 1.10	„ „	2. „	

Die Anmeldungen können noch in der Stadtbank Riesa, Wettinerstr. 18, vom 14.—16. Dezbr. 1926, von 9—12 und 2—3 Uhr bewirkt werden. Zu gleicher Zeit kann dort auch die Wahl des Platzes erfolgen. Saalpläne liegen aus.

Tagespreise
für Nichtabonnenten zu den Abendvorstellungen:
1. Sperrsitz RM 3.00 1. Platz RM 1.50
2. „ „ 2.00 2. „ „ 1.00
Schülerkarten RM 0.50.

Preise zu der Nachmittagsvorstellung:
1. Sperrsitz RM 1.00 1. Platz RM 0.50
2. „ „ 0.75 2. „ „ 0.30

Vorverkauf der Tageskarten vom 17. Dezember an: Stadtbank der Stadt Riesa, Wettinerstr. 18, vorm. 9—12 Uhr, nachm. 2—3 Uhr.

Die Theaterkasse wird zu den Abend- und Nachmittagsvorstellungen 1 Stunde vor Beginn der Vorstellung geöffnet.

Zu den Aufführungen werden die „Blätter der Sächsischen Landesbühne" vom Zweckverband „Sächsische Landesbühne" herausgegeben. Es erscheinen jährlich 6 Hefte mit je 5 bis 6 Theaterzetteln des Spielplans, Bildern auf Kunstdruckpapier, Erläuterungen zu den aufzuführenden Werken und literarischen Beiträgen hervorragender Mitarbeiter. Ein Heft kostet 50 Pfg. Zu haben in der Buchhandlung **Hoffmann, Riesa,** Hauptstr., **Sparkasse der Stadt Riesa,** Wettinerstr. 18, **Consumverein Riesa.**

Den Abonnenten werden alle 6 Hefte der „Blätter der Sächsischen Landesbühne", die sonst 3 RM kosten, **unentgeltlich** geliefert.

Geschäftsstelle und Auskunft: Oberrealschuloberlehrer Iwan Schönebaum, Hauptstr 20, Fernruf 162. **Der Städtische Theater-Ausschuß.**
Dr. Scheider, 1. Bürgermeister.

Techniker.
Am 16. Dezember abends 8 Uhr findet ein Lichtbildervortrag
„Ford und seine Riesenbetriebe"
gehalten von Ingenieur Max Müller-Leipzig im Vortragssaal der Schule Gröba statt.
Eintritt 0.50 M. Gäste herzlich willkommen!
Bund der techn. Angestellten und Beamten.

Vereinsnachrichten

Riesaer Sportverein e. V. Dienstag 8 Uhr Turnen, 8.30 Verwaltungsausschußsitzung. Diese Woche kein Fußballübungsabend.
Stahlhelm, Ortsgruppe Riesa. Heute abend Pflichtversammlung 8 Uhr Elbterrasse. Vortrag.
Männergesangverein Gröba. Morgen Dienstag abend keine Singestunde.

Riesaer Kaffee-Röstwerk
Adolf Bormann
Die Frage nach einem willkommenen
Weihnachtsgeschenk
beantwortet Ihnen meine
Schokoladen- und Konfitürenabteilung.
Sie finden dort preiswerte
Konfum-Schokoladen
sowie die den verwöhntesten Ansprüchen genügenden Markenartikel erster Schokoladen- u. Konfitürenfabriken in umfassender Vielgestaltigkeit.
Riesaer Kaffee-Röstwerk
Adolf Bormann
Wettinerstraße 25.

Lastfuhren, Ascheabfahren
m. Pferden od. Zugmaschine jederzeit prompt u. billigst
P. Fritz Rühle, Elbstr. 7
Telefon 485.

Bären-Schänke
Dresdens größtes Bier- u. Speisehaus
Morgen und jeden Dienstag
Großes Schlachtfest.
Zur Schlachtung kommen mindestens 8 Stück allerfeinste Landschweine.

Wirklich schlachtwarmes Wellfleisch mit Meerrettich oder Sauerkraut	Mark	1.10
Münchner Schlacht-Schüssel	Mark	1.20
Riesenbratwurst m. Sauerkraut u. Kartoffeln	Mark	1.00
Hochfeine Blut- und Leber-Wurst nach Altväter-Art mit Kartoffelsalat	Mark	0.60

Staunend billig!
Gasherde
weiß emailliert
emaill. Platte
vernick. Armatur
Sparbrenner
Rmk. 85.— Rmk. 95.—
A. Kuntzsch
Hauptstraße 60.

Stabile
Spielwaren
in großer Auswahl
Selbstfahrer
Roller
Autos
Bubiräder
Handkarren-Wagen
Möbel- u. Postwagen
Leiter- u. Korbwagen
kl. Wannen
Rodelschlitten
Pferde- und Ochsengespanne usw.
Paul Taupitz, im Durchgang

Die goldene *Alpina* – der geheime Wunsch aller!
Nicht der materielle Wert ist's, — nein, das besonders feine, in gediegener Goldschale ruhende Präzisions-Werk macht den Besitz einer goldenen *Alpina* so erstrebenswert!
Verkaufsstelle der *Alpina*-Uhren
in Riesa nur bei
A. Herkner
Inh.: Johannes Kühnert
Wettinerstr. 6.

Richard Nathan
Riesa, Hauptstraße 57
empfiehlt für Weihnachtseinkäufe sein großes Lager in
Photo-Apparaten und Photo-Bedarf.
Gewissenhafte fachmännische Bedienung. Billigste Preise.

Sehr preiswerte Sachen für den Weihnachtstisch:
Kostümstoffe, gestreift und kariert von 1.20 an, Jackenbarchent, sehr mollig, von 80 Pfg. an, abgepaßte Flanellröcke, pro Stück 3.40, Unterröcke in weiß und bunt, Beinkleider in weiß und bunt, Damen- und Herrenhemden in weiß und bunt, Unterhosen für Männer und Kinder, Bettbezüge, Inletts, Bettücher, Wischtücher, Handtücher, Taschentücher weiß und bunt, Damen- und Kinderschürzen, Wolle in bekannten Marken, Strümpfe und Socken, Hosenträger, Sockenhalter, Kragen, Krawatten, sowie sämtliche Kurzwaren
empfiehlt und bittet bei Bedarf um gütigen Zuspruch
L. Fichtner, Goethestr. 22
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Heute abend 7 Uhr entschlief sanft in Gott ergeben unsere liebe gute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Frau Amalie verw. Jlgner
geb. Hegewald

im 83. Lebensjahre. Die trauernden Hinterbliebenen.
Gröba, Dresden, Röderau, Zeithain-L., am 11. Dez. 1926.
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag ½2 Uhr auf dem Kirchfriedhof Gröba vom Trauerhause aus statt.

Nach einem schweren Leiden verschied am 10. Dez. 1926 in der Blüte seiner Jahre unser liebes Innungsmitglied

Herr Baumeister
Ernst Schneider.

Wir haben ihn trotz seiner leider nur kurzen Zugehörigkeit als treuen und aufrechten Kollegen schätzen gelernt. Sein guter Charakter sichert ihm allezeit ein ehrendes Gedenken.

Innung „Bauhütte" zu Riesa.
Karl Siegert, Obermeister.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke **danken herzlichst.**
Alfred Schäfer und Frau Ella geb. Händel.
Dezember 1926. Standfeststr. Nr. 3, part.

C. Rüdiger
empfiehlt billigst
Kuchenbretter
Nähkästen
Handtuchhalter
Servierbretter
Wickelkästen
Schneidebretter
Messerkästen
Plattbretter
Holzpantoffeln
Quirlgarnituren
Goethestr. 41

Ball- und Ansteck-Blumen
in großer Auswahl billigst bei
Hulda Büttner
Hauptstraße 25 am Albertplatz.

Rat in Prozessen pp.
Einhebung von Auskunft., Versteigerung v. Nachlaß, Unterr. i. Einheitskurzschr. und Maschineschreiben.
Ernst Nürdchen
Riesa, Klosterstraße 9.

Mittwoch, 15. Dez. 7 Uhr Arbeit III. Gr.

Plötzlich und unerwartet verschied heute vormittag infolge Herzschlag mein lieber Mann
der Privatus
Richard Häußler
im 67. Lebensjahr.
Riesa, 12. Dez. 1926.
In tiefer Trauer
Minna Häußler geb. Boitz.
Beerdigung Mittwoch nachm. 2 Uhr von der Friedhofskapelle aus.

Die heutige Nr. umfaßt 12 Seiten.

Der Deutsche Städtetag zum Finanzausgleich.

)(Berlin. **Die Finanzlage der Städte wird von Monat zu Monat ungünstiger.** Immer neue Aufgaben werden ihnen ungeachtet aller Hinweise durch Gesetzgebung und Verwaltung auferlegt, noch in der allerletzten Zeit insbesondere für Wohlfahrtszwecke, Schule und Beamtenbesoldung. Die Einnahmen dagegen sucht man gleichzeitig fortgesetzt zu „verknappen", ohne sich darüber klar zu werden, wie der dadurch ständig wachsende Fehlbetrag im städtischen Haushalt gedeckt werden soll. Die verhängnisvolle Entwicklung ist bereits in der Denkschrift „Städte, Staat, Wirtschaft" des Deutschen Städtetages, die allgemeine Verbreitung und weiteste Beachtung gefunden hat, ausführlich gekennzeichnet.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages beschäftigte sich darum in einer Sitzung in erster Linie mit der **gesamten Finanzlage der Städte.** Die maßgebenden Stellen in Reich und Ländern sind von ihm und den anderen kommunalen Spitzenverbänden eingehend unterrichtet. **Der vorläufige Finanzausgleich,** der in der nächsten Zeit den Reichstag beschäftigen wird, **darf deshalb unter keinen Umständen eine weitere Verschlechterung zu Ungunsten der Gemeinden herbeiführen.** Alle grundlegenden Fragen können erst im organischen Zusammenhang im endgültigen Finanzausgleich gelöst werden, dessen Beschleunigung im allgemeinen Interesse dringend gefordert wird. Die Aufrechterhaltung der Umsatzsteuergarantie und die Beseitigung der Beschränkung für die Getränkesteuer und Grunderwerbssteuer sind deshalb dringende Forderungen.

Größten Bedenken muß es ferner begegnen, wenn gerade im jetzigen Augenblick ungünstiger Finanzlage und völliger Unsicherheit der weiteren Entwicklung auch in Preußen in einem Zwischengesetz der Versuch grundlegender Aenderungen der Gewerbesteuer gemacht wird, der einen weiteren großen Ausfall in den Einnahmen der Städte herbeiführen muß, ohne daß auch nur daran gedacht wird, für die dadurch entstehenden Ausfälle Deckung zu schaffen. Der Deutsche und der Preußische Städtetag weisen deshalb, ehe es zu spät wird, mit besonderem Ernst auf die, aus dieser Gesetzgebung unmittelbar für eine ordnungsmäßige Finanzgebarung und die Aufrechterhaltung der sozialen Leistungen der Städte sich ergebenden Gefahren hin.

Reichstagung der Wirtschaftspartei.

)(Berlin. In der Sonnabend nachmittag im Festsaal des preußischen Landtags abgehaltenen **Tagung des Reichsausschusses der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes,** an der auch der größte Teil der Mandatsträger aus Reichstag, Landtagen, Provinziallandtagen, Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen teilnahmen, erstattete **Reichstagsabgeordneter Drewitz** das Referat **über die allgemeine Lage.**

Der Redner führte u. a. aus: Die Mittelstandspartei hat unter verschiedenen Regierungen den Willen zur positiven Mitarbeit bewiesen. **Die Mittelstandspartei steht auf dem Standpunkt, daß es auf dem Gebiet der bürgerlichen Weltanschauung, der sie die Treue geschworen hat, keine Konzession gibt, die diese bürgerliche Weltanschauung zu Grunde richten könnte.** Wenn der deutsche Mittelstand keine Freude am heutigen Staat hat, so will er damit durchaus nicht sagen, daß ihm der Volksstaatsgedanken nicht gefalle. **Eine Freude am Staat wird der deutsche Mittelstand erst dann haben, wenn dieser Staat ein wirklicher Volksstaat geworden ist, bei dem die Gerechtigkeit oberstes Gesetz ist.** Der Redner erhob die Forderung: Schafft erst einmal einen wahren Volksstaat mit sozialer, wirtschaftlicher und politischer Gleichberechtigung! Durch das jetzt vorliegende Arbeitsgerichtsgesetz werde mit einem Federstrich alles beseitigt, was sich der gewerbliche Mittelstand Jahrhunderte hindurch erhalten habe.

Bezüglich des **Völkerbundes** hob der Redner hervor, daß die Mittelstandspartei von vornherein ein Gegner dieser Einrichtung war, solange der Völkerbund nicht ein wirklicher Bund der Völker geworden ist. Wir müßten aber, so fuhr der Redner fort, schlechte Staatspolitiker sein, wenn wir nun, nachdem der Eintritt in den Völkerbund vollzogen ist, grollend beiseite stehen wollten.

Weiter betonte der Redner, daß sich **seine Partei nicht dazu mißbrauchen lassen werde für oder gegen Mißtrauensvoten zu stimmen,** wenn diese von irgendeiner Partei zu **agitatorischen Gründen** eingebracht würden. Bei der **Vergebung von Staatsstellen** dürfe man sich nicht von der Parteizugehörigkeit, sondern lediglich von der sachlichen Eignung leiten lassen. Die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes fordere ferner ein Steuersystem, bei dem jeder Staatsbürger auf Grund seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Steuern zu entrichten habe. **Die Steuerhoheit müsse dem Reiche belassen werden. Beteiligung des Reiches, der Länder und Gemeinden an wirtschaftlichen Unternehmungen müßten verhindert werden.**

Die Mandatsträger der Mittelstandspartei in den einzelnen Landesparlamenten dürften die Etats nicht bewilligen, sondern sie müßten verlangen, daß der betreffende Landesfinanzminister sich im Reichsrat dafür einsetze, daß das Zuschlagsrecht zur Reichseinkommensteuer so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werde.

Der Redner betonte weiter: Wir wollen das Gute von dem alten System übernehmen und auch dankbar die Vorzüge begrüßen, die der neue Staat bietet. Erste Aufgabe aber ist die **Schaffung eines Volksstaates,** in dem die **Gleichberechtigung aller Stände zur Tat wird.**

Nach kurzen Darlegungen des Reichstagsabgeordneten Mollath fand eine **Aussprache** über die Frage der **sogenannten bürgerlichen Einheitslisten** statt. Darauf wurden die Sonnabend-Beratungen abgebrochen, sie werden morgen ihren Abschluß finden.

Entschließungen der Wirtschaftspartei.

* Berlin. Der Reichsausschuß der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes setzte am Sonntag seine Verhandlungen fort.

Als Ergebnis der politischen Aussprache wurde folgende **Entschließung** angenommen:

In allen Parlamenten und Kommunalverwaltungen ist mit aller Energie, eventuell Ablehnung der Etats und durch schärfste Opposition darauf hinzuarbeiten, daß **der Finanzausgleich** und damit die Vereinfachung der Steuergesetzgebung und des **Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer** so schnell wie möglich Gesetz wird. Die Fraktionen haben durch Stellung entsprechender Anträge auf Beseitigung aller Sondersteuern hinzuwirken. Insbesondere ist auf Aufhebung der Gewerbesteuer und der Hauszinssteuer zu dringen.

Eine zweite Entschließung besagt, daß die Partei alle Bestrebungen auf engere Zusammenarbeit der Richtungen und Parteien, welche der bürgerlichen Weltanschauung huldigen, unterstützt. Das Mittel der bürgerlichen Einheitslisten sei aber nach Ansicht der Partei nicht das Gegebene, um dieses Ziel zu erreichen. Diese seien vielmehr geeignet, weite bürgerliche Kreise ins Lager der Nichtwähler und Sozialisten zu drängen. Listenverbindungen mit bürgerlichen Parteien hingegen seien soweit als möglich zu unterstützen.

Eine letzte Entschließung fordert baldigst eine grundlegende Aenderung der Gebührenordnung für die Beamten und bittet die Fraktionen zur Behebung eines schweren Notstandes der zugesagten Weihnachtsbeihilfe im Rahmen der Deckungsmöglichkeiten zuzustimmen.

Das Arbeitsgerichtsgesetz vor dem Reichstage.

vdz. Berlin, den 11. Dez., 12 Uhr mittags.

Ein kommunistischer Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Girbigel (Komm.) wird dem Geschäftsordnungsausschuß, der Gesetzentwurf über Verlängerung der **Lohnpfändungsverordnung** dem Rechtsausschuß, der deutschnationale Antrag über **Kleinrentnerfürsorge** dem Haushalts- und Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Eine ausgedehnte Geschäftsordnungsaussprache entspinnt sich bei der Frage, an welchen Ausschuß **völkische Anträge über die Umwertung von Hypotheken, und die Ablösung öffentlicher Anleihen verwiesen werden.** Die Völkischen und Kommunisten verlangen, daß die Aufwertungsfrage erneut aufgerollt werden soll, und daß der Aufwertungsausschuß sich daher mit diesen Anträgen beschäftigen müsse. Dem wird von dem Abg. Dr. **Scholz** (DVP.) widersprochen, der die Anträge dem **Rechtsausschuß** überweisen wollte. Die Sozialdemokraten unterstützen die völkische Forderung. Auf Verlangen der Linken stellt Abg. Dr. **Kahn** (DVP.) unter großer Heiterkeit fest, daß der Rechtsausschuß „verstopft" sei, daß also die Anträge in absehbarer Zeit nicht zur Erledigung kommen würden. Das Haus beschließt aber mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Deutschnationalen **Verweisung an den Rechtsausschuß.**

Es folgt dann die

zweite Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes.

Danach liegt **die Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen** den Arbeitsgerichtsbehörden ob. Sie sind unter Ausschluß der ordentlichen Gerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes für alle Rechtsstreitigkeiten in Arbeitssachen zuständig.

Abg. Dr. **Rademacher** (Dnat.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, der zahlreiche Aenderungen an der Vorlage vorgenommen hat.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Der Ausschuß hat den Grundzügen der Regierungsvorlage zugestimmt und viele wertvolle Verbesserungen vorgenommen. Es mußte ein Mittelweg eingeschlagen werden, der sowohl den sozialen Belangen, wie denen der ordentlichen Rechtspflege Rechnung trägt. Es mußte aufgebaut werden auf den bewährten Einrichtungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Das verkennen die Verfehler der vollständigen Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentlichen Gerichte und der Anwaltszulassung in allen Instanzen. Es ist falsch, was seitens des deutschen Richterbundes und des deutschen Anwaltsvereins in ihren letzten Protesterklärungen behauptet wird, daß das rechtsgelehrte richterliche Element mehr oder minder aus den Arbeitsgerichten herausgedrängt werde und daß sogar das Recht selbst in diesen Gerichten kaum mehr eine Stätte habe.

Die Mehrheit der deutschen Anwälte und Richter wird kaum solche Vorwürfe erheben wollen, die letzten Endes auf die Richter selbst zurückfallen würden (Sehr wahr!), denn auch in der ersten Instanz muß bei den Arbeitsgerichten der Vorsitzende stets ein rechtsgelehrter Richter sein. Die Juristen dürfen nicht verlangen, bei den Arbeitsgerichten das allein maßgebende Element zu sein. Die Vorlage bringt die Verwirklichung der im Art. 157 der Reichsverfassung enthaltenen Verheißung eines einheitlichen Arbeitsrechts. Es kann keine Rede davon sein, daß der Gesetzentwurf der Verfassung widerspricht. Die Behauptung, daß das Reichsgericht auf anderem Standpunkt steht, ist unwahr. Das Gesetz bringt einen großen sozialen Fortschritt. Darum sollten alle Parteien die kleinen Meinungsverschiedenheiten hinter dem großen Ziel der Vorlage zurückstehen lassen. (Beifall.)

Abg. **Aufhäuser** (Soz.) begrüßt die Vorlagen als einen Anfang zum kollektiven Arbeitsrecht; wenn auch nicht alle Wünsche der Sozialdemokraten erfüllt seien. Der Redner wendet sich scharf gegen die Eingabe des deutschen Richtervereins. Sehr kühn sei die Behauptung des Richtervereins, daß in den Arbeitsgerichten an Stelle der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Richter die politische und wirtschaftliche Bedingtheit trete. Eine Beobachtung der Urteile der ordentlichen Gerichte lasse gerade bei vielen Richtern sehr starke politische Bedingtheit erkennen, eine innere Abneigung gegen die Verfassung und den neuen Volksstaat. (Sehr richtig! links.) Die Sozialdemokratische Fraktion erblicke in der Vorlage, wie sie aus dem Ausschuß gekommen ist, eine Grundlage zur Entwickelung einer selbständigen und brauchbaren Sozialgerichtsbarkeit, zu einem Recht, in dessen Mittelpunkt nicht der Klassenbegriff des Richterbundes, sondern der Mensch steht.

Abg. Dr. **Rademacher** (Dnat.) betont, auch die Deutschnationalen wünschten eine billige, einfache und schnelle Rechtsprechung in Arbeitsstreitigkeiten, aber die Vorlage bedeute in vielen Punkten einen Sprung ins Dunkle. Das Recht müsse die Grundlage aller Gesetzgebung sein. Das von dem Vorredner gegen die deutschen Richter geäußerte Mißtrauen müsse zurückgewiesen werden, ebenso der Vorwurf, daß die Richter keine soziale Gesinnung hätten. Die Einrichtung der Arbeitsgerichte erster Instanz sei eine Gefährdung der Rechtseinheit. Auch die Bestimmungen über die Erfindungen seien bedenklich. Der Redner wendet sich dann gegen Einzelheiten der Vorlage. Die Monopolstellung der Verbände könne leicht zum Organisationszwang führen. Die Ausschließung der Anwälte bei der ersten Instanz sei eine ungerechte Herabsetzung des Anwaltstandes. Ein Teil der Deutschnationalen werde eine Aenderung dieser Bestimmungen beantragen. Das freie, unabhängige Richtertum werde durch das Gesetz gefährdet. Zwischen Demokratie und Richtertum bestehe ein unauflösbarer Gegensatz, aber das unabhängige Richtertum müsse als Grundlage des Rechtsstaates erhalten bleiben.

Reichsjustizminister Dr. Bell

bedauert, daß mit der Bekämpfung der Eingabe des deutschen Richterbundes scharfe Angriffe gegen die Rechtsprechung im allgemeinen erhoben worden seien. Der Minister erklärt, er müsse diese Angriffe als unbegründet zurückweisen, ebenso aber auch die Bemerkung, das ein unauflösbarer Gegensatz zwischen Demokratie und Richtertum bestehe. Die völlige Fernhaltung der ordentlichen Richter von den Arbeitsgerichten würde ein Unglück für die Richter und für das Arbeitsrecht sein, die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentliche Gerichtsbarkeit würde auf der anderen Seite einen Abbau der bestehenden sozialen Fürsorge bedeuten. Die bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte waren Sondergerichte ohne jede Verbindung mit der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Im Interesse der Einheitlichkeit der Justiz bringt die gegenwärtige Vorlage einen wesentlichen Fortschritt. Ich bedaure die vollständige Ausschließung der Anwälte in der ersten Instanz, aber es darf nicht vergessen werden, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte die Anwälte absolut ausschlossen. Auch darin bringt die Vorlage eine Verbesserung. Wenn die Eingabe des Richterbundes behauptet, das Richtertum sei ganz ausgeschaltet, so schießt sie übers Ziel hinaus. Die Vorlage beschreitet den richtigen Mittelweg. Eine weitergehende Ausschaltung der Richter und Anwälte würde ich nicht billigen können. Der Minister sucht dann juristisch nachzuweisen, das von einer verfassungsändernden Wirkung der Vorlage keine Rede sein könne.

Abg. **Buchholz** (Ztr.) erklärt sich für die Zentrumsfraktion mit der Vorlage in der Ausschußfassung einverstanden. Zu begrüßen sei vor allem die mit ihr erreichte größere Vereinheitlichung der Rechtspflege. Es sei eine ganz ungeheuerliche Uebertreibung, wenn in der Eingabe des Richterbundes behauptet wird, daß der rechtsgelehrte Richter und Anwalt mehr oder minder von den Arbeitsgerichten ausgeschaltet sei. Tatsächlich werde der ordentlichen Gerichtsbarkeit durch das neue Gesetz gar nichts genommen. Oberster Zweck der Arbeitsgerichte sei die schnelle Herbeiführung von Vergleichen. Darum sei auch die Ausschließung der Anwälte in der ersten Instanz nicht bedenklich. Der Redner spricht die Erwartung aus, daß die Arbeitsgerichte zu einem wichtigen Faktor des inneren Friedens werden möchten.

Abg. Dr. **Pfeffer** (DVP.) sieht in dem Entwurf einen Fortschritt gegenüber der bisherigen Rechtsprechung. Im Interesse des Arbeitsrechts selbst hätte man aber auch die Arbeitsgerichte 1. Instanz an die ordentl. Gerichte angliedern sollen. Ein großer Teil meiner Fraktion wird deshalb für den dahinzielenden deutschnat. Antrag stimmen. Die Rechtsanwälte müssen in erster Instanz wenigstens bei berufungsfähigen Objekten zugelassen werden. Ferner beantragen wir Anwaltszwang in der zweiten Instanz und daneben nur Zulassung der Verbandsvertreter. Besondere Bedenken haben wir gegen die Mitwirkung der wirtschaftlichen Verbände bei der Verwaltung der Gerichte, weil diese dadurch erschwert wird. (Hört, hört! rechts.) Die Beseitigung der Innungsschiedsgerichte bedauern wir. Wir haben mit Erfolg wenigstens Fachkammern für das Handwerk verlangt. Wir beantragen, daß aber daran nun auch die Innungen durch Stellung von Beisitzern beteiligt werden.

Vizepräsident Dr. Rießer teilt mit, daß der Abg. Herold (Ztr.) im Hause erkrankt ist und wünscht ihm baldige vollkommene Wiederherstellung.

Abg. **Bertz** (Komm.) erklärt, der vorliegende Entwurf bedeute in keiner Weise eine soziale Reform.

Abg. Dr. **Raschig** (Dem.) erklärt sich mit der Grundtendenz des Gesetzes einverstanden, das einen Fortschritt bedeute. Ueber Einzelheiten könne man verschiedener Meinung sein. Die ordentlichen Richter seien allerdings zu weltfremd; dem helfe man aber nicht dadurch ab, daß man ihnen dieses ganze Gebiet vorenthalte und sie mit Gewalt zur Weltfremdheit erziehe. Ein Teil der demokratischen Fraktion werde für den deutschnationalen Antrag auf Angliederung an die ordentlichen Gerichte stimmen. Streitigkeiten über Erfindungen sollten den ordentlichen Gerichten überlassen bleiben.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wiederholt die schon im Ausschuß abgegebene Erklärung, daß als wirtschaftliche Verbände im Sinne des Gesetzes tariffähige Verbände gelten, deren tatsächliche Unabhängigkeit feststeht. Als Arbeitnehmerverbände würden auch solche anerkannt, denen neben Arbeitern auch Angestellte und Beamte angehören.

Abg. **Beier-Dresden** (Wirtschaftl. Vgg.) sieht in der Vorlage eine ungeheure Mehrbelastung der Länder mit 20 Millionen oder mehr. Der Redner verlangt die Angliederung an die ordentlichen Gerichte, die Herabsetzung der berufungsfähigen Summe auf 100 Mark und die Zulassung von Anwälten auch in der ersten Instanz. Ganz unerträglich sei die Aufhebung der Innungsschiedsgerichte.

Ministerialdirektor Dr. Sitzler erklärt dem Vorredner gegenüber, die durch das Gesetz entstehenden Kosten würden keineswegs 20 Millionen betragen.

Abg. **Schwarzer** (B.V.P.) begrüßt die Vorlage. Sie schaffe keinen neuen Apparat, sondern vereinfache und vereinheitliche nur die bisher zersplitterte Arbeitsgerichtsbarkeit. Die besonderen Aufgaben der Arbeitsgerichte könnten von den ordentlichen Gerichten garnicht erfüllt werden.

Abg. **Stöhr** (Völk.) tritt für die Vorlage ein. Sie wolle die Zersplitterung auf einem wichtigen Rechtsgebiet beseitigen und die Berufsrichter enger als bisher mit der Rechtsprechung bei Arbeitsstreitigkeiten verbinden. Darum sei der Protest des Richterbundes und des Anwaltsvereins nicht recht verständlich.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Um 5½ Uhr wird die Einzelberatung auf Montag 3 Uhr vertagt.

*

Verstärkung der Etatsposition für Arbeitsvermittelung und Erwerbslosenfürsorge.

vdz. Berlin. Der **Haushaltausschuß des Reichstags** nahm zum Etat des Reichsarbeitsministeriums einen Antrag Hoch (Soz.)-Erfing (Ztr.) an, die **Etatsposition betreffend Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge um 40 Millionen Reichsmark, also auf insgesamt 300 Millionen zu erhöhen.** Ferner wurde **1 Million RM. bewilligt als Beihilfe für Saarländische Sozialversicherte** außerhalb des Saargebiets.

*

Berlin. (Funkspruch.) Im Reichstage ist ein **gemeinsamer Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei** eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, mit größter Beschleunigung ein **umfassendes Programm zur nationalen kulturellen und wirtschaftlichen Stärkung des besetzten und besetztgewesenen Gebietes** dem Reichstage vorzulegen und die **entsprechenden Mittel** alsbald durch den Reichshaushaltplan anzufordern.

Die **kommunistische Reichstagsfraktion** hat einen **Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister eingebracht.**

Der Besuch der „Hannover" in Amsterdam.

* Amsterdam. Sonntag früh zog die Mannschaft der „Hannover" unter klingendem Spiel zum Gottesdienst in eine hiesige Kirche. Tausende von Menschen hatten sich auf den Straßen eingefunden. Abends fand ein von der deutschen Kolonie in Amsterdam veranstaltetes großes Fest für die Mannschaften und Offiziere der „Hannover" statt. Für Dienstag nachmittag ist an Bord des Schiffes ein Fest angesagt.

Zu den polnischen Ausweisungen.

Beuthen. (Funkspruch.) Die ostdeutsche Morgenpost meldet: In der Angelegenheit der **Ausweisung des Leiters der Landwirtschaftlichen Buchführung der Hohenloheschen Verwaltung Koschentin Dr. Groke** ist das **Schiedsgericht** für Oberschlesien gestern zusammengetreten, ohne eine **Entscheidung zu fällen,** da der polnische Staatsvertreter die Erklärung abgab, daß er dafür sorgen werde, daß der Ausweisungsbefehl nicht vollzogen wird, bis das Schiedsgericht endgültig entschieden hat. Das Verfahren schwebt also vor dem Schiedsgericht unter Leitung des Präsidenten Kaeckenbeck.

SLUB
Wir führen Wissen.

Die Weihnachtsbeihilfe der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner.

vdz. **Berlin.** Dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags lag am Sonnabend vormittag ein von den Regierungsparteien neu eingebrachter Antrag über Weihnachtsbeihilfe für Erwerbslose usw. vor, wonach die über 25 Wochen Erwerbslosen eine halbe Wochenunterstützung, die Invalidenrentner 6 Mark, die Waisen 3 Mark und die Kleinrentner ein Drittel ihrer Monatsrente als einmalige Beihilfe erhalten sollen. Die Sozialdemokraten beantragten im Ausschuß, den über 26 Wochen Erwerbslosen eine doppelte Wochenunterstützung und den übrigen Erwerbslosen eine volle Wochenunterstützung zu zahlen. Auch den Demokraten und den Zentrumsmitgliedern des Ausschusses erschien die gemeinsam beantragte Beihilfe zu gering, während von der Deutschen Volkspartei grundsätzliche Bedenken gegen eine Beihilfe an die Erwerbslosen geltend gemacht wurden. Man solle lieber eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungen eintreten lassen, wenn sie nötig sei. **Beschlüsse wurden nicht gefaßt,** da die Sitzung wegen Beginn der Vollversammlung des Reichstags abgebrochen werden mußte.

*

)(**Berlin,** 11. Dezember. In seiner Abendsitzung beendete der **Haushaltsausschuß des Reichstages** die Beratung des Nachtragsetats des Reichsarbeitsministeriums. Er nahm einen **Antrag der Regierungsparteien** an, der einen **Betrag von 25 Millionen zu einmaligen Notstandsmaßnahmen für langfristige Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner in den Etat neu einstellt.**

Die Verteilung dieser 25 Millionen soll so erfolgen, daß alsbald als Weihnachtsbeihilfe gezahlt werden: 1. An die Hauptunterstützungsempfänger aus der Erwerbslosenfürsorge, soweit sie über 26 Wochen erwerbslos sind, ein Betrag in Höhe einer halben Wochenunterstützung. 2. An die Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung ein Betrag von je 6 Reichsmark auf jede Invaliden-, Witwen- und Witwer-Rente und von je 3 Reichsmark auf jede Waisenrente. 3. An die zum Empfang von Kleinrentner-Fürsorge berechtigten Personen ein Betrag von je einem Drittel der Monatsunterstützung.

Trauerfeier für Pasitsch.

)(**Belgrad,** 12. Dez. Die heutige Trauerfeier für Pasitsch begann mit einer **kirchlichen Zeremonie** in der Kathedrale, die vom Patriarchen Dimitri unter Assistenz von sechs Bischöfen und zahlreicher Geistlichkeit abgehalten wurde. Der Feier wohnten der König, Prinz Paul, die Mitglieder der Regierung, des diplomatischen Korps und des Parlaments, der Generalstab des Heeres und der Marine, Vertreter der Belgrader Stadtverwaltung und Abordnungen aus allen Teilen des Landes bei. Am Schluß der kirchlichen Handlung würdigte der Patriarch in bewegten Worten das nationale Werk Pasitschs. Hierauf zeichnete der Präsident der Skupschtina, Trifkowitsch, ein Lebensbild des Verstorbenen, indem er auf sein wechselvolles Leben und seinen uneigennützigen Kampf für die Demokratie und das Vaterland besonders hinwies. Obwohl aufgewachsen in republikanischen Kreisen habe sich Pasitsch der parlamentarischen Monarchie zugeneigt. Seine Kaltblütigkeit habe es ihm ermöglicht, alle Krisen zu überwinden und die Staatshoheit zu erhalten. Als nächster Redner sprach im Namen der Regierung der Minister für Volksgesundheit Miletitsch, der Pasitsch als den Schöpfer des Gebäudes der nationalen Einheit bezeichnete und auf den Einfluß hinwies, den er auf die ehemals serbischen Teile Oesterreich-Ungarns ausgeübt habe. Mit Pasitsch sei ein Revolutionär der nationalen Idee dahingegangen.

Nach den Ansprachen trugen die Minister den Sarg auf ihren Schultern zur Geschützlafette, auf die er niedergesetzt wurde. Hinter dem **Trauerzuge,** den der König und der Prinz Paul bis zum Schloß begleiteten, folgte die Familie. 250 Kränze, darunter solche des Königs, der Radikalen Partei, der russischen Flüchtlinge und der fremden Gesandtschaften wurden in Wagen im Zuge mitgeführt. Zwölf Offiziere trugen die Ehrenzeichen des Verstorbenen. In dem Zuge folgten auch das Diplomatische Korps und militärische Abordnungen. Eine ungeheure Menschenmenge, die den Trauerzug überall erwartete, zeigte die allgemeine Trauer um den Heimgegangenen. Vor dem Kassationshofe machte der Trauerzug Halt, wo zehn Redner, u. a. der Vertreter des Zentralkomitees der Radikalen Partei, der Bürgermeister von Belgrad, der Vertreter des Klubs der radikalen Abgeordneten, ferner Vertreter der Demokraten und der Unabhängigen Demokraten, in kurzen Ansprachen der hervorragenden Eigenschaften und der Verdienste des Dahingeschiedenen gedachten.

Auf dem Friedhofe sprachen wiederum **mehrere Redner,** und um 1½ Uhr nachmittags wurde die sterbliche Hülle des Verblichenen in der Kapelle niedergesetzt, von wo sie am Mittwoch nach Vollendung des Grabgewölbes der Erde übergeben werden soll. **Radikale Studenten werden bis dahin die Ehrenwache am Sarge halten.**

Die Industriellen zur Arbeitsgemeinschaft.

vdz. **Berlin.** In einer gemeinsamen Sitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände, die unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. ing. v. Borsig stattfand, erörterte der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände **Rechtsanwalt Vielhaber-Essen** die **sozialpolitische Entwicklung der letzten Jahre.** In der Frage der Arbeitsgemeinschaft stellte sich der Redner unter Zustimmung der Versammlung auf den Standpunkt, **daß trotz aller entgegenstehenden politischen und sonstigen Hindernisse eine Zusammenarbeit der Unternehmer und der Arbeiterschaft erstrebt werden müsse.** Ob das auf der Grundlage wie im November 1918 geschehen könne, müsse noch geklärt werden, auch müsse geprüft werden, ob und inwieweit der Gedanke der „Werkgemeinschaft" lebensfähig sei.

Der Beauftragte der deutschen Filmindustrie **Rechtsanwalt Plange** betonte die Bedeutung der deutschen Filmindustrie für die deutsche Wirtschaft. **Aus dem Lichtspiel flössen jährlich etwa 300 Millionen Goldmark in die deutsche Wirtschaft.** Der Redner forderte die Abschaffung der wie eine 15 prozentige Umsatzsteuer wirkenden Lustbarkeitssteuer.

Dr. Wirth über die innere Krise.

vdz. Im Volkshaussaal zu Jena sprach am Freitag **Reichskanzler a. D. Dr. Wirth** in einer vom Reichsbanner veranstalteten Kundgebung. Er wandte sich mit großer Entschiedenheit **gegen das Vorgehen des Abg. Dr. Scholz** und erklärte dann nach dem Bericht des „Berliner Tageblattes": Ich habe mich stets gegen die Konstruktion eines Bürgerblocks gewehrt und erkläre hier abermals, daß mich jeder Bürgerblock in schärfster Opposition finden wird, und, wenn es sein müßte, auch innerhalb der eigenen Partei. Ich würde den Tag für den schwärzesten halten, wo der besitzende Teil im Gegensatz steht zu dem großen Teil des arbeitenden Volkes. Und wenn jetzt eine kapitalistische Weltanschauung verlangt wird, dann erkläre ich hier offen: **dann bin ich Sozialist.**

Die Deutschnationalen und das Reichsschulgesetz.

vdz. **Berlin.** Eine gemeinsame Sitzung der beiden konfessionellen Ausschüsse der Deutschnationalen Volkspartei fand am 9. Dezember unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Staatsministers a. D. Wallraf zu dem Zweck statt, wegen der bevorstehenden Debatten und Kämpfe in den schulpolitischen Fragen engste Fühlung miteinander zu nehmen. Die Beteiligung der Mitglieder sowohl des evangelischen Reichsausschusses, wie des Reichskatholikenausschusses war außerordentlich stark. Nach Referaten der Abgg. Prof. Dr. Köhler und Dr. Mumm entspann sich eine ausgedehnte Debatte, in der immer wieder zum Ausdruck kam, daß man in schärfster Form die baldige Ablehnung des Reichsschulgesetzentwurfes erzwingen müsse. Wenn der Reichsinnenminister Külz immer weiter zögere, müsse man zu den schon angekündigten außerparlamentarischen Schritten übergehen. Weiter war man sich vollkommen darüber einig, daß ganz ohne Rücksicht auf parteitaktische Konstellationen des Augenblicks eine klare und gründliche Ausräumung aller unklaren gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Schulwesens unbedingt erfolgen muß, besonders im Hinblick auf Vorkommnisse wie den Dortmunder Schulstreik und den sozialdemokratischen Kampf gegen die christlichen Schulen in Sachsen mit einer behubsamen und in Unbestimmtheiten hängenden Neuordnung, bloß damit das Versprechen des Verfassungsartikels formell erfüllt wird, ist nach einheitlicher Meinung beider Ausschüsse der deutschnationalen Volkspartei dem Interesse der christlichen Schule nicht gedient. Grundsätzliche Auseinandersetzung in diesem Streit und Erkämpfung des Zieles, die christliche Bekenntnisschule nun endlich wirksam zu schützen und zu erhalten, werden die Richtlinien der Deutschnationalen Volkspartei in ihrer politischen Haltung bei den kommenden Auseinandersetzungen und die endgültige Stellungnahme bestimmen.

Landtagsantrag zum Wohnungsbau.

Die Fraktion der **Deutschen Demokratischen Partei** hat folgenden Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

1. die Regierung zu ersuchen, unverzüglich ein **Wohnungsbauprogramm** für den Zeitraum mindestens der nächsten fünf Jahre vorzulegen, das nicht nur den in diesem Jahre erstmalig wieder erreichten laufenden Friedensjahresbedarf von 16000 Wohnungen deckt, sondern das die Möglichkeit schafft, den Wohnungsrestbedarf aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren in Höhe von 45000 Wohnungen (für drei Personen) zu erstellen;
2. die Regierung zu ersuchen, daß sie im **Reichsrat** die übrigen Länder zu einem gleichen Vorgehen veranlaßt;
3. die Regierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie ungesäumt die **Finanzierung des Wohnungsbaues** (unter Umständen im Wege der Anleihe) in die Hand nimmt, indem sie gleichfalls Bauprogramme zugrunde legt, durch die die endgültige Deckung des vorhandenen Bedarfes gesichert wird.

Politische Tagesübersicht.

Großes Anwachsen der Erwerbslosigkeit in Berlin. Nachdem die vorige Woche bereits einen Zugang von 4000 neuen Arbeitssuchenden gebracht hat, haben sich nach dem „Vorwärts" in der letzten Woche an den Berliner Arbeitsnachweisen 7177 neue Arbeitsgesuche gehäuft. In den letzten vier Wochen hat somit die Zahl der Erwerbslosen allein in Berlin um 20 000 Personen zugenommen. Sie beträgt hier jetzt zusammen rund 249 000.

Weitere Verschlechterung im Befinden des japanischen Kaisers. Wie aus Tokio gemeldet wird, ist der Gesundheitszustand des Kaisers von Japan außerordentlich kritisch. Die Herztätigkeit muß künstlich stimuliert werden.

Vor der Umbildung des tschechischen Kabinetts. Wie die tschechische klerikale Presse berichtet, sind die gestrigen Verhandlungen zwischen der Regierung und der slowakischen Volkspartei günstig verlaufen, so daß man noch im Laufe der nächsten Woche mit der Umbildung der Regierung Svehla rechnet.

Reichstagsabgeordneter Dr. Heuß zieht die Konsequenz aus seiner Haltung zum Gesetz gegen Schund und Schmutz. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Heuß wird den Vorsitz im Schutzverband deutscher Schriftsteller niederlegen. Den Grund dazu bildet die Haltung des demokratischen Abg. Dr. Heuß gegenüber dem Gesetz gegen Schund und Schmutz, für das er in einer Reichstagsrede eingetreten ist und für das er dann auch im Verein mit dem kleineren Teil der Demokraten gestimmt hat.

Neuordnung der Reichswehr-Rangliste. Während die bisherige Rangliste der Reichswehr nur Generale vorsah, gibt, wie das „Acht-Uhr-Abendblatt" meldet, das Reichswehrministerium jetzt neue Bestimmungen heraus, wonach der Grad eines Generalobersten und eines Generalfeldmarschalls wieder eingeführt wird, letzterer mit Rücksicht darauf, daß der Reichspräsident als oberster Befehlshaber des Reichsheeres diesen Rang bekleidet.

Ein Antrag der Völkischen zu den Kosten des Femeuntersuchungsausschusses. Die Völkische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, wonach die gesamten Kosten des Femeuntersuchungsausschusses — wohl mehrere hunderttausend Mark — einschließlich der über Hauptmann Röhm verhängten Zeugniszwangsstrafe von 300 RM. in Anbetracht des völligen Zusammenbruchs ihrer Beweisführung über angebliche Fememorde und Femeorganisationen dem Abg. Dr. Levi und der Sozialdemokratischen Partei gesamtverbindlich als den mindestens grobfahrlässigen Veranlassern der Kosten in entsprechender Anwendung des § 469 der Reichsstrafprozeßordnung auferlegt werden sollen.

Die Ausführungsbestimmungen zum Jugendschutzgesetz. Wie die Montagspost meldet, hat Reichsinnenminister Dr. Külz dem Reichsrat den Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Jugendschutzgesetz zugehen lassen.

Das Befinden des Abg. Herold. In dem Befinden des 78jährigen Zentrumsabgeordneten Herold, der am Sonnabend nach einem Schwächeanfall ins Krankenhaus übergeführt wurde und bereits die Sterbesakramente erhalten hatte, ist im Laufe der Nacht und des gestrigen Tages eine Besserung eingetreten. Die Lebensgefahr scheint beseitigt.

Die Polen sind immer wieder die Friedensstörer. Eine Warschauer Alarmmeldung spricht von deutschen Manövern in Ostpreußen. Von zuständiger Stelle wird festgestellt, daß darin kein Kern von Wahrheit enthalten ist. Es finden keine Manöver statt. Lokale Uebungen betreffen höchstens ein Regiment. Dagegen kann man sehr wohl von einer Beunruhigung in Ostpreußen durch polnische Truppenbewegungen an der Grenze sprechen. Wir sind es ja längst gewöhnt, daß die Polen sich als die Beleidigten hinstellen und die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf stellen. So ist auch wieder illoyal und taktlos nicht nur Deutschland, sondern auch dem Völkerbundsrat gegenüber, wenn der polnische Außenminister Zaleski alles Gebiet für Polen verlangt, das vor der Teilung Polens diesem Staate gehört hat. Deutschland beansprucht lediglich eine friedliche Aenderung seiner jetzigen Ostgrenzen, nachdem Polen Gebiete wie Oberschlesien zugefallen sind, die durchaus deutsch sind.

Eine revolutionäre Massenversammlung in Hankau. Times berichtet aus Hankau über eine große Massenversammlung zur Begrüßung des bolschewistischen Ratgebers der Kantonregierung General Borodin, die am Sonnabend stattfand. Nach der chinesischen Presse sollen 300 000 Personen teilgenommen haben. Der Minister des Aeußern der Kantonregierung, die Frau und der Sohn Sunjatsens und die führenden nationalistischen Minister waren anwesend. Es wurden im ganzen 18 Reden gehalten, die im wesentlichen zur Unterstützung der Nationalisten bei der Durchführung der Sowjetpolitik in ganz China aufforderten. Borodin erklärte, die Revolution sei halb geglückt. Es gälte nun, das ganze Land unter einer bolschewistischen Regierung zu vereinigen. Die Unterstützung der Arbeiter werde es der Regierung ermöglichen, die einseitigen Verträge zu beseitigen, die schuld an der chinesischen Armut seien. Times stellt fest, daß 28 der gehaltenen Reden ausgesprochen englandfeindlich waren.

Der Reichsparteivorstand der Zentrumspartei hielt am Sonnabend vormittag im Reichstag eine Sitzung ab, in der einstimmig folgender **Beschluß** gefaßt wurde.

„Der Reichsparteivorstand erklärt aus Anlaß von Meinungsverschiedenheiten in der Partei: **Die Zentrumspartei hält unverrückbar an der Auffassung fest, daß grundsätzlich gegen die Berufung geeigneter Persönlichkeiten aus dem freien Berufsleben zu leitenden Verwaltungsämtern keine Bedenken bestehen. Sie hält im Gegenteil in Ausnahmefällen die Berufung solcher Persönlichkeiten auch zu hohen Verwaltungsposten für wünschenswert".**

Im Anschluß an diese Sitzung versammelten sich die Fraktionsvorstände der Reichstagsfraktion und der Fraktionen der Einzellandtage der Zentrumspartei zu einer **Aussprache über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern.** Die Referate darüber erstatteten die Abg. Lauscher und Brüning.

Ein Frühstück der deutschen Journalisten in Genf zu Ehren Stresemanns.

* **Genf,** 12. Dezember. Die Genfer deutschen Journalisten und die während der Völkerbundstagung in Genf anwesenden deutschen Pressevertreter hatten heute mittag aus Anlaß der Verleihung des Nobelfriedenspreises den deutschen Außenminister Dr. Stresemann und seine engeren Mitarbeiter zu einem Frühstück im Hotel Metropole eingeladen.

Nach einer Glückwunschansprache des Doyens der deutschen Journalisten in Genf dankte der Außenminister mit herzlichen Worten für die Glückwünsche der deutschen Presse. **Dr. Stresemann** betonte, daß in der Verleihung des Nobelpreises eine Anerkennung der Idee läge, für welche neben anderen Nationen Deutschland sich besonders eingesetzt habe. Auf die Frage der Völkerbundstagung eingehend, betonte der Redner, bedeutsam sei am Völkerbunde vor allem die regelmäßige Wiederkehr des Zusammentreffens der Staatsmänner, die in dieser Form in der europäischen Politik früher nicht bestand. „Ich kann mir vorstellen", so sagte Dr. Stresemann, „daß der Weltkrieg nicht ausgebrochen wäre, wenn eine solche Fühlungnahme damals schon bestanden hätte. Der lebende Kontakt von Mensch zu Mensch ist durch Telegramme und Instruktionen in keiner Weise zu ersetzen. Aehnliches gilt auch für die Presse, der durch die regelmäßigen Zusammenkünfte in Genf eine persönliche Fühlungnahme ermöglicht wird, wie es sie bisher nicht gegeben hat." Dr. Stresemann erhob sein Glas auf ein weiteres vertrauensvolles und ersprießliches Zusammenwirken zwischen deutscher Politik und deutscher Presse. — Unter allseitigem Beifall wurde dann dem Pressereferenten der deutschen Delegation, Legationsrat von Twardowski, der Dank für seine bereitwillige und wertvolle Unterstützung der deutschen Presse zum Ausdruck gebracht.

Vertagung der Saarfragen.

)(**Genf.** Die **Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet** und des von Frankreich geforderten **militärischen Bahnschutzes** ist in der Schlußsitzung des Völkerbundsrates auf Vorschlag des Berichterstatters Scialoja **auf die nächste ordentliche Ratstagung im März vertagt worden.** Der einstimmig genehmigte Bericht nimmt Bezug auf die früheren Beschlüsse des Völkerbundsrates, wonach die endgültige Räumung des Saargebietes in Etappen durchgeführt werden soll und verlangt, daß die Regierungskommission die Frage des Bahnschutzes einer neuen Prüfung unterzieht und dem Rate genaue Vorschläge darüber vorlegt. Diese Vorschläge sollen dem Rate so rechtzeitig zugehen, daß er in seiner Märztagung einen endgültigen Beschluß in dieser Angelegenheit fassen kann.

Zunahme der Erwerbslosigkeit.

)(**Berlin.** In der Zeit vom 15. November bis 1. Dez. ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 079 000 auf 1 124 000 gestiegen, die der weiblichen von 237 000 auf 245 000, die Gesamtzahl von 1 316 000 auf 1 369 000. **Die Gesamtzunahme beträgt rund 53 000 oder vier Prozent.**

Der Schulstreik in Westfalen.

)(**Bochum.** Eine von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung der evangelischen Elternschaft in Bochum erklärte sich für **weiteres Ausharren im Streik.** Die evangelischen Pfarrer haben die Lehrer in einem offenen Brief aufgefordert, im Schulstreik neutral zu bleiben. In dem benachbarten Gerths-Harpen wurde der Schulstreik für morgen beschlossen. In den drei Schulen Alten Bochums streiken 35 bezw. 50 bezw. 70,5 %.

Barmen. (Funkspruch.) Die am Sonntag in den streikenden Orten starkbesuchten Elternversammlungen haben einmütig beschlossen im Schulstreik zu verharren. In Milspe fand eine Sitzung der Vertreter sämtlicher evangelischer Schulgemeinden des Kreises Schwelm statt. Es wurde eine Drahtung an den Unterrichtsminister gerichtet, in dem die in Milspe versammelten Vertreter sämtlicher evangelischer Schulgemeinden des Kreises Schwelm den Minister beschwören, den Schulrat Michalka von der Leitung der evangelischen Schulen Dortmund Land 1 zu entbinden, andernfalls sei die starke zum Schulstreik sprengende Bewegung der evangelischen Elternschaft nicht mehr zu halten. Ferner wurde beschlossen, falls der Minister nicht einlenke, am Freitag mit dem Streik zu beginnen. Die evangelische Schulgemeinde Hagens und die Schulgemeinde Annen haben beschlossen in den Streik zu treten.

Der Riesenbrand in Neusüdwales.

* **London.** Nach Meldungen aus Sidney dauern die Waldbrände in Neusüdwales mit unverminderter Stärke an. Die Bevölkerung versucht mit großer Verzweiflung, ihre Habe zu retten. Das Feuer rückt auf einer Breite von 20 Meilen vor. Der Schaden ist außerordentlich groß.

67 Opfer einer Schiffskatastrophe.

Buenos Aires. (Funkspruch.) Wie die Zeitung Nacion aus Santiago de Chile meldet, sind 67 Mann der Besatzung des chilenischen Schiffes „Arauco", das während eines furchtbaren Sturmes bei Lota gesunken ist, ertrunken. 39 Personen konnten gerettet werden.

SLUB
Wir führen Wissen.

Oeffentliche Mieterversammlung in Riesa.

Der Mieterverein Riesa und Umgegend hatte zu einer öffentlichen Protestversammlung eingeladen, die am Sonnabend abend im Saale des „Wettiner Hofes" stattfand.

Der Bundesvorsitzende, Herr Hermann-Dresden, behandelte in seinem Vortrage das Thema: „Die drohende Vergewaltigung der gesamten Mieterschaft". Es seien zwei Dinge, die die Leser der Zeitungen fast täglich beschäftigten und zwar die Beratungen um die Außenpolitik und der Kampf um das Wohnungsrecht. Während es außerordentlich zu begrüßen sei, daß auf der einen Seite die Volksvertreter sich bemühen, den europäischen Frieden herzustellen, müsse auf der anderen Seite wahrgenommen werden, daß das Gegenteil des Friedens, der Kampf — und zwar der Kampf um das Wohnungsrecht — immer heftiger zutage trete, anstatt zu versuchen, dem inneren Frieden in der Wohnungswirtschaft näherzukommen. Man versuche auf der gegnerischen Seite mit aller Kraft und mit aller Gewalt das den Mietern durch Gesetz eingeräumte Recht wieder zu vernichten. Im ganzen Reiche werde gegen die Mieter vorgegangen. Der Kampf sei ein äußerst schwieriger, trotzdem daß etwa 93 Prozent Mieter nur 7 Prozent Hausbesitzer gegenüberstehen. Nicht genug, daß sich schon zahlreiche Parteien bestimmter politischer Richtung in den Parlamenten zusammengefunden und mehr oder weniger die Mieterorganisationen bekämpfen, habe sich auch noch die Wirtschaftspartei als ein Gegner der Mieterorganisation gegründet und diejenigen, insonderheit aus den Kreisen des Gewerbes und des Handels, die dieser Partei zum Siege verholfen haben, würden sich gar bald wundern, wenn das Ding anders herum gehe und die große Gefahr, die ihnen drohe, zur Tatsache werde. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Wirtschaftspartei schon in den nächsten Tagen im Landtage einen Antrag einbringen werde, der die Aufhebung der sog. Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume auch in Sachsen fordere. Die Folgen hätten allerdings die Wähler selbst zu tragen. — In einem Rückblick führte der Referent seine Zuhörer zurück in die Zeit des Friedensschlusses von 1870/71. Als damals der deutsche Boden freigegeben worden sei, habe der Schacher mit Grund und Boden eingesetzt. Schon zu jener Zeit hätten die Mietskasernen angefangen zu blühen. Das deutsche Volk habe nicht mehr nebeneinander wohnen können, weil eben der Grund und Boden zu teuer wurde. Schon damals hätten die heimkehrenden Krieger in Berlin um ihr Recht auf eine Wohnstätte kämpfen müssen. Und weil man die Verhältnisse von damals kannte, habe man sich sagen müssen, das dürfe nicht wieder vorkommen. Als aber die Wohnungsnot immer größer geworden sei, hätten sich die berufenen Vertreter der Mieterschaft an die zuständigen Stellen gewandt und an die Kundgebung des damaligen Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, daß jeder heimkehrende Krieger seine Wohnung erhalten solle, erinnert. Nachdem der Krieg beendet gewesen sei und die Revolution durch das Land brauste, habe man geglaubt, daß der Spekulation an Grund und Boden Einhalt geboten werde, es sei leider zunächst alles beim Alten geblieben. Zwar sei der Grundgedanke Hindenburgs in der Reichsverfassung mit aufgenommen worden, um aber den Worten Leben zu verleihen, gebe es tausend Ausflüchte. Man habe somit erstreben müssen, mit Hilfe der politischen Parteien und deren Vertreter dem Volke zu seinem Rechte zu verhelfen und so sei schließlich das Reichsmietengesetz geschaffen worden, durch welches bekanntlich der Mieter davor geschützt sei, daß der Hausbesitzer die Mieten nicht willkürlich steigern könne. Dies sei das erste große Moment. Als zweites bedeutendes Moment sei durch die Bodenreform die außergewöhnliche Spekulation mit Grund und Boden verhindert worden. Als die Mietervertreter sich über ihre Forderungen klar gewesen seien, hätten sie sich in Dresden zu Beratungen mit Vertretern des Hausbesitzes und des Rates zusammengesetzt und es sei errechnet worden, daß früher 15 Prozent genügt hätten, die gesamte deutsche Hauswirtschaft zu erhalten, während die übrigen 85 Prozent die Mieter für den teuren Grund und Boden hätten aufbringen müssen.

Leider hätten die Mieter ihre Führer des öfteren im Stiche gelassen. Redner erinnert an die Mietervertreter in den Häusern. Zwei Jahre hätten gekämpft werden müssen, um den Mietern das Mieterschutzgesetz zu schaffen. Zwar dürfe es nicht der Zweck des Kampfes sein, die Mieten unwirtschaftlich niedrig zu halten, denn jedes verfallene Haus fördere die Wohnungsnot. Von diesem korrekten Grundsatze ausgehend, seien die heutigen Mieten durchaus angemessen und das Geschrei der Hausbesitzer, daß sie mit 60 Prozent der Friedensmiete nicht auskommen, unbegründet und daher unberechtigt. Wer den ernsten Willen habe, Schäden an den Grundstücken auszubessern, komme mit dem heutigen Mietsatze sehr wohl aus; der Besitzer müsse nur ein sparsamer Verwalter seines Hauses sein. Es sei ferner ein Gesetz formuliert worden, daß der Hausbesitzer nicht aus eigener Kraft seinem Mieter die Wohnung aufkündigen kann; er muß sich an das Mietsgericht wenden. Dies sei insonderheit ein großer Vorteil für Handel- und Gewerbetreibende, die heute noch in Sachsen den Mieterschutz genießen. Leider habe man nicht verhindern können, daß die Frist, die nicht zahlungsfähigen Mietern zugestanden wird, von zwei Monaten auf einen Monat herabgesetzt worden ist, immerhin sei noch wenigstens eine kleine Frist belassen worden. Auch das Wohnungsmangelgesetz sei geschaffen worden, wodurch dem Hausbesitzer nicht das Recht zustehe, die freiwerdenden Räume von sich aus zu verteilen. Alle diese Gesetze, die dem Schutze der Mieter dienen, bildeten die Mieterschutzgesetzgebung. An gegnerischer Seite bezeichne man diese mit „Zwangswirtschaft" im Wohnungswesen. Dieses Wort habe man mit vollem Vorbedacht geprägt; es sei dies eine Irreleitung der öffentlichen Meinung. Redner ging sodann auf die seitens der Hausbesitzerorganisation geplanten Mietsforderungen und die Versprechungen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues ein. Man fordere die Aufhebung der sog. Zwangswirtschaft, um bauen zu können. Die Privatbauwirtschaft habe aber in Sachsen bereits vor dem Kriege versagt, weshalb sich Baugenossenschaften gegründet hätten, um Wohnungen für kleine Leute zu erstellen. Es sei jetzt die Friedensmiete erreicht worden, aber auch dies habe sich auf dem Wohnungsbaumarkte nicht ausgewirkt. Man habe dann die sog. Indexmiete erfunden und jetzt endlich wolle man die „angepaßte" Miete, das sei der mehrfache Betrag der Friedensmiete. Es gebe aber noch eine andere Miete und das sei die sog. „Hirtsiefer-Miete", nach dem preußischen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer genannt, welcher sagt, er brauche 130 Prozent der Friedensmiete, damit er sein Wohnungsbauprogramm durchführen kann. Als diese Forderung bekannt geworden sei, hätten sich die Führer des Bundes der Mietervereine nach Berlin begeben, um mit dem Minister zu verhandeln und ihm die beiden Grundfragen vorgelegt, ob der Minister das Volk für fähig hält, diese neuen Lasten zu tragen, und ob auch die Löhne und Gehälter entsprechend erhöht werden könnten. Durch die um 30 Prozent erhöhte Miete hätte das Volk 1½ Milliarde wieder mehr aufzubringen. Man habe dem Minister anempfohlen, die 40 Prozent Mietzinssteuer ausschließlich für Wohnungsbauten zu verwenden, dann würde das vorgesehene Wohnungsbauprogramm durchgeführt werden können. Als Antwort habe der Minister auf die politische Lage hingewiesen. Man gehe also fehlschen und handeln. Die 30 Prozent würden ja „nach und nach" erhoben. Die Lohn- und Gehaltsfrage hingegen sei unbeantwortet geblieben, da der Minister plötzlich abberufen worden sei. So sei also die Deckungsfrage nicht geregelt worden und eine solche Gesetzeshandlung könne man sich nicht gefallen lassen. — Um was gehe nun der künftige Kampf? Zunächst gelte es, das zu erhalten, was bisher erkämpft worden sei. Es müsse erstrebt werden, aus dieser planlosen Bewirtschaftung herauszukommen und eine planmäßige Bewirtschaftung anzustreben. Es werde von den Mietern eine großzügige soziale Wohnungsreform gefordert, die Durchführung eines auf mindestens 10 Jahre berechneten Wohnungsbauprogramms für jährlich 250 000 Wohnungen, ferner die Beibehaltung der 100prozentigen Friedensmiete. Jeder Versuch einer Lockerung des Mieterschutzes werde mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Es müsse vor allem der Kleinhausbau gefördert werden. — Solange der Hausbesitz auf maßlosen Forderungen verharre, werde es keinen Frieden geben. Zwar richte sich der Kampf nicht gegen solche Hausbesitzer, die friedlich und entgegenkommend mit ihren Mietern verkehren, der Kampf richte sich im besonderen gegen die unberechtigten Forderungen der Organisation der Hausbesitzer, gegen die Zwangswirtschaft vor dem Kriege, ausgeführt durch die Hausbesitzer. — Und weil der Kampf gegen die Organisation gehe, müsse auch die Mieterorganisation eine Macht werden, das sei sie dem deutschen Volke schuldig. Es sei hohe Zeit, Front zu machen — wenn es nicht anders gehe, dann durch ein Volksbegehren.

Den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine kurze Aussprache an, in der zunächst Herr Höhne das Wort ergriff. Er ging im wesentlichen auf die Darlegungen des Referenten ein, dem er zustimmte. Tatsache sei, daß, wenn die Mieter nicht organisiert wären, lägen für sie die Verhältnisse weit ungünstiger. Er kam auf die 25prozentige Aufwertung der Hypotheken zu sprechen und zog dabei den Vergleich mit der verhältnismäßig geringen Aufwertung der Sparkassenguthaben. Seiner Meinung verzinse sich heute ein Hausgrundstück noch besser, als vor dem Kriege. Er sei der Ueberzeugung, daß die geplante 130prozentige Friedensmiete von vielen nicht werde aufgebracht werden können. Da über die Höhe der Mietsätze die Parlamente entscheiden, müsse man bei der Wahl der Volksvertreter sehr vorsichtig sein; leider müsse man immer wieder erfahren, daß das, was man tue, falsch sei.

Der Versammlungsleiter, Herr Schulz, wies ebenfalls nochmals auf das Unerträgliche der geplanten Mietserhöhung hin. Würde die von der Hausbesitzer-Organisation erstrebte sog. angepaßte Miete in Höhe von 240 Prozent der Friedensmiete erhoben werden, so würde dies für die Hausbesitzer einen Gewinn von etwa 9 Milliarden Reichsmark bedeuten. Diese gewaltige Summe sei für das Volk einfach nicht tragbar. Angesichts dieser Forderung müsse in die Mieterschaft die Erkenntnis kommen, daß sie sich geschlossen hinter das Programm der Mietervereine stellen müsse. Deshalb könne die Parole nur lauten: Hinein in die Mietervereine!

Herr Schulz verlas sodann folgende Entschließung, die gegen einzelne Stimmen (vermutlich Hausbesitzerstimmen) angenommen wurde:

„Die Riesaer Mieterschaft wendet sich mit Entschiedenheit gegen jede Mietsteigerung, die durch nichts begründet ist.

Sie erwartet von der Regierung, daß sie allen dahinzielenden Wünschen der Hausbesitzer-Organisationen Widerstand leistet und den Mieterschutz so lange aufrecht erhält, bis die Wohnungsnot behoben ist und ein neuzeitliches Wohnwirtschaftsgesetz die Mieter vor willkürlichen Kundigungen und Mietsteigerungen schützt."

Hierauf meldete sich noch ein Herr aus Münchritz zum Wort, der in seinen Ausführungen Vergleiche zog zwischen den Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkte vor 1914 und der gegenwärtigen Zeit. Er betonte, an Beispielen nachweisen zu können, daß dem Hausbesitzer heute aus den Mietserträgen namhafte Ueberschüsse für Reparaturen verblieben.

In seinem Schlußwort bemerkte der Herr Referent, daß der Hausbesitz durch seinen Realbesitz bei der Aufwertung am günstigsten abgeschlossen habe; ihm sei ein unendlich großes Geschenk gegeben worden. Immerhin müsse nochmals ausdrücklich betont werden, daß der Kampf nicht dem Hausbesitzer gelte, der in Frieden mit seinen Mietern auszukommen bestrebt sei, sondern es gelte — wie gesagt — die maßlosen Forderungen der Hausbesitzer-Organisation und das ganz besondere Vorrecht des Hausbesitzes zu bekämpfen. Redner schloß mit dem Appell an die Mieter: „Sorgen Sie durch Beitritt zu den Mietervereinen für den inneren Frieden!"

Brand in der Raaber Spiritusfabrik.

Budapest. (Funkspruch.) In der vergangenen Nacht geriet das Mittelgebäude der Raaber Spiritusfabrik, der größten Mitteleuropas, aus unbekannter Ursache in Brand. Nach zweistündiger Löscharbeit gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden wird auf 2 bis 3 Milliarden Kronen geschätzt. Man rechnet mit einem Stillstand des Betriebes von etwa 2 Monaten, doch werden die 250 betroffenen Arbeiter bei dem Umbau der Fabrik beschäftigt.

25 Jahre deutsches Hilfswerk in der Schweiz.

In Wolfgang-Davos ist unter Teilnahme der Schweizer Behörden und des deutschen Generalkonsuls Heilbronn die Feier des 25jährigen Bestehens der Deutschen Heilstätten begangen worden. Reichspräsident, Reichsregierung und Auswärtiges Amt sandten ihre Glückwünsche. Die Deutschen Heilstätten wurden im Jahre 1901 auf Betreiben des in Davos von seinem Lungenleiden genesenen Konsuls Burchard-Hamburg durch freiwillige Spenden aus dem ganzen Reich errichtet).

Die Wiederaufnahme des Falles Fechenbach.

Berlin. (Funkspruch.) Nachdem das Reichsgericht unter Aufhebung des ablehnenden Beschlusses der 1. Strafkammer des Landgerichts München die Wiederaufnahme des Verfahrens im Falle Fechenbach für zulässig und begründet erklärt hat, ist dem „Vorwärts" zufolge beim 5. Strafsenat des Reichsgerichts ein Antrag des Oberreichsanwaltes eingegangen, das Urteil des Volksgerichts vom 20. Oktober 1922 nebst der ausgesprochenen Gesamtstrafe insoweit aufzuheben, als der Angeklagte Fechenbach wegen vollendeten Landesverrats zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, und das Verfahren auf Kosten der bayrischen Staatskasse einzustellen. Wie das Blatt weiter erfährt, hat sich der Verteidiger Fechenbachs Rechtsanwalt Dr. Hirschberg-München dem Antrag des Oberreichsanwalts angeschlossen und zugleich beantragt, die Verurteilung zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre gleichfalls aufzuheben. Es ist dem Blatt zufolge zu erwarten, daß der 5. Strafsenat des Reichsgerichts in allernächster Zeit ohne Hauptverhandlung das Urteil aufheben und das Verfahren einstellen wird.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 18. Dezember 1926.

Urteil im Binzer Juwelenraubprozeß.

Berlin. (Funkspruch.) Um ½2 Uhr wurde im Binzer Juwelenraubprozeß das Urteil gesprochen. Es lautete gegen den Angeklagten Flöte auf 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahr Ehrverlust, sowie Anrechnung der Untersuchungshaft, gegen Fritsch, Kühnemann, Klein und Brandt auf je 3 durch die Untersuchungshaft als verbüßt betrachtete Monate Gefängnis.

Der Strafantrag im Binzer Juwelenraubprozeß.

Berlin. (Funkspruch.) In dem Prozeß wegen des Binzer Juwelenraubes hielt der Staatsanwalt den Angeklagten Flöte für den Alleintäter, nahm aber bei seiner Jugend von einem Antrage auf Zuchthausstrafe nochmals Abstand und beantragte 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Gegen die Hehler wurden die Mindeststrafen von Gefängnisstrafen von 4 bis 6 Monaten beantragt.

Besuch Dr. Stresemanns in Hamburg.

Hamburg. (Funkspruch.) Für den Besuch des Reichsministers Dr. Stresemann in Hamburg ist nunmehr der 20. Dezember vorgesehen.

Bluttat in einem schlesischen Dorfe.

Guhrau. (Funkspruch.) Gestern früh wurde eine 78jährige Frau Julge in Klein-Lauersitz, die dort bei ihrer Tochter, einer Frau Baumgart, wohnt, durch einen Stich in den Hals ermordet. Frau Baumgart wurde durch einen Stich in den Hals leicht verletzt. Das Baumgartsche Gehöft wurde niedergebrannt. Der Ehemann Baumgart lebt von seiner Frau getrennt. Sein Aufenthalt ist unbekannt. Der uneheliche Sohn der Frau Baumgart namens Gerntke ist seit gestern früh verschwunden. Die Landjägerei von Guhrau ist dem Täter auf der Spur.

Die strategische Verstärkung der französischen Südostgrenze.

Paris. (Funkspruch.) Nach einer Meldung des Matin aus Nancy werden zur strategischen Verstärkung der Südostgrenze 2 Bataillone Jäger zu Fuß, die in Lothringen stationiert waren, in Alpenjägerbataillone umgewandelt und in das Departement alpes maritimes verlegt werden.

Die neue finnische Regierung.

Helsingfors. (Funkspruch.) Die neue Regierung Tanner, die ausschließlich aus Sozialdemokraten besteht, ist heute ernannt worden.

Kinounglück in Alexandria.

Alexandria. (Funkspruch.) In einem Kinematographentheater stürzte während der Vorstellung das Dach ein, wobei 7 Aegypter getötet und 30 verwundet wurden.

Die Buschbrände in Australien.

Sydney. (Funkspruch.) Die Buschbrände dauern noch immer an, wodurch riesiger Schaden verursacht wird. Die Stadt Adelong im Bezirk Wagga ist vom Feuer bedroht. Bisher wurden sechs Tote gemeldet.

Die Wirren in China.

X Paris. Havas berichtet aus Peking: Gut unterrichtete Ausländer und Chinesen, die aus den Gegenden am Jangtsekiang nach Peking zurückkehrten, erklärten, die Lage am Jangtsekiang habe sich in den letzten sechs Wochen beträchtlich geändert. Die Kantontruppen seien anfänglich als Befreier empfangen worden. Wegen der von ihnen verlangten hohen Abgaben und der ausgebrochenen Streiks seien ihnen jetzt aber viele Chinesen feindlich gesinnt. Die Lage der Kantontruppen sei in Wirklichkeit nicht so gut, wie es den Anschein habe; denn die Militärbehörden der Provinzen Honan, Hupe und Kiangsi seien nicht geneigt, den Befehlen des Oberbefehlshabers der Kantontruppen nachzukommen. Die Anträge auf Gewährung der provinzialen Autonomie aus den Zentralprovinzen würden immer dringender, da diese weder von Kanton noch von Mukden regiert zu werden wünschten.

Kunst und Wissenschaft.

Ein neuer Ehrendoktor der Karlsruher Hochschule. Der Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe hat auf einstimmigen Antrag der Abteilung Chemie dem Geh. Hofrat Prof. Dr. Max le Blanc an der Universität Leipzig in Anerkennung seiner ausgezeichneten Forschungs- und Lehrtätigkeit auf dem Gebiet der Elektrochemie die Würde eines Dr. Ing. ehrenhalber verliehen.

Briefkasten.

Wohnungsfrage. Nach der uns unterbreiteten Schilderungen sind Sie nicht verpflichtet, die Räume, welche in diesem Falle als Untermieterräume zu betrachten sind, wieder zu vermieten. Inwieweit allerdings hier die Landesverordnung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 26. 10. 23 in Anwendung gebracht werden kann, läßt sich mit Bestimmtheit nicht beurteilen, da uns die Ihrer Angelegenheit zugrunde liegenden näheren Umstände nicht bekannt sind.

Das Publikum ist gewöhnt

auf vorteilhafte Angebote durch Zeitungsanzeigen aufmerksam gemacht zu werden. Eine große Käuferschar erwartet Vorschläge zu Weihnachts-Einkäufen; versäumen Sie deshalb nicht, Ihr Geschäft durch häufige auffallende Anzeigen im „Riesaer Tageblatt" in empfehlende Erinnerung zu bringen

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenbörse zu Großenhain. Sonnabend den 11. Dezember 1926. Wetter: Regen. Stimmung: ruhig. Heute gezahlte Preise (für 50 kg in Reichsmark): Weizen, hiesiger, (68—70 kg) 12,00—12,80, bo. (71—73 kg) 12,90—13,00; Roggen, (65—68 kg) 11,50—11,70, bo. 70—72 kg 11,80—12,00; Sommergerste 12,00—12,50; Wintergerste 10,50—11,00; Hafer 9,00—9,50; Mais, Laplata 11,00; Maisschrot 12,20; Wiesenheu 4,50—5,00; Weizen- und Roggenstroh 1,20—1,50; Haferstroh 1,20; Weizenmehl (60 %) 24,00; Roggenmehl (60 %) 18,50; Roggenguetzkleie 9,00—9,50; Roggennachmehl 12,00; Roggenkleie 7,50—8,00; Weizenkleie 7,25; Speise kartoffeln 3,40—3,60, 4,20—4,50.

Auf dem Großenhainer Wochenmarkte stellten sich am Sonnabend die Preise pro Pfund wie folgt: Aepfel 10—25 Pf.; Birnen 10—15 Pf.; Butter, das Stück 1,10 M.; Eier, das Stück 16—18 Pf.; Gänse, fette 1,00—1,10 M.; Kartoffeln, alte 6 Pf.; Grünkohl 20 Pf.; Rosenkohl 50 Pf.; Kohlrabi, junger 10 Pf.; Rotkraut, hiesiges 15 Pf., holländisches 15 Pf.; Weißkraut, hiesiges 10 Pf.; Welschkraut 15 Pf.; Meerrettich 60—80 Pf.; Möhren 10 Pf.; Rüben 50—70 Pf.; Rapünzchen 60 Pf.; Rettiche 20 Pf.; Endiviensalat Staude 5 Pf.; Sellerie 25—30 Pf.; Spinat 25 Pf.; Zwiebeln 15—20 Pf.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 11. Dezember. Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark. **Weizen**, märkischer 271—273, pommr. —. **Roggen**, märkischer 231—236, märkischer, neu —, pommr. —. **Gerste**, Sommergerste 217—247, neue Wintergerste 192—205. **Hafer**, märkischer, alt —, neu 178—186. **Mais**, loco Berlin —, Waggon frei Hamburg 195—199. **Weizenmehl**, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 35,25—38,25. **Roggenmehl**, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 32,50—34,50. **Weizenkleie**, frei Berlin 13,00. **Roggenkleie**, frei Berlin 11,70—12,25. **Raps** —. **Leinsaat** —. **Viktoria-Erbsen** 54,00—61,00, **kleine Speise-Erbsen** 32,00 bis 34,00. **Futtererbsen** 21,00—24,00. **Peluschken** 20,00—22,00. **Ackerbohnen** 21,00—22,00. **Wicken** 22,00—24,00. **Lupinen**, blaue 14,00—15,00, gelbe 14,50—15,00. **Serradella**, neue 20,00—22,50, alte —. **Rapskuchen** 16,20—16,30. **Leinkuchen** 21,00—21,30. **Trockenschnitzel** 9,60—9,80. **Soja-Schrot** 19,30 bis 20,00. **Torfmelasse** 80/70 —. **Kartoffelflocken** 26,30—26,60.

Die Zeitungs-Anzeige — Übertrifft — an Schnelligkeit alle übrigen Reklamearten

Das nenn ich einen klugen Satz: Durch Einzelkauf zum Silberschatz! (Viele wissen noch nicht, daß man Silberbestecke einzeln kaufen und verschenken kann und so schnell einen Hausschatz sammelt.) In großer Auswahl zu billigen Preisen bei **Georg Schumann**, Gold- u. Silberschmied — Hauptstraße 44. —

Kirchennachrichten.

Mittwoch, 15. Dezember 1926.
Riesa, Trinitatiskirche: 7 Uhr Adventswochengottesdienst über Joh. 1, 9 u. Abendmahl (Friedrich). Abendmahlsgang des Großmuttervereins.
Donnerstag, 16. Dezember 1926.
½8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaussaal (Schroeter).

Ripo-Oberhemd 4.90, 5.75
Perkal-Oberhemd 7.50, 8.50
Zephir-Oberhemd 10.50, 12.50, 14.—, 16.—
Oberhemden weiß 9.—, 10.50, 12.50, 14.50
Perkal für Oberhemden Meter 75, 95, 1.10, 1.20
Zephir für Oberhemden Meter 1.30, 1.50, 1.80, 2.10
Tricoline und Rohseide
Ernst Müller Nachflg. Inh. Paul Wende.

Versteigerung.

Mittwoch, 15. Dez., von vorm. 9 Uhr ab kommen durch mich im **Hotel Kronprinz in Riesa** im Auftrage des Konkursverw. Dr. jur. Mäckel in Riesa die Restbestände aus den Konkursmassen der Firma F. M. Hö[illegible]h in Strehla, bestehend aus Töpferwaren, und der Ida verw. Böhme in Riesa-Gröba, bestehend aus Herren-, Schlosser- und Knabenanzügen, Damen- und Mädchenkleidern, Gummimänteln, Joppen, Clubjacken, Schlüpfern, Oberhemden, Strümpfen, Taschentüchern, Stickereien u. v. a. zur Versteigerung.

Riesa, Klosterstr. 9.

Ernst Nürbchen
Taxator und Auktionator.

Stadtsparkasse Riesa
mit Zweigstelle Gröba
Annahme von Einlagen
zur täglichen Verfügung mit 4 %
gegen Kündigung .... mit 5 %
Kassenstunden 8—12 u. 2—4
Sonnabends nur 8—12
Kostenlose Abgabe von Hausparbüchsen Geschenkmappen

Haben Sie ein gemütliches Heim?
Dann gehört zur Hebung der Gemütlichkeit auch eine gute Flasche **Wein.** Zu haben in nur bester abgelagerter Qualität bei
Richard Liebscher, Elbstr. 2
— Telefon 694. —

Hausbesitzer!

Wir erinnern daran, daß in der Zeit vom 22. Dezember bis 6. Januar **keine** Düngergruben geräumt werden. Anträge auf Räumung **vor** dieser **umgehend** erbeten.

Riesaer Düngerabfuhr-Aktiengesellschaft.
— Fernsprecher 562. —

Christbaum-Konfekt
Seidmann, Hauptstr. 83; Pausitzer Str. 4; R.-Gröba: Lauchhammerstr. 15.

Aktentasche m. 3 Büchern verlor. v. Röderau b. Riesa Bahnh. Geg. Bel. abzug. **Röderau.** Gartenstr. 14.

Schw. seidn. gestr. Schal Sonnab. abd. Wettinerstr., Hauptstr., Durchgang verloren. Geg. Belhg. abzug. **Schulze**, Wettinerstr. 22.

1 leeres heizb. Zimmer v. ält. Herrn a. miet. ges. Off. erb. u. N 4438 a. d. Tagebl.

Möbl. Zimmer (Stadtzentr.) mit od. ohne Pens. f. kaufm. Beamten ges. **Goethestr. 60.**

!Auskunftei! vergibt **Geschäftsstelle.** Offert. erb. unt. L 4436 a an das Tagebl. Riesa.

Chauffeur für Lastkraftwagen sofort gesucht. **Richard Boden** Likörfabrik, Weingroßhdlg.

Handwerker, 26 Jahre alt, wünscht die Bekanntschaft eines anst. Mädchens **zwecks baldiger Heirat.** Jüngere Witwe mit Kind nicht ausgeschl. Werte Off. mögl. mit Bild bitte abzug. u. M 4437 a. d. Tabl. Riesa.

Starke **Zugkuh** nahe zum Kalben, steht zum Verkauf **Zeithain**, Hauptstr. 34.

Starke **Ferkel** zu verkaufen **Glaubitz Nr. 11.**

1 Kinn 1 Schaukelpferd billig zu verkaufen. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Puppen-Sportwagen zu verk. Goethestr. 5, 2. l.

1 Wäscherolle sow. 1 Läufer unter zweien die Wahl stehen zum Verkauf **Gohlis Nr. 1.**

Wenig gebr. Knaben-Mantel f. 12—14 Jhr. zu verkaufen **Poppitzer Str. 12, pt.**

Eiserner Kochherd gesucht. Off. unt. O 4439 an das Tageblatt Riesa.

Eine Ladung **Scheitholz** morgen Dienstag früh empfehle ab Bahnhof Glaubitz. **Otto Donat** Kohlen- u. Holzhandlung Nünchritz.

Näherin für sofort gesucht. **Otto Margenberg** Hauptstraße 64.

Tafeläpfel große gute Sorten, 5 Pfd. 70 Pf., Ztr. 13 M. empfiehlt **N. Gutmann, Hauptstr. 44.**

Schellfisch Kablian. Otto Ilgner, Röderau.

Seefische grüne Heringe frisch auf Eis. **N. Gutmann, Hauptstr. 44.**

Neue Fettheringe (Schotten) 15 Stück 1 M. und 10 Stück 90 Pfg. **N. Gutmann, Hauptstr. 44.**

Dienstag früh **ff. Seefisch** frisch auf Eis. **Ernst Schäfer Nachf.**

ff. Schellfisch ff. Kabliau ohne Kopf. **Carl Ilgner, Gröba.**

Täglich frisch!! Spinat 1 Pfd. 18 Pfg. 2 Pfd. 35 Pfg. Rosenkohl 1 Pfd. 35 Pfg. 2 Pfd. 65 Pfg. **Johannes Johne** Bismarckstraße 24.

Feinster Helgoländer Angelschellfisch Kabliau, Seelachs Goldbarsch frische grüne Heringe alles beste Nordseeware zu billigstem Tagespreis. **Clemens Bürger.**

Gravierungen und Gummistempel Stempelkissen Gegr. 1897 **R. W. Haenelt**, Riesa, Wettinerstr. 9

Fernsprecher 327

Frauen unserer Zeit

sind nicht mehr das schwache Geschlecht von ehedem, das lediglich im engen Bezirk häuslicher Pflichten ein geruhiges Dasein führte. Heute sehen sich die Frauen in großer Zahl in den beruflichen Kampf ums Dasein gestellt, und auch der Pflichtenkreis der Hausfrau hat sich erheblich erweitert. In dem Maße, wie sich die Frau den Aufgaben des Mannes gegenübersah, hat sie sich mit Recht auch Privilegien desselben in Erholungsfragen angeeignet. — Die Frau unserer Zeit genießt in Stunden der Muße gern die anregende Wirkung einer guten Zigarette, und ihrem empfindlichen Geschmack folgend, greift sie mit Vorliebe zur überaus reinen und blumig-feinen **Zirzi-Exquisit.** Die Vorzüge der Zirzi-Exquisit und ihr geringer Preis vergrößern von Tag zu Tag ihren Freundeskreis in der Raucherwelt, denn sie ist in allen guten Tabak-Geschäften erhältlich für nur **5 ₰**

Gerichtssaal.

Mordprozeß Donner.

Am 4. Verhandlungstag (Sonnabend) wird zunächst der Sachverständige Geheimmedizinalrat Dr. Oppe gehört. Er macht seine Ausführungen an Hand des auf dem Gerichtstische befindlichen entfleischten Schädels des Erschossenen. Der Sachverständige soll sich darüber äußern, ob die Schüsse, die Donner erhielt, derart waren, daß der Getroffene sofort, ohne noch Bewegungen zu machen, in sich zusammensank, oder ob noch irgend welche Bewegungen möglich gewesen seien. Das Gericht will daraus Rückschlüsse ziehen, ob ev. an der Leiche eine Veränderung in der Lage vorgenommen worden sein könnte. Der Sachverständige erklärt hierzu in langen Ausführungen, daß man nicht nachweisen könne, ob Donner, als er die Schüsse erhalten hatte, noch irgendwelche Bewegungen gemacht habe; bewußte Bewegungen seien ausgeschlossen, unbewußte jedoch möglich, so daß der Körper dann an die Stelle zu liegen kam, an der er am Morgen nach der Tat aufgefunden wurde. Der Sachverständige stellt auch an Hand eines Zahnes fest, daß der eine Schuß durch den Mund gegangen ist.

Während der Ausführungen des Sachverständigen am Schädel des Toten hat die Angeklagte Donner den Blick ganz offensichtlich weggewendet, während der Angeklagte Krönert auf seinem Stuhle zusammengekauert dasitzt, den Kopf auf die Hand gestützt, den Blick starr zu Boden gerichtet. Dem anklagenden Blicke aus den leeren Augenhöhlen kann er sichtlich nicht standhalten.

Hierauf äußert sich Geheimer Medizinalrat Krause über die Frage, ob es der Angeklagten Donner möglich gewesen wäre, sich aus der väterlichen Apotheke stärkste Gifte anzueignen. Der Sachverständige erklärt ausdrücklich, daß über den Verschluß der Gifte in den Apotheken strengste Vorschriften bestehen, die auch überall durchgeführt werden, sogar über das sogenannte Morphium. Es könnte der Angeklagten Donner, da sie zeitweise in der väterlichen Apotheke mittätig war, vielleicht möglich gewesen sein, auf illegalem Wege in diesen Giftschrank zu kommen. Der Sachverständige ergeht sich dann in Ausführungen über verschiedene Giftarten, schildert deren Wirkung und betont, daß die Begleiterscheinungen bei eingetretenen Vergiftungen selbst von Laien wahrgenommen werden können.

Vors.: Es ist wohl unwahrscheinlich, daß der verstorbene Apotheker Hammer seiner Tochter gesagt hat, er besitze ein Gift, bei dessen Verwendung niemand etwas merke, wenn man den Tod herbeiführen wolle? **Sachverst.:** Das halte ich für eine Rederei.

Der Verteidiger der Angeklagten Dr. Pittrich: Es ist wohl zuzugeben, daß die Angeklagte als Apothekerstochter mehr über Gifte und deren Wirkung unterrichtet ist, als andere Personen. Mein Vorhalt geht dahin: Konnte sie glauben, daß es sich um ein wirklich sofort totsicher wirkendes Gift handelte, zumal ihr Vater verschiedentlich gesagt haben soll, er werde seinem Leben einmal ein Ende bereiten, ohne daß jemand davon etwas merke. Bei tödlichen Schußverletzungen kann alles sofort festgestellt werden. Anders ist es wohl, wenn jemand morgens tot im Bette aufgefunden wird. Da kann es doch vorkommen, daß der herbeigerufene Arzt unbedenklich einen Totenschein ausstellt. **Sachverst.:** Es ist zuzugeben, daß ein Totenschein ausgestellt werden kann, wenn keinerlei Verdacht vorliegt. **Angeklagte:** Mein Onkel hatte die Giftpfeile von einer Expedition aus Amerika mitgebracht. Mein Vater hat mir manches mal über die Wirkung der Giftpfeile erzählt.

Der Sachverständige verbreitet sich dann noch in längeren Ausführungen darüber, wie derartige Giftpfeile von den Eingeborenen angefertigt werden und auf welche Weise sie dann zur Verwendung kommen. Hiermit waren diese Erörterungen beendet. Das Gericht trat dann in die weitere Zeugenvernehmung ein. **Vors.:** Frau Donner, Sie gaben wohl zu, daß nur Sie die einzige Person gewesen sein könnten, die gegebenenfalls das Gift ihrem Manne hätte beibringen können. **Angeklagte:** Ja.

Es folgt die Vernehmung der Zeugin Klara Marie Galbach, ehemaliges Mitglied des Stadttheater. Die Angeklagte Donner hat in ihrer Mädchenzeit bei der Zeugin Schauspielunterricht genommen. Die Zeugin gibt an, daß die Angeklagte damals zu den schönsten Hoffnungen berechtigt habe. Nach Jahren habe die Donner dann geäußert, daß sie zum Film gehen wolle und habe auf Befragen erklärt, daß ihr Mann schon noch zustimmen werde. Die Zeugin hat zu dieser Zeit nichts Auffälliges an dem Wesen der Angeklagten bemerken können. **Verteidiger Dr. Pittrich:** Sind vielleicht zu jener Zeit Dramen geprobt oder durchgespielt worden, in denen zwei Männer die Waffen tauschen, so daß jeder mit einer fremden Waffe kämpft? Die Zeugin kann sich nicht entsinnen. **Der Vorsitzende** wendet ein, daß es sich ja bei dem vorliegenden Falle um einen heimlichen Waffentausch handele. **Angekl. Donner:** Ich hatte den Revolvertausch vorgenommen nicht in der Vermutung, daß mein Mann damit erschossen werden sollte, sondern mehr in dem Gefühl, daß bei einem Duell die Waffen getauscht werden. Ich habe nicht geglaubt, daß etwas schweres damit geschieht. **Vert. Dr. Pittrich:** Halten Sie die Angeklagte eines Giftmordes für fähig? **Zeugin:** Ich habe das nie für möglich gehalten. **Sachverst.:** Haben Sie bemerkt, daß die Begabung der Angeklagten einen krankhaften Einschlag hatte? **Zeugin:** Damals machte sie keinen krankhaften Eindruck.

Eine weitere Zeugin Fräulein Engler hat die Angeklagte in der Untersuchungshaft mehrere Wochen beobachten können. Ihr Benehmen habe keinen Anlaß zur Klage gegeben. Nur einmal habe es aus der Zelle nach Zigarettenrauch gerochen. Die Angeklagte hatte darüber, wie sie in den Besitz der Zigarette kam, verschiedene Darstellungen gegeben. Angeblich will sie einen Stummel bei Gelegenheit an sich genommen haben.

Der Zeuge Friedrich Wilhelm Sauder aus Kötzschenbroda war mit Donner zusammen im Felde und befand sich auch nach dem Kriege öfters in seiner Gesellschaft, so noch etwa 3—4 Tage vor dessen Tode. Dort sah er hinter dem Schreibtisch eine Armeepistole mit Futteral hängen. Donner hatte die Waffe aus dem Felde mit heimgebracht. Diese und ein Infanteriegewehr waren der Kinder wegen ungeladen.

Kriminalkommissar Keilig vom Kriminalposten Kötzschenbroda wird über Gerüchte, die zum Tode Donners etwa aufgetaucht seien, vernommen. Der Zeuge bekundet, daß er davon nie etwas gehört habe. Erst zu Anfang dieses Jahres sprach ihn einmal der im Hause Donners wohnende Pilz an und bat um eine mehrstündige Unterredung, um ihm etwas Wichtiges mitzuteilen. Diese Aussprache fand dann auch statt. Pilz schilderte ihm seine und seiner Frau vielseitigen Wahrnehmungen. Zunächst war der Zeuge mißtrauisch, zog dann in Schmiedeberg Erkundungen über den Leumund Krönerts ein, die ungünstig waren; dann machte er der Kriminalabteilung Meldung, auf die die Erörterungen so-

Schluß der Zeugenvernehmung.

In der Nachmittagsverhandlung am Sonnabend bildeten die von den Angeklagten umstrittenen Geständnisprotokolle den Hauptgegenstand der Erörterungen. Nahezu zwei Stunden wurde allein der Kriminalkommissar Hirsch vernommen und während seiner Befragung der Gerichtsbeschluß verkündet, noch die Stenotypistin Helm mit dem Stenogramm vom Polizeipräsidium als Zeugin herbeigerufen. Die Geständnisse hat der Zeuge erst selbst geschrieben, dann wurde die Stenotypistin geholt, der Krönert seine Aussagen diktiert hat. Der Vorsitzende brachte die Niederschriften der Aussagen Krönerts abschnittweise zum Vortrag; so hat Krönert zunächst zugegeben:

„Ich war zu dem Entschluß gekommen, Donner aus dem Wege zu schaffen, und daß ich ihn aus dem Wege schaffen wollte, war zuvor von mir und der Frau Donner gemeinsam besprochen worden. Ich sagte ihr dann später, daß ich das vor habe. Ich kann aber nicht sagen, daß sie ihre Zustimmung gegeben habe. Sonst ist Frau Donner völlig schuldlos und hat mit der Sache nichts zu tun. Frau Donner sagte mir, daß ihr Mann in der Nacht zum 16. April Patrouille habe. Ich hatte das auf meine Frage, die ich an sie gerichtet, erfahren. In diesem Moment war ich noch nicht darüber schlüssig, ob ich die Tat ausführen würde. Frau Donner konnte aus meiner Frage keinesfalls entnommen haben, was ich vor hatte."

Vorsitzender: Angeklagter Krönert, wo hatte die gemeinsame Besprechung zuvor stattgefunden?

Angeklagter: In meiner Wohnung bei Frau Burucker, Freiberger Straße 132. Dort hat mich Frau Donner mehrfach aufgesucht und bei mir mit Kaffee getrunken.

Der Vorsitzende trug dann weitere Niederschriften vor. Krönert hat damals u. a. gesagt:

„Ich bin am Abend der Tat zwischen 10 und 11 Uhr mit der Straßenbahn nach Niederlößnitz gefahren und habe mich dann im Schlafzimmer der Frau Donner aufgehalten. Ich stieg dann später wieder zum Fenster hinaus und erwartete Donner am Vorhaus. Als Donner die Treppe herabkam, die Haustür öffnete und heraustreten wollte, sagte ich: Herr Donner, wollen Sie Platz machen? Entweder gehen Sie aus dem Hause oder überlassen Sie mir Ihre Frau. Lassen Sie sich scheiden oder nicht? Er sagte: „Nein!" Daraufhin schoß ich auf ihn, ohne dabei zu sehen, wohin. Nachdem der Schuß gefallen war, stürzte er hin. Ich habe Donner mit seiner eigenen Waffe erschossen, die mir kurz vorher von Frau Donner überreicht worden ist. Nach Abgabe des tödlichen Schusses warf ich die Pistole in den Korridor, wo Donner lag. Ich habe nicht nachgesehen, ob ich ihn getroffen hatte, ich war überhaupt nicht mehr fähig, an etwas zu denken. Auf demselben Wege, wie ich gekommen bin, kehrte ich dann wieder zu Frau Donner zurück und sagte zu ihr, daß es nun soweit sei, einer von uns mußte gehen. Darauf schüttelte sie mit dem Kopf, weinte und war sehr gebrochen. Ich habe noch etwa eine Viertelstunde in dem Schlafzimmer verweilt, habe ihr gut zugeredet, sie getröstet und bin dann wieder in meine Wohnung nach der Freiberger Straße 132 gegangen. Bei meinem Weggange sagte ich noch: „Die Tat ist geschehen, es ist nicht wieder gutzu-

Der Schatz der Sabäer.

Roman von L. Tracy.

Nachdruck verboten.

1. Kapitel.

Wenn man die Bedeutung der noch im ersten Semester ihres ersten Jahrganges stehenden Berliner Wochenschrift „Freie Worte" nach der Beschaffenheit des Redaktionslokals hätte beurteilen sollen, so würde man das besagte journalistische Unternehmen schwerlich allzu hoch eingeschätzt haben. Wohl lag es in einer jener allerneusten Straßen des vornehmen Westens, von denen kaum die Bewohner selbst zu sagen wissen, ob sie zu Berlin oder zu Charlottenburg, zu Schöneberg oder zu Wilmersdorf gehören; aber die Angehörigen der Redaktion und ihre Besucher durften nicht den prunkvollen Haupteingang des Hauses benutzen, neben dem in weithin sichtbaren Lettern die Mahnung: „Nur für Herrschaften" zu lesen war. Sie mußten sich vielmehr durch ein unscheinbares Nebenpförtchen und einen langen, kahlen Gang in jene hinteren Regionen des Grundstücks stehlen, wo in Seitenflügeln und Quergebäuden viel verschämte Armut hauste. Da gab's keine Teppichläufer mehr auf den Stiegen und keine Klingelgriffe aus vergoldeter Bronze an den Türen. Aber die Literaten, die kleinen Schauspielerinnen und die Beamtenwitwen, die hier ihr Heim aufgeschlagen hatten, profitierten doch in ihren Umgangskreisen noch ein wenig von dem vornehmen Namen der Straße. Und der Wunsch, diesen wohlklingenden Straßennamen auf seine Briefbogen setzen zu dürfen, mochte wohl auch Herrn Waldemar Gumpendorf, den Herausgeber der „Freien Worte", bestimmt haben, in einer der aus drei winzigen Räumen bestehenden Wohnungen sein Redaktionsbureau zu etablieren.

Die Küche, in die man von der Treppe aus zuerst gelangte und deren Herr Gumpendorf für seine literarischen Zwecke nicht bedurfte, war durch Aufstellung dreier Rohrstühle zum Range eines Vorgemaches und Warteraumes erhoben worden, und in dem anstoßenden Zimmer hatte während der ersten glanzvollen Wochen des Unternehmens das Bureaupersonal in Gestalt eines Schreibmaschinenfräuleins seinen Platz gehabt, die zugleich mit der in die Obhut eines Gerichtsvollziehers übergegangenen Schreibmaschine auch das zu ihr gehörige Fräulein verschwunden war. An ihre Stelle war ein blasser, idiotisch aussehender Jüngling von vierzehn oder fünfzehn Jahren getreten, der während der Redaktionsstunden den Türhüter zu machen und unwillkommene Besucher an dem Eindringen in das Allerheiligste zu hindern hatte. Moralisch unterstützt wurde er bei der Erfüllung dieser Aufgabe durch eine an der Tür des eigentlichen Redaktionsbureaus befestigte Tafel mit der Aufschrift: „Eintritt ohne vorherige Anmeldung streng untersagt". Und wenn man aus dieser eindringlichen Warnung wie aus dem scheuen, gedrückten Wesen des jungen Zerberus, der bei jedem Anschlagen der Wohnungsglocke erschrocken zusammenfuhr, einen Schluß ziehen wollte, konnte es nur der sein, daß man hier auf mehr unfreundliche als freundliche Besucher gefaßt war.

Da mochte es dem jungen Manne wohl als eine angenehme Ausnahme von der gewohnten Regel erscheinen, als er an dem heutigen Oktober-Vormittag durch ein Anschlagen der elektrischen Klingel aus bangen Träumen aufgeschreckt, beim Oeffnen der Küchentür eine elegant gekleidete junge Dame vor sich sah, die ihm ganz und gar nicht den Eindruck machte, als ob sie unter ihrem hochmodernen Straßenjackett eine Reitpeitsche oder gar einen Revolver verborgen hätte. Sie war schlank und hoch gewachsen und sicherlich noch nicht mehr als zwanzig Jahre alt. Was sich hinter dem ziemlich dichten Gewebe des Schleiers von ihrem Gesicht erkennen ließ, erweckte in der Seele des jugendlichen Türhüters die Vorstellung von sühler überirdischer Schönheit. Und ein unermeßliches Staunen wirkte in so hohem Maße lähmend auf seine ohnehin nicht sehr beweglichen Geisteskräfte ein, daß er, statt nur eine einzige der ihm vorgeschriebenen Fragen an die schöne Unbekannte zu richten, mit tiefer Verbeugung auch die Tür des Schreibmaschinen-Zimmers vor ihr aufriß und auf ihre sehr kühle und kurze Bemerkung, daß sie den Redakteur der „Freien Worte" zu sprechen wünsche, wie ein Besessener in das Allerheiligste stürmte.

Schon ein paar Sekunden später kam er wieder heraus, eine fliegende Röte auf dem schmalen, anämischen Gesicht, und durch eine abermalige Verneigung, die seinen schlotterigen Körper wie ein Taschenmesser zusammenklappen ließ, bedeutete er die Besucherin, daß die drohende Inschrift für sie ihre Geltung verloren habe.

Das eigentliche Redaktionsbureau war nicht viel reicher möbliert als die beiden Vorgemächer. Ein mit Papieren und Zeitungen bedeckter Doppel-Schreibtisch, drei oder vier Stühle und ein paar geheimnisvoll verschlossene Schränke machten die ganze Ausstattung aus. Und wenn es etwas Interessantes und Betrachtenswertes in dem armseligen Raume gab, so war es einzig die Persönlichkeit des Mannes, der sich beim Eintritt der eleganten Besucherin mit weltmännischer Artigkeit aus einem Schreibstuhl erhoben hatte.

Er mochte kaum über die Mitte der Zwanzig hinaus sein, denn sein Gesicht war von fast noch jünglinghafter Frische; der Bau seines mächtigen Körpers aber war der eines auf der Höhe seiner Lebenskraft stehenden Mannes. Mit seiner breiten, prächtig gewölbten Brust, seinen muskelstrotzenden Gliedern, seinem lockigen Blondhaar und seinen blauen Augen wäre er eine geradezu ideale Bühnenfigur für die Verkörperung eines Siegfried oder Arminius gewesen. Aber trotz seiner weit über das Durchschnittsmaß hinausragenden Riesengröße war nichts Plumpes oder Ungeschlachtes in seiner Erscheinung. Denn die hünenhafte Gestalt war in jeder Bewegung von federnder Elastizität, und die schmalen Füße wie die wohlgepflegten weißen Hände zeigten die zierlichen Formen einer edlen Rasse.

Der junge Mann war durch die Erscheinung der schönen Unbekannten vielleicht nicht viel weniger überrascht als der türhütende Halbidiot. Aber er verstand sich doch etwas besser darauf, sein Erstaunen zu verbergen.

„Wollen Sie die Güte haben, Platz zu nehmen, mein gnädiges Fräulein!" sagte er mit höflicher Verbeugung. „Darf ich fragen, was mir die Ehre verschafft?"

Allem Anschein nach war die Fremde nicht darauf vorbereitet gewesen, einem so jungen und so chevaleresk aussehenden Herrn gegenüberzutreten. Denn ihr Benehmen büßte alsbald einiges von der stolzen, beinahe hochmütigen Sicherheit ein, die es dem armen kleinen Zerberus gegenüber gezeigt hatte. Ohne von der Einladung zum Niedersitzen sogleich Gebrauch zu machen, erwiderte sie nach einem kleinen Zögern:

„Es wäre mir lieb, wenn ich den Herrn sprechen könnte, der die mit „Heinz Burkhardt" unterzeichneten Artikel in Ihrem Blatte schreibt."

Der blonde Recke verneigte sich abermals.

„Er steht vor Ihnen, mein Fräulein!"

„Ah!"

Ein ganz unverkennbarer Klang von Enttäuschung und Bedauern war in diesem halb unwillkürlichen Ausruf gewesen. Aber mit einer gewissen verlegenen Hast, wie um eine zu spät erkannte Ungeschicklichkeit vergessen zu machen, sprach die junge Dame sogleich weiter:

„Der gegen meinen Großvater gerichtete häßliche Artikel stammt also von Ihnen?"

„Pardon! — Ehe ich darauf mit Ja oder Nein zu antworten vermöchte, müßte ich doch wohl wissen — —"

„Ich heiße Erika von Sylvander. Und ich bin die Enkelin des Geheimrats von Sylvander, der in der letzten Nummer der „Freien Worte" so — so —," sie suchte offenbar nach einer Milderung des scharfen Ausdrucks, der sich ihr zuerst hatte auf die Lippen drängen wollen, „so ungerecht angegriffen worden ist."

Der Blonde aber sah noch immer aus wie jemand, der sich umsonst mit der Lösung eines allzu schwierigen Rätsels abmüht.

„Ich kann mich leider beim besten Willen nicht erinnern, gnädiges Fräulein! Den Namen, den Sie da nennen, höre ich meines Wissens zum allererstenmal."

Da warf sie mit einer unmutigen Bewegung den schönen Kopf zurück, und es klang wieder recht hochmütig und von oben herab, da sie sagte:

„Der Artikel trug die Spitzmarke: „Wie kostbare Sammlungen entstehen." — Können Sie sich vielleicht jetzt auf ihn besinnen, mein Herr?"

„Allerdings. — Aber was bringt Sie auf die Vermutung, daß der Gelehrte, von dem darin die Rede war, Ihr Herr Großvater sein sollte? — Ein Name war doch nicht genannt."

„Nein — der — der tapfere Verfasser beschränkte sich auf die Angabe des Anfangsbuchstabens S. Aber die Umschreibung war so durchsichtig, daß niemand, der die Verhältnisse kennt, auch nur einen Augenblick über die Person des Angegriffenen im Zweifel sein kann. Und ich darf doch wohl annehmen, mein Herr, daß es Ihnen einer Dame gegenüber nicht an Mut fehlen wird, Farbe zu bekennen."

Sie hatte sich hoch aufgerichtet, und bei aller holdseligen Mädchenhaftigkeit im Klang ihrer schönen weichen Stimme war doch zugleich etwas so Gebietendes und Hoheitsvolles in ihrem Gebaren, daß die Befangenheit, die sich jetzt auf dem hübschen, offenen Gesicht des blonden Riesen zu spiegeln begann, wohl einigermaßen begreiflich erscheinen konnte.

„Ich bitte Sie, mir zu glauben, mein gnädiges Fräulein, daß ich jederzeit Mut genug haben werde, für meine Handlungen einzutreten. Hier aber befinden Sie sich insofern in einem Irrtum, als ich wirklich nicht wußte, gegen welche bestimmte Person der fragliche Artikel gerichtet war."

„Wie? — Sie konnten die Ehre eines Mannes angreifen, den Sie nicht einmal dem Namen nach kannten?"

Eine so eisige Verachtung sprach aus dem Ton dieser Frage, daß dem, an den sie gerichtet war, das Blut heiß bis in die Stirn hinaufstieg.

„Das Material zu dem kleinen Aufsatz war mir von einem Manne unterbreitet worden, den ich für durchaus glaubwürdig halten mußte, und der mir gegenüber die volle moralische Verantwortung für die Wahrhaftigkeit seiner Mitteilungen übernahm. Ich glaubte der Gerechtigkeit zu dienen, indem ich jenen Artikel schrieb, und es war mir lediglich um die Sache zu tun, nicht um die Persönlichkeit dessen, auf den sich die Andeutungen bezogen."

„Das ist eine Unterscheidung, für die ich kein Ver-

machen, kommt etwas, so muß ich es dem Schicksal überlassen."

Dann trug der Vorsitzende das Geständnis der Frau Donner vor; es lautete:

„Am Tage vor der Tat besuchte mich Krönert in meiner Wohnung und frug, wann mein Mann Patrouille hatte, was ich ihm mitteilte. Krönert sagte, er werde am nächsten Tage wiederkommen. Er erschien auch gegen 10 Uhr abends und stieg zum Fenster ein, mein Mann schlief schon oben in seinem Zimmer. Wir hockten wie zwei Kinder zusammen. Krönert war sich noch nicht schlüssig, die Tat zu begehen. Ich sagte ihm, er solle es nicht machen, weil ich Angst hätte. Die Waffe meines Mannes habe ich Krönert gegeben. Ich war sehr aufgeregt. Krönert verließ durch das Fenster mein Schlafzimmer. Ich bin dann eingeschlafen, hörte später ein Geräusch, ob es ein Schuß gewesen ist, kann ich nicht behaupten. Kurze Zeit später kam dann Krönert wieder zu mir ins Schlafzimmer. Ob wir über die Tat gesprochen, weiß ich heute nicht mehr. Ich fühle mich insofern schuldig, als ich diese Tat verschwiegen habe. Durch Kinderpflege war ich damals überanstrengt. Ich habe die Waffe Krönert gegeben, weil wir annahmen, daß dadurch ein Unglücksfall vorgetäuscht werden könnte. Krönert sagte mir, als er die Tat ausgeführt hatte, daß er die Pistole neben die Leiche gelegt habe."

Bei einer anderen Gelegenheit gab Frau Donner auf: „Ich merkte dann in der letzten Zeit vor dem Tode meines Mannes, daß Krönert ein verändertes Wesen zeigte. Immer wieder fragte mich Krönert, wie schön es wohl sein müßte, wenn mein Mann nicht mehr da wäre. In meinem Liebesdusel habe ich mein ganzes Tun nicht recht erwogen und bin leicht darüber hinweggegangen. Zu damaliger Zeit wurde ich von meinen zwiespältigen Gefühlen hin- und hergerissen und das entscheidende Gefühl wäre letzten Endes doch sicherlich noch zu meinem Manne übergesprungen. Die Gespräche über ein Verheirateteisein mit Krönert waren für mich nur eine Spielerei mit Träumen."

Die Stenotypistin Helm bekundete als Zeugin, sie habe wortgetreu niedergeschrieben, was ihr Krönert diktiert habe.

Der Angeklagte Krönert erklärte zu seinen damaligen Geständnissen, richtig sei nur das, was er jetzt nach ruhiger Ueberlegung gesagt habe, worauf der Vorsitzende bemerkte, er wolle wohl sagen: „nach ruhiger Zurechtlegung".

Angeklagter: Ich bleibe dabei, daß nur richtig ist, was ich jetzt sage, nachdem ich Zeit und Ruhe hatte, mir in der monatelangen Haft alles zu überlegen. Augenblicklich fühle ich mich seelisch und auch körperlich stark angegriffen.

Nach zeitraubenden weiteren Erörterungen erklärte Regierungsrat Dr. Walther, eine Vorschrift, daß die aufgenommenen Protokolle zu unterzeichnen sind, bestehe nicht. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit lasse man aber die erstatteten Auslagen unterzeichnen. Zum Schluß wurde noch ein Glasermeister gehört, der später ein verdächtiges Loch in einer Türscheibe im Hause Donner gesehen hat, und eine große Anzahl Feststellungen zur Aufklärung von Widersprüchen getroffen.

Darauf wurde Generaloberarzt Dr. Bennecke noch als Sachverständiger gehört, um über den Geisteszustand der Frau Donner zu berichten. Er führte aus, daß reichlich Gelegenheit vorhanden war, eingehende Untersuchungen anzustellen. Er beschäftigte sich zunächst mit der Person des Getöteten, der kranke Brüder gehabt hat, selbst aber geistig ein ungewöhnlich gut entwickelter Mann gewesen sei. Donner und seine Frau hätten aber nicht zueinander gepaßt, er war überfein und von ernster Lebensauffassung erfüllt. Doch sei die Ehe anfänglich harmonisch gewesen. Anders nach dem Kriege; die Frau war verbohrt in dem Gefühl, ihr Mann unterhalte andere Beziehungen, es entwickelte sich daraus eine gewisse Eifersucht, sie kam seelisch immer mehr aus dem Gleichgewicht. Zudem müsse man beachten, daß Frau Donner durch gewisse Erlebnisse sehr frühreif geworden sei. Durch ihre Teilnahme am Schauspielunterricht wurde ihre Phantasie noch mehr gesteigert. Nach Anknüpfung des Verhältnisses mit Krönert führten die Beziehungen in kurzer Zeit zu zweimaligen Fehlgeburten. Was sie dabei durchgemacht habe, sei an ihr nicht spurlos vorübergegangen. Es sei kein Wunder, wenn sie sich mit Krönert weiter eingelassen habe, und daß sie dann in eine gewisse sexuelle Abhängigkeit geraten sei, die aber nicht als Liebeshörigkeit angesprochen werden könne. Frau Donner sei bemüht gewesen, die Wahrheit zu sagen, es sei ihr auch zum Teil zu glauben. Wo sie noch die Unwahrheit sage, da bilden der moralische Niedergang und erhöhte Phantasietätigkeit die Ursache dazu. Manches sei infolge der langen Zeit verwischt worden. Alle diese Verhältnisse hätten bei ihr einen Zustand geschaffen, der sie milder beurteilen lasse.

Rechtsanwalt Dr. Pittrich: Herr Sachverständiger, trauen Sie der Frau Donner einen Mord zu?

Sachverständiger: Nein! Dazu halte ich sie nicht für fähig.

Damit schlossen die Erörterungen. Am heutigen Montag finden die Plädoyers statt.

Ein Nachwehe zum Fall Roupel und Gen.

(Nachrichtenstelle der Staatskanzlei.)

* Dresden. Der Leipziger Prozeß gegen 5 Taschendiebe und vier Kriminalbeamte, die mit den internationalen Verbrechern sich zur Ausplünderung des Publikums zusammengefunden hatten, ist nunmehr zu Ende geführt worden. Weit über die Grenzen Sachsens hinaus hat der Prozeß besonderes Aufsehen erregt deshalb, weil Personen, vom Staate bestellt und bezahlt zur Bekämpfung des Verbrechertums, monate-, zum Teil jahrelang in unerhörter Weise das Publikum dadurch ausgeplündert haben, daß sie einer Anzahl wohlorganisierter Taschendiebsbanden Hilfe leisteten und sich dafür bezahlen ließen. Die rechtliche Seite der Katastrophe ist wohl damit entschieden, daß gegen die angeschuldigten Beamten Zuchthausstrafen von über 3 bis über 7 Jahre ausgeworfen worden sind.

Der Prozeß hat zu ganz verschiedenartigen Meinungsäußerungen in der Presse geführt. Einmal hat man die Beamten als beinahe zwangsläufige Opfer der schlechten Bezahlung durch den Staat, besonders in der Inflationszeit, hingestellt, zum anderen hat das Publikum Folgerungen gegen die gesamte Polizei gezogen. Es ist in diesem Zusammenhang von einem Polizeisumpf gesprochen worden. Wie abwegig solche Betrachtungen sind, geht zunächst daraus hervor, daß von den ca. 200 Kriminalbeamten Leipzigs ein ganz geringer Bruchteil, nämlich 6 Beamte, der Verfehlung erlegen sind. Es ist weiter im Prozeß selbst festgestellt worden, daß von mangelhafter Ausbildung der Beamten zu der Zeit, als die verbrecherische Zusammenarbeit mit den Taschendieben begann, nicht wohl die Rede sein konnte. Ebenso war zu dieser Zeit die schlechte Besoldung der Inflationsperiode zum wesentlichen Teil überwunden. Darüber hinaus hat ja gerade der Hauptangeschuldigte Roupel immer mit seinem angeblichen oder wirklichen Vermögen brilliert, zum Beweise dessen, daß er nicht aus Gewinnsucht sich der Verfehlungen schuldig gemacht habe. Ganz rein aber steht das Gros der Leipziger Kriminalbeamtenschaft und die Polizei als Ganzes auch nach diesem Prozeß da. Daß kein Schatten auf die Leitung und die Masse der Beamten der Leipziger Kriminalpolizei fällt, das ist im Prozeß selbst vom Staatsanwalt und den Verteidigern ausgeführt worden, das ist vom Untersuchungsrichter wiederholt bestätigt und durch das Ergebnis der Beweisaufnahme selbst völlig klargestellt worden. Der Vorsitzende des Gerichts führte in der Urteilsbegründung aus:

Die Hauptverhandlung, die in voller Oeffentlichkeit geführt worden ist, und zu der das Polizeipräsidium alles nur irgendwie erdenkliche Material bereitwillig und in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt hat, hat nicht das Geringste dafür ergeben, daß die Leipziger Polizei als Ganzes krank sei. Auch die Verdächtigungen gegen den Dezernenten sind in nichts zerflossen. Es würde ein schweres Unrecht gegen die pflichttreue Beamtenschaft der Polizei sein, wollte man sie unter den Verbrechen, die einzelne begangen, leiden lassen, und es kann zur Wiedergutmachung des Schadens wesentlich beitragen, wenn sich die Oeffentlichkeit auf diesen Standpunkt stellen würde. Das Ergebnis des nunmehr abgeschlossenen Prozesses wird von den verantwortlichen Stellen des Landes zu Gemeinschaft mit den erfahrensten Fachleuten durchgesprochen werden und, sofern sich irgendwie ein Anhalt dafür bietet, das alles geschehen wird, was irgendwie getan werden kann, sei es in organisatorischer oder dienstaufsichtlicher Hinsicht, um die Wiederkehr solcher bedauerlicher Vorkommnisse unmöglich zu machen.

Schwere Einbrüche in Berlin.

Eine Kirche und die japanische Botschaft beraubt.

* Berlin. Einbrecher drangen mit ungeheurer Dreistigkeit und anscheinend von genauer Lokalkenntnis geführt, in die hiesige Oesberg-Kirche, wo sie neben einem großen, vollständigen Abendmahlgerät mehrere kostbare Heilandsfiguren von den Kruzifixen stahlen. Aus der Sakristei entwendeten die Diebe zwei Abendmahlsbestecke, eine Taufschale, eine Taufdecke und hielten außerdem den Inhalt von 30 Sammelbüchsen der Sonntagsschule mitgehen. Die Diebe haben mit allem Raffinement gearbeitet und sind spurlos verschwunden. —

Ebenfalls außergewöhnlich dreiste Diebe statteten der japanischen Botschaft einen Besuch ab. Es gelang ihnen, bis ins Schlafzimmer des Botschafters vorzudringen und eine Reihe von Wertgegenständen fortzutragen. Die Einbrecher gelangten über das Dach der Botschaft durch eine Bodenluke in das Gebäude. Sie stahlen ein goldenes Cigarettenetui, eine Geldtasche mit 1600 Mark, einen Herrenpelz, einen Sportpelz und einen Ulster. An wichtigen Papieren ist ihnen der Diplomatenpaß des Botschafters in die Hände gefallen.

Kammergerichtsentscheide in Aufwertungsfragen

Das Kammergericht in Berlin hat in Aufwertungsfragen folgende neuere Entscheidungen getroffen: 1. Eine Eintragung der Aufwertung „unter Vorbehalt der Aufwertung auf einen höheren Betrag" ist ihrem Inhalt nach unzulässig. 2. Die unter einem Vorbehalt hinsichtlich des Abtretungsgegenstandes (des Aufwertungsanspruchs), nicht nur hinsichtlich des Abtretungsentgelts, erklärte Abtretung einer Hypothek ist auch nach Inkrafttreten des Aufwertungsgesetzes als unwirksam anzusehen. 3. Eine unter der Normalaufwertung zurückbleibende Aufwertungssumme darf, abgesehen von den Fällen einer Vereinbarung der Beteiligten auf den geringeren Betrag oder einer Abwertungsentscheidung nicht in das Grundbuch eingetragen werden (Beschluß des 1. Zivilsenats vom 11. November).

Behauptet der Gläubiger, der Schuldner habe mit ihm nach dem Inkrafttreten des Aufwertungsgesetzes eine andere als die gesetzliche Aufwertung vereinbart, so hat über das Zustandekommen und den Inhalt dieser Abrede das Prozeßgericht zu entscheiden (9. Zivilsenat, Entscheidung vom 28. Oktober.

---

ständnis habe, Herr Burkhardt! — In jenem abscheulichen Aufsatz ist mit ganz unzweideutigen Worten ausgesprochen, daß mein Großvater sich vielfach unlauterer Mittel bedient habe, um seine wertvollen, zum Teil beinahe unschätzbaren Sammlungen zu erlangen, und daß gewisse auswärtige Regierungen guttun würden, ihm bei etwaigen weiteren, zu angeblich wissenschaftlichen Zwecken unternommenen Reisen schärfer als bisher auf die Finger zu sehen. — War dies der Sinn des Artikels, mein Herr, oder war er es nicht?"

„Ich kann nicht bestreiten, daß Ihre Vermutung zutrifft, Fräulein von Sylvander!"

„Und wurden nicht zum Schlusse noch weitere Enthüllungen in Aussicht gestellt — in einer Form, die in jedem Leser die Vorstellung erwecken mußte, daß Ihnen die kompromittierendsten Dinge über meinen Großvater bekannt seien?"

„Auch das gebe ich ohne weiteres zu. Es entsprach eben den mir zuteil gewordenen Informationen. Und es ist die Devise unserer Zeitung, für Wahrheit und Recht einzutreten, ohne jedes Ansehen der Person und ohne Furcht vor den etwaigen Folgen."

„So lassen Sie mich Ihnen sagen, mein Herr, daß Sie niemals weiter davon entfernt waren, nach dieser Devise zu handeln, als da Sie den unwürdigen Schmähartikel gegen den Geheimrat von Sylvander schrieben. Denn Sie haben damit die Ehre eines Mannes zu beflecken versucht, der an Größe und Lauterkeit des Charakters hoch über dem Durchschnitt der Menschen steht, und der sich in einem langen, makellosen Leben die Verehrung aller erworben hat, die ihn kennen."

Während sie sprach, war die eisige Geringschätzung im Ton ihrer Stimme mehr und mehr einem Klang schmerzlicher Erregung gewichen. Und man brauchte durchaus kein geübter Physiognomiker zu sein, um aus dem Mienenspiel ihres Zuhörers zu erkennen, daß es Empfindungen peinlichster Art waren, die ihn bewegten.

Er suchte unter den über den Schreibtisch verstreuten Papieren, starrte geraume Zeit auf ein paar eng beschriebene Blätter und wandte sich dann wie in einem plötzlichen Entschlusse seiner jungen Besucherin zu.

„Wenn ich in Wahrheit das Opfer einer nichtswürdigen Mystifikation geworden sein sollte, so dürfen Sie heilig versichert sein, mein gnädiges Fräulein, daß ich dem zu Unrecht Angegriffenen jede unter anständigen Menschen übliche Genugtuung geben werde. Da ich aber hier sozusagen als Angeklagter vor Ihnen stehe, werden Sie mir auch gestatten müssen, zuvor die Beibringung eines Schuldbeweises zu fordern. Mein Gewährsmann hat mir sein Ehrenwort gegeben, daß es sich verhält, wie ich geschrieben habe. Sie, mein Fräulein, erklären es für Lüge und Verleumdung. Darf ich nun in aller Ehrerbietung fragen, ob Sie damit im Auftrage des Herrn handeln, der sich durch meinen Artikel beleidigt fühlt?"

„In seinem Auftrage? — O nein! — Mein Großvater würde außer sich sein, wenn er etwas davon ahnte. Er weiß bis zur Stunde überhaupt nichts von der Existenz des schändlichen Artikels, von dem auch ich nur durch einen Zufall Kenntnis erhalten habe. Und es ist mein sehnlichster Wunsch, daß er niemals etwas davon erfährt. Wozu steht er viel zu hoch, als daß ihm durch so erbärmliche Anschuldigungen Abbruch an seiner Ehre geschehen könnte; aber wie ich sein edles und menschenfreundliches Herz kenne, weiß ich, daß ihm die Jämmerlichkeit und Tücke dieses Angriffs einen tiefen Schmerz bereiten würde. Und diesen Schmerz möchte ich ihm ersparen, indem ich Sie mit einem Appell an Ihre Ehrenhaftigkeit und Ihre Wahrheitsliebe ersuche wenigstens von weiteren Verdächtigungen Abstand zu nehmen."

Wieder war das Gesicht des jungen Mannes hoch gerötet als er nach einer kurzen Unentschlossenheit erwiderte:

„Ich kann in diesem Augenblick nichts entschuldigen und nichts versprechen, Fräulein von Sylvander! Aber ich kann Ihnen mein Manneswort dafür verpfänden, daß ich dieser Angelegenheit unverzüglich auf den Grund gehen und meinen Gewährsmann zwingen werde, mir den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen zu liefern. Kann er es nicht, so werde ich mich jeder Buße unterwerfen, die man mir billigerweise auferlegen kann."

Seine Erklärung hatte den überzeugenden Klang des Freimuts und der Aufrichtigkeit. Aber die junge Dame verriet nicht, ob ihre geringschätzige Meinung von dem Verfasser des kränkenden Artikels dadurch in günstigem Sinne beeinflußt worden war. Es klang im Gegenteil wieder sehr kalt und sehr kühl, da sie sagte:

„Von einer Buße ist selbstverständlich nicht die Rede. Um dem hochsinnigen Manne, der mir auf Erden am nächsten steht, einen herben Kummer über die Erbärmlichkeit und Undankbarkeit der Menschen zu ersparen — nicht um eine Genugtuung für ihn zu verlangen, kam ich hierher. Die Ehre des Geheimrats Arnold von Sylvander, des gefeierten Gelehrten und Philanthropen, wird durch die Angriffe irgendeiner kleinen Zeitung selbstverständlich nicht berührt. Ich habe lediglich getan, was ich für meine Kindespflicht mußte — nun mögen Sie nach Ihrem Ermessen handeln, mein Herr!"

Sie neigte kaum merklich den schönen Kopf und wandte sich zum Gehen. Heinz Burkhardt hatte eine Bewegung gemacht, als ob er sie mit einem raschen Wort zurückhalten wolle; aber es mußte ihm aus irgend einem Grunde in der Kehle steckengeblieben sein. Und erst als die junge Dame schon auf der Schwelle stand, fragte er in merklicher Befangenheit:

„Sie würden also nicht wünschen, daß ich mich persönlich bei Herrn von Sylvander entschuldige falls mein Gewissen, mir nach genauer Prüfung des Sachverhalts eine solche Entschuldigung zur Pflicht machen sollte?"

„Unter keinen Umständen," erklärte sie mit Entschiedenheit. „Solange ich es verhindern kann, soll mein Großvater nichts von dieser häßlichen Sache erfahren. Wie ich ihn kenne, kann ich Ihnen auf das bestimmteste versichern, daß er Sie gar nicht anhören würde. Es würde also eine ganz zwecklose Demütigung sein, der Sie sich mit einer solchen nachträglichen Entschuldigung aussetzten."

Sie hatte das Zimmer verlassen, und mit dem Bewußtsein, vor diesem schönen jungen Wesen die kläglichste Rolle gespielt zu haben, die ein Mann nur immer auf sich nehmen kann, blickte ihr der Zurückgebliebene nach. Sie mußte ihm sehr nahegehen; diese Erkenntnis, denn seine breite Brust atmete stürmisch, und auf seiner Stirn brannte eine heiße Röte. Ein paarmal durchmaß er mit ungestümen Schritten das kleine Zimmer; dann griff er nach seinem an der Wand hängenden Hute und ging zur Tür.

„Wenn Herr Gumpendorf kommt, wirst du ihm sagen, daß er unter allen Umständen hier auf meine Wiederkehr warten möge," befahl er dem kleinen Türhüter. „Ich muß in einer wichtigen Angelegenheit unbedingt heute noch mit ihm reden."

„Jawohl, Herr von Holmstetten, ich werde es ausrichten," erwiderte ehrerbietig der Junge, und mit der Hast eines Mannes, der keine Zeit zu verlieren hat, verließ der andere das Haus.

2. Kapitel.

Wer nicht gewußt hätte, daß Herr Waldemar Gumpendorf „Schriftsteller" und Herausgeber einer „für Recht und Wahrheit" kämpfenden Wochenschrift sei, der würde ihn seiner äußeren Erscheinung nach vermutlich für einen Athleten und Preisringer, oder allenfalls auch für einen Steinträger im Sonntagsstaat gehalten haben. Seine massige Gestalt, sein Stiernacken und der brutale Ausdruck seiner Gesichtszüge stimmten jedenfalls besser zu einer dieser Berufsarten als zu dem friedlichen Gewerbe eines Zeitungsschreibers. Und wie er jetzt — seit dem Besuche des Fräulein von Sylvander in der Redaktion der „Freien Worte" waren ungefähr drei Stunden vergangen — von seinem Platz vor dem Schreibtisch aus den ungeschlachten Oberkörper langsam nach dem eintretenden Holmstetten umwandte, war in seinen kleinen Augen überdies das tückische Glitzern einer gefährlichen Kampfbereitschaft.

Er ließ den kurzen Gruß des Ankömmlings unerwidert und redete ihn in demonstrativ hochfahrendem Tone an:

„Seit anderthalb Stunden warte ich hier auf Ihr Erscheinen. Und Sie wissen, daß die nächste Nummer noch heute druckfertig gemacht werden muß. Wenn Sie es mit Ihren Pflichten nicht etwas ernster nehmen, werden wir wahrscheinlich nicht lange beieinander bleiben, Herr von Holmstetten!"

„Sie sollen sogleich erfahren, ob ich es mit meinen Pflichten ernst nehme oder nicht," lautete die Erwiderung. Und es war etwas in ihrem Klange, das den andern bestimmte, seinen widerwärtigen Kopf noch tiefer zwischen die Schultern zu ziehen. „Wenn Sie geglaubt haben, in mir ein williges Werkzeug für irgendwelche Nichtswürdigkeiten zu finden, so sind Sie in einem gewaltigen Irrtum gewesen."

„Reden Sie so mit mir? — Wenn Sie nicht verrückt oder betrunken sind, werden Sie mir auf der Stelle eine Erklärung für diese Unverschämtheit geben."

„Die Reihe Erklärungen abzugeben, ist an Ihnen, nicht an mir. Wollten Sie nicht mit Ihrem Ehrenwort dafür einstehen, daß alles buchstäblich wahr sei, was ich auf Ihre Veranlassung in dem Artikel „Wie kostbare Sammlungen entstehen" geschrieben?"

„Nun ja — und was weiter?"

„Und war Ihnen nicht bekannt, daß mit dem Gelehrten, der in dem Artikel nicht genannt werden sollte, der Geheimrat Arnold von Sylvander, der bekannte Aegyptologe, gemeint war?"

„Selbstverständlich war mir das bekannt. — Was aber kümmert es Sie?"

„Was es mich kümmert — mich, der ich mit meinem Namen und meiner Person für den Aufsatz einzustehen habe?"

„Ah bah — Sie haben den Artikel ja nur mit Ihren beiden Vornamen unterzeichnet. Und außerdem dürfen Sie ganz ruhig sein. Herr von Sylvander wird weder Sie noch mich verklagen."

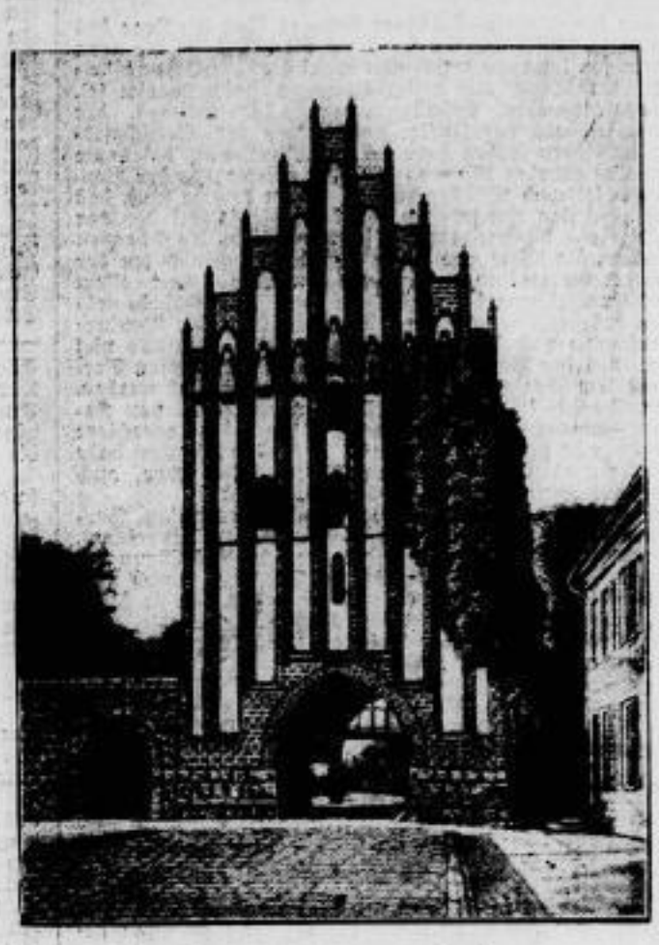
SLUB
Wir führen Wissen.

Szenenbild aus dem Film „Die schönste Frau der Staaten".

Zum 150. Todestag des Aesthetikers Breitinger.
Am 15. Dezember 1776 starb der Schweizer Aesthetiker Johann Jakob Breitinger, der mit seinem Landsmann Bodmer in dem Streit mit Gottsched zuerst das Recht der Phantasie gegenüber dem damals in der Dichtung herrschenden nüchternen Verstande vertrat. Beide gaben zusammen die „Kritische Dichtkunst" heraus und die „Discourse der Mahlern", die erste deutsche literarische Wochenschrift.

Zwei Königinnen der Mode.
Die beiden Modeköniginnen aus Paris und Budapest, die am Ball der Mode in Berlin, auf dem die deutsche Modekönigin gewählt wird, als Vertreterinnen ihrer Länder teilnehmen. Links, Fräulein Francoine Schullian, der beste Mannequin von Paris. Rechts, die 18jährige Antonia Czuppay aus Budapest, die ungarische Modekönigin.

Der älteste Turner Deutschlands.
Der Vorturner der „Alten Herren-Abteilung" der „Turngemeinde" in Berlin, der 84jährige Willi Retzloff, turnt noch immer in seiner Riege mit Frische und Gewandheit vor.



Schöne deutsche Bauten. — Stadttore.
Das Stargarder Tor in Neubrandenburg.
Neubrandenburg ist die Stadt der schönsten deutschen Tore und unter ihnen ist wieder das im 15. Jahrhundert erbaute Stargarder Tor am höchsten zu stellen. Sieghaft jauchzend schnellen die Senkrechten wie Standarten empor und enden in fröhlichen Spitzentürmchen. Eine Erdenschwere gibt es nicht. Nur einmal wird eine Wagerechte, die aber eigentlich auch wieder aus Senkrechten besteht, angedeutet, durch die neun Jungfrauen in steiffallenden Gewändern, die die Arme mit rührend naiver Unschuld ausbreiten, wie einen hohen Gast erwartend. Die Bedeutung dieser Terrakotten ist unbekannt, aber gerade ihre feierliche Steifheit stimmt sehr gut zu dieser Architektur.

Der Vater des Fahrrades.

Zum 75. Todestag des Freiherrn von Drais.

Am 12. Dezember 1926 waren 75 Jahre verflossen, seit der Vater des Fahrrades das Zeitliche gesegnet hat. Als Sohn eines badischen Oberhofrichters wurde Carl Friedrich Ludwig Christian von Drais Freiherr von Sauerbronn am 29. April 1785 zu Karlsruhe geboren. Sein Taufpate war Markgraf Carl Friedrich von Baden, der für die Familie von Drais eine besondere Zuneigung hatte, und sowohl dem Vater als auch dem Sohne viel Vergünstigungen zuteil werden ließ. — Nach dem Verlassen der Schule bezog der junge von Drais die Universität Heidelberg, um dort Forstwissenschaft, Physik und Baukunst zu studieren. Er legte auch als Student ein reges Interesse für Mechanik an den Tag, was seinen Lehrern nicht gefiel, ihnen jedoch insofern Bewunderung abzwang, als der junge Student seine Kommilitonen geistig weit überragte und mit dem Prädikat summa cum laude das Staatsexamen bestand. Als Forstinspektor in Gengenbach an der Kinzig widmete sich von Drais der Mechanik mit solcher Liebe, daß er seine dienstlichen Obliegenheiten vernachlässigte und den Unwillen seiner Vorgesetzten erregte. Durch die Gunst des Großherzogs von Baden erhielt von Drais zur Vervollkommnung seiner mechanischen Studien einen längeren Urlaub, und in dieser Zeit konstruierte er einen durch Menschenkraft getriebenen vierräderigen Wagen. — Im Jahre 1804 wurde der junge von Drais Jagdjunker, 1806 Hofjunker, 1808 Kammerjunker, und seine Laufbahn hätte wohl einen weiteren Aufstieg genommen, wenn im Jahre 1811 nicht der regierende Fürst gestorben und ein Schwiegersohn Napoleons an die Regierung gekommen wäre. Der neue Landesvater begünstigte die Bestrebungen des jungen von Drais nicht, und der Erfinder entschloß sich im Jahre 1814, nachdem er dem russischen Kaiser Alexander I. seinen Wagen in Freiburg vorgeführt hatte, zum Wiener Kongreß zu fahren, um den dort zusammenströmenden Fremden seine Erfindung zu zeigen. Herr von Drais fand in Wien eine sehr freundliche Aufnahme und seine Laufbahn wäre durch die Zuneigung der Ausländer wohl gesichert gewesen, wenn er durch seine Vorführungen nicht den Unwillen seiner Vorgesetzten in Mannheim dadurch erregt hätte, daß er bei seinen Vorführungen die Uniform eines Forstmeisters trug und sich als Kammerherr bezeichnete.

Die Schwerfälligkeit des vierrädrigen Wagens brachte Drais auf den Gedanken, es mit drei Rädern zu versuchen, aber auch diese Idee mußte verworfen werden, und erst im Juli 1817 hörte man wieder etwas von der „Draisine". Am 12. Juli 1817 fuhr Freiherr von Drais auf einer zweirädrigen Laufmaschine von Mannheim nach Schwetzingen, und diese Fahrt wurde von der Presse in so günstigem Sinne kritisiert, daß die Augen der Welt sich auf die Lösung eines Problems richteten, das schon seit Jahrhunderten die Erfinder beschäftigt hatte. Herr von Drais begann seine Maschine, bei der der Fahrer auf einem primitiven Sattel sitzend mit den Füßen vom Erdboden sich abstoßen mußte, fabrikmäßig herzustellen und Wettbewerbe zu veranstalten, um für seine Erfindung Propaganda zu machen. Eine „Draisine" kostete in billigster Ausführung Mk. 45,— und in bester Ausführung Mk. 100,—, nachdem die Erfindung am 12. Januar 1818, auf zehn Jahre patentiert worden war. Der Großherzog von Baden verlieh dem Erfinder den Titel eines Professors der Mechanik und auch der König von Preußen zeichnete Drais aus. — Im Jahre 1821 wurde Freiherr von Drais Kammerherr und im Jahre 1822 Premierleutnant im Leib-Grenadier-Regiment. Seine Erfindung erfreute sich trotz des Widerstandes seiner Landsleute im Ausland großer Sympathie, im Jahre 1825 ging Herr von Drais nach Amerika, um auch dort seine Erfindung zu zeigen. In Brasilien erreichte ihn die Nachricht von der Erkrankung seines Vaters und nach vierjährigem Aufenthalt in der neuen Welt kehrte er in die Heimat zurück. Am 2. Februar 1830 starb der Vater des Erfinders, der das väterliche Erbe dazu verwandte, um die im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten stark gesteigerte Erfinderlust zu befriedigen. Herr von Drais erfand den noch heute im Gebrauch befindlichen Dampfkochtopf, einen Doppelspiegel zur Erhellung finsterer Orte, der als Vorläufer des Periskopes zu betrachten ist, ferner eine Taxationsskala zur Bewertung von Diamanten und als bedeutendstes neben dem Fahrrade die Schreibmaschine. Von diesen Erfindungen befindet sich die von Drais konstruierte Schreibmaschine in Privatbesitz in Karlsruhe und eine „Draisine" im Besitz des germanischen Museums zu Nürnberg. — Die Erfindungen verzehrten das väterliche Erbe, und da seine Eingaben um Unterstützung unbeachtet blieben, brach der hoffnungsfrohe Mann zusammen. Die Mitwelt sah in ihm den „verrückten Baron", und die Schuljugend lief höhnend hinter ihm her, wenn er auf seiner „Draisine" sich sehen ließ. Als er am 27. Oktober 1835 wiederum mit seiner Laufmaschine durch die Straßen Mannheims fuhr, verspottete ihn ein Engländer. Herr von Drais geriet mit dem Spötter in Streit, in dessen Verlauf der des Bogens kundige Engländer den Freiherrn niederschlug. Als der Vorfall bekannt wurde, entzog die Regierung dem Freiherrn die Kammerherrnwürde, und in stiller Zurückgezogenheit lebte Freiherr von Drais nach diesen Ereignissen seinen Ideen.

Durch eine amtliche Bekanntmachung wurde er im Jahre 1849 für geisteskrank erklärt, und gänzlich vereinsamt starb der unglückliche Erfinder als Junggeselle im Alter von 66 Jahren am 12. Dezember 1851 in Karlsruhe.

An das tragische Ende eines Mannes, der der Welt eine der größten Kulturerrungenschaften gegeben hat, soll anläßlich des 75. Todestages erinnert werden. Wohl keine Erfindung auf dem Gebiete der Technik hat der Menschheit so große Dienste geleistet wie das Fahrrad, aus dem Kraftfahrzeug und Flugzeug sich entwickelt haben, und der Deutsche Radfahrerbund hat dem als Vater des Fahrrades betrachteten Freiherrn von Drais am 24. September 1903 in Karlsruhe ein Denkmal gesetzt. Auch am ehemaligen Wohnhause des Freiherrn von Drais in Mannheim prangt eine vom Deutschen Radfahrerbund gewidmete Ehrentafel.

Die im Jahre 1818 vom Grafen Reutlinger von Weil in Achstetten bei Ulm erworbene „Draisine" befindet sich seit 1884 im germanischen Museum in Nürnberg. Die Maschine trägt das Wappen derer von Drais als Patentmarke. Die eisenbeschlagenen Räder haben einen Durchmesser von 65 Zentimeter, die Naben stehen 1,90 Meter voneinander entfernt.

Die im Nachlaß des Verstorbenen gefundene Schreibmaschine wurde vom Hofschlosser Wenlöhner in Karlsruhe übernommen, während eine im gleichen Besitz befindliche „Draisine" im Jahre 1897 für Mk. 500,— von der Stadt Karlsruhe angekauft worden ist.

Die sterblichen Ueberreste des großen Erfinders sind im Jahre 1891 vom Deutschen Radfahrerbund nach dem neuen Karlsruher Friedhof überführt worden. Als Andenken an diese Feier ist ein Bild hergestellt worden, das als Reliquie Holz vom Sarge des Freiherrn von Drais enthält.

Tagung der sächsischen Viehhändler.

ttb. **Dresden.** Der Landesverband sächs. Viehhändler hielt am Freitag nachmittag in den „Drei Raben" seinen diesjährigen Verbandstag in Gegenwart zahlreicher Ehrengäste ab. Den Begrüßungsworten des geschäftsführenden Vorsitzenden Hermann Keil folgten kurze Ansprachen von Vertretern der Regierung, des Landesfinanzamtes, der Handels- und Landwirtschaftskammern, sowie befreundeter Parteien und Wirtschaftsverbände.

Das erste Referat hielt Bundesdirektor Schulz, Berlin, über das Thema: „Der Viehhandel und die Seuchenbekämpfung". Er kritisierte die Mängel des veralteten, aber noch herrschenden Reichsviehseuchengesetzes vom Jahre 1900. Dieses Gesetz stehe weder mit den neueren Forschungen über das Wesen der Viehseuchen im Einklang, noch nehme es Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse. Die Verschiedenartigkeit der Ausführungsbestimmungen in den einzelnen Ländern habe zu großer Verwirrung auf diesem Gebiete geführt. Bei einer Revision des Gesetzes, die dringend gefordert werden müsse, sei deshalb eine größere Einheitlichkeit in der Ausführung anzustreben. Die wichtigste Angelegenheit sei allerdings die Kostenfrage. Die bisherige Regelung, die die gesamten Kosten der Seuchenbekämpfung dem Viehhandel aufbürdete, sei nicht länger tragbar. Künftig müsse der Staat wenigstens zum größeren Teile die Kosten selbst übernehmen, da er an einer Gesundherhaltung des deutschen Viehbestandes stark interessiert ist. Das gleiche müsse für die Kosten der Viehimpfungen gefordert werden.

Nach einem kurzen Korreferat des Geschäftsführers Lehnert, Dresden, das sich mit den sächsischen Verhältnissen beschäftigte, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen.

Dann sprach Geschäftsführer Lehnert über die Lage des Viehhandels. Die Not des deutschen Viehhandels, die ganz allgemein sei, laste am drückendsten auf dem sächsischen Viehhandel, da Sachsen ein ausgesprochenes Zuschußgebiet sei. Nach den schweren Erschütterungen des Krieges, der Zwangswirtschaft, der Inflationszeit und der Wirtschaftskrisen der letzten Jahre habe sich der Viehhandel bis heute nicht wieder erholen können. An eine Wiederkehr der Vorkriegslage sei noch nicht zu denken. Dazu komme noch, daß die gegenwärtige Konjunktur für den Viehhandel denkbar ungünstig sei. Außerordentlich drückend seien die Abgaben und Lasten, die heute noch dem Viehhandel von seiten der öffentlichen Verwaltungen zugemutet werden. Vor allem sei eine Ermäßigung der Gebühren auf den Schlachtviehmärkten dringend erforderlich. Die Gebühren für Wandergewerbescheine und Ursprungszeugnisse seien ebenfalls viel zu hoch. Bei der Berechnung der Umsatzsteuer müßten Verlust- und Tauschgeschäfte künftig mehr berücksichtigt werden. Der Viehhandel sei zahlungswillig nach Maßgabe von Kapital und Einkommen und verdiene deshalb eine gerechtere Behandlung in steuerlicher Hinsicht. Die Organisation habe geholfen, wo es nur möglich gewesen sei. Sie habe auch ihre sozialen Einrichtungen ausbauen können.

Zur Frage der Preisnotierung machte nach diesem Vortrage der Vertreter des sächsischen Wirtschaftsministeriums, Ministerialrat Dr. Richter, noch ergänzende Ausführungen.

Ueber die Schlachthofgebühren in Dresden sprach noch Schlachthofdirektor Angermann und teilte mit, daß sie heute nur 25 Prozent höher als vor dem Kriege seien.

Dann folgte die Bekanntgabe der Beschlüsse der Delegiertenversammlung des Bundestages.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. An Stelle des verstorbenen Mitgliedes Reiche-Fischendorf wurde Hermann Keil, Dresden, zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Vermischtes.

Großfeuer bei Kassel. In dem benachbarten Dorfe Speele brach gestern abend Feuer aus, das ein Wohnhaus mit Gastwirtschaft, ein Fabrikgebäude und mehrere Scheunen und Stallungen ergriff. Die zu Hilfe gerufene Kasseler Feuerwehr erschien an der Brandstelle erst später. Da sich die brennenden Gebäude in einem sehr eng gebauten Ortsteil befanden, so bestand die Gefahr, daß ein großer Teil des Dorfes den Flammen zum Opfer fiel. Es gelang schließlich, das Feuer auf die obengenannten Gebäude zu beschränken und den übrigen Teil des Dorfes zu retten. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. Das Feuer selbst dürfte erst in einigen Tagen vollständig gelöscht sein, da es an den in den brennenden Häusern befindlichen Materialien reiche Nahrung findet.

Schadenfeuer in einer Berliner Vogelhandlung. Gegen 1 Uhr nachts entstand am Sonnabend in einer Vogelhandlung in der Schillstraße 11 ein Brand. Durch den dichten Rauch und die starke Hitze wurden sämtliche Vögel und sonstige Tiere, darunter mehrere Papageien im Alter von 140—200 Jahren getötet. Nur ein Affe kam mit dem Leben davon. Das Feuer konnte nach einer halben Stunde gelöscht werden. Der Schaden ist groß und nicht durch Versicherung gedeckt.

Abermals schweres Bauunglück in Rummelsburg. Im Großkraftwerk Berlin-Rummelsburg, wo sich bekanntlich vor einiger Zeit ein so schweres Bauunglück ereignete, daß der Preußische Landtag sich damit beschäftigte, sind trotz aller Versicherungen der Verwaltung anscheinend die Gefahrenherde noch nicht beseitigt. Am Sonnabend wurde ein 40 Zentner schweres Eisenrohr für Kanalisationszwecke hinabgewunden, als plötzlich der Drehbock stürzte. Ein 63jähriger Arbeiter wurde zu Boden geschmettert und erlitt einen Bruch der Wirbelsäule sowie schwere Kopfverletzungen. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Explosion eines Oeltankdampfers. Mehrere heftige Explosionen auf dem auf der Höhe von Brooklyn vor Anker liegenden Oeltankdampfer Agwisun erschütterten gestern nacht das Hafenviertel. Zahlreiche Fensterscheiben gingen in Trümmer. Hunderte von am Wasser wohnenden Familien flohen aus den Häusern. Die Mannschaft des Schiffes rettete sich bei der ersten Explosion. Das Schiff ist gesunken.

Gesunkener Dampfer. Der von Tientsin kommende indochinesische Dampfer Lienshing ist heute früh 64 Meilen von Schanghai auf einen Felsen aufgelaufen und gesunken. Ein in der Nähe weilendes Lotsenboot rettete die fremden Offiziere und Passagiere und fast alle Chinesen außer drei, von denen man weiß, daß sie umgekommen sind. — Eine spätere Meldung besagt: Das in der Nähe von Schanghai verunglückte Schiff „Lienshing" hatte 237 Personen, darunter 26 Europäer und 5 Kinder an Bord. Der finanzielle Verlust beträgt, die Ladung ungerechnet, 90 000 Pfund Sterling. Soweit bis jetzt bekannt, sind 25 Chinesen ertrunken.

Der Binzer Juwelendieb vor Gericht. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute die Verhandlung wegen des Binzer Juwelendiebstahls, bei dem am 10. Juli in einem Hotel in Binz der Frau des Schriftstellers Erdmann Schmucksachen im Werte von 40 000 Mark gestohlen wurden. Angeklagt ist der schon mehrfach vorbestrafte Arbeiter Floethe als Haupttäter und wegen Hehlerei der Schneider Riem, der Artist Fritsch, der Eisenhändler Brandt, der Transportarbeiter Kirschner. Der Angeklagte Floethe behauptet, bei dem Verkauf der Juwelen stark übervorteilt worden zu sein und nur wenige Tausend Mark erhalten zu haben, man habe gesagt, die Juwelen seien nur Imitation.

Selbstmordversuch eines Hamburger Defraudanten in einem Berliner Hotel. Bei einer zufälligen Prüfung der Personalien neu angekommener Gäste in einem Hotel der Berliner Innenstadt durch die Kriminalpolizei hat sich heute morgen ein Kaufmann Heidmann, als man ihn aufforderte, seine Tür zu öffnen, zwei Kugeln in den Kopf geschossen. Er hatte einer Hamburger Firma, bei der er beschäftigt war, 10 000 Mark unterschlagen, die bis auf 300 Mark bereits ausgegeben sind. Er wurde schwer verletzt nach dem Stadtkrankenhaus geschafft.

Tod eines Kindes in einer Jauchegrube. Der vierjährige Sohn Peter des Kaufmanns Löwenstamm aus Alt-Glienicke fiel gestern in eine auf dem Hofe des Elternhauses befindliche Jauchegrube und ertrank.

Ein ungetreuer Postaushelfer. Der Postaushelfer Steinke in Berlin, der als Begleiter von Postwagen auf der Fahrt Briefe geöffnet und den Inhalt sich angeeignet hatte, wurde wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung und Unterdrückung öffentlicher Urkunden vom erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Das Schöffengericht beschloß, den Angeklagten zum Gnadenerweis zu empfehlen.

Für 60000 Mark Effekten unterschlagen. Nach einer Morgenblättermeldung ist der 25jährige Bankangestellte Karl Kuhnt, der seit drei Jahren bei einer kleinen Berliner Bank tätig war, nach Unterschlagung von Effekten im Werte von 60 000 Mark flüchtig geworden.

Ein rheinischer Industrieller im Luxushotel bestohlen. Der bekannte rheinische Großindustrielle Geh. Rat Dr. Silberberg ist in einem Berliner Luxushotel, während er schlief, beraubt worden. Den Dieben fielen außer einer goldenen Uhr noch 1000 Mark Bargeld und wertvolle Ausweise in die Hände. In der gleichen Nacht wurde in demselben Hotel ein anderer Gast ebenfalls um seine goldene Uhr und 300 Mark Bargeld bestohlen. Da diese Diebstähle in letzter Zeit nichts seltenes sind, dürfte es für die Hotelverwaltung an der Zeit sein, energisch für die Sicherheit ihrer Gäste zu sorgen.

Einschränkung der Gerichtsberichterstattung in einem Potsdamer Prozeß. Am Sonnabend begann vor dem Potsdamer Schöffengericht der Prozeß gegen Hermann v. Oppen wegen Betrug, Urkundenfälschung und versuchter Nötigung. Vor Eintritt in die Verhandlung ließ der Vorsitzende die Vertreter der Presse einen Revers unterschreiben, wonach sie sich verpflichteten, im Interesse der Verhandlung Einzelheiten über die Aussagen des Angeklagten und der Zeugen vor Verkündigung des Urteils erster Instanz nicht zu veröffentlichen. Motiviert hat der Vorsitzende sein Vorgehen, das wohl bisher einzig dasteht, damit, daß einige Zeugen noch unterwegs seien, die durch die veröffentlichten Aussagen in ihren Aussagen nicht beeinflußt werden sollten.

Die älteste eiserne Brücke Europas in Gefahr. Nach Meldung aus Breslau ist die Brücke über das Striegauer Wasser in Laasen im Kreise Striegau, die bereits im Jahre 1796 gebaut worden ist, und als die älteste eiserne Brücke Europas gilt, baufällig geworden. Man hofft jedoch, die Brücke in ihrer bisherigen Form weitererhalten zu können.

Eine Bitte!

Damit die Herstellung des Riesaer Tageblattes nicht verzögert wird und die Ausgabe pünktlich erfolgen kann, ist es notwendig, daß die Anzeigen rechtzeitig aufgegeben werden, d. h. größere Anzeigen am Tage zuvor, kleinere bis spätestens früh 9 Uhr. Auch auf die Ausstattung der Anzeigen, von der die Wirkung mit abhängig ist, kann nur dann die nötige Sorgfalt verwendet werden. Wir bitten unsere werten Inserenten dies zu berücksichtigen, denn schließlich haben diese das größte Interesse an dem pünktlichen Erscheinen der Zeitung.

Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

Fußball-Länderspiel Deutschland gegen Schweiz 2:2.

Das bedeutendste sportliche Ereignis des Tages in Deutschland bildete das 60. Fußball-Länderspiel der deutschen National-Elf, die in München auf dem 1860er Stadion vor 40 000 Zuschauern gegen die Schweizer Ländermannschaft ihr 12. Spiel lieferte. Selbst wenn die Hoffnung, daß diese Begegnung einen Sieg für die deutschen Farben bringen möchte, nicht erfüllt, was der deutschen Mannschaft vor allem den Sieg kostete, war das vollkommene Versagen des deutschen Torhüters Ertl-München, der alle 3 Tore hätte halten müssen. Beim deutschen Sturm versagte vor allem das Innentrio, besonders Harder hatte einen schlechten Tag. Von den beiden Außenstürmern, die befriedigen konnten, war Schern der bessere. Unentwegt und sicher arbeiteten die beiden Verteidiger, wenn sich auch Kutterer zunächst nur langsam zurechtfand. Müller hatte als Mittelläufer eine Bestform, die ein vollwertiger Ersatz für Kalb-Nürnberg gewesen wäre, nicht erreicht. Ein großes Spiel lieferte von den Läufern nur Geiger, dem aber Schmidt nur wenig nachgab. Die Schweizer Mannschaft stellte die geschlossene Elf dar. Fast unüberwindlich war das Schlußtrio, aus dem der Linksverteidiger de Week besonders hervorragte. Die Läuferreihe hatte in von Arx einen Mann von großen Führerqualitäten. Seine Nebenleute waren ebenfalls flinkbein und gut. Der Schweizer Sturm war schnell, technisch wohl geschult und schußfreudig. Der Spielverlauf gestaltete sich sehr lebhaft. Die Schweiz hatte Anstoß, welcher von Harder sofort abgefangen wird. Schon in den ersten Minuten kommen beide Tore in Gefahr. In der 4. Minute erzielt Deutschland die erste Ecke, die nichts einbringt. In der 7. Minute läßt der deutsche Torhüter den Ball schwach ins Feld. Der Schweizer Halblinks Brand schießt rasch entschlossen aufs Tor und der Ball, den Ertl im Zurücklauf nicht erreichen kann, landet im deutschen Netz. 6 Minuten später kommt der Schweizer Linksaußen schön durch und schießt auch Tor. Ertl läßt den Ball aus den Händen gleiten. Der Schweizer Halbrechts Weiler ist blitzschnell am Ball und sendet zum zweiten Mal für die Schweiz ein. Im weiteren Verlauf hat Deutschland zwar etwas mehr vom Spiel, auch mehrere Ecken, doch kann der langsame und unentschlossene deutsche Sturm zuerst keinen Erfolg erzielen. Bis 3 Minuten vor Schluß der ersten Halbzeit durch Freistoß direkt auf das Tor, ist der erste Treffer für die deutschen Farben erzielt. 2 Minuten nach Wiederbeginn gleicht Schern für Deutschland aus. Abseitsstellung muß. Das Spiel wird lebhafter und vor allem scheint eine leichte Ueberlegenheit der deutschen Elf bemerkbar zu sein. Noch lauerten die Schüsse des deutschen Sturmes nur neben oder über den Latten und muß auf Tor hinaus sein, endet in den Händen des sicheren Schweizer Torhüters. Auch die Schweizer werden wiederholt durch Durchbrüche gefährlich und erzielen überraschend in der 37. Minute der zweiten Halbzeit durch ihren Linksaußen das 3. Tor. Zwar verzichtet die deutsche Ländermannschaft verzweifelt noch den Ausgleich herbeizuführen, aber die Schweizer verlegen sich auf das taktisch richtige Spiel und verteidigen mit 4 Leuten, sodaß am Resultat nichts mehr geändert werden konnte. Jack Mutters-Holland war ein umsichtiger Leiter des Spiels.

Fußball in Sachsen.

Spielvereinigung gegen VfB. Leipzig 1:6.
Germania gegen T. u. B. Leipzig 1:1.
Eintracht gegen Olympia Germania Leipzig 2:0.
Sportfreunde gegen Viktoria Leipzig 3:0.
Probst Leipzig gegen Guts Muts (Gokaspiel) 2:1.
Fortuna Leipzig gegen VfB. Glauchau (Bez. Sp.) 3:0.
VfB. gegen VfB. Chemnitz 8:0.
SC. Hartha gegen Sturm Chemnitz 0:2.
Wacker gegen Polizei SV. Chemnitz 2:2.
National gegen Teutonia Chemnitz 1:0.
Germania Chemnitz gegen Hellas Germania Wittweida 1:1.
VfB. Zwickau gegen SC. Zwickau 5:1.
T. u. B. Werdau gegen Spielvereinigung Meerane 07 1:6.
Spielvereinigung Crimmitschau gegen VfL. Schneeberg 3:1.
Fußballring Crossen gegen SC. Planitz 0:3.

•

Schwimmen in Leipzig.

LSC. Neptun gegen Wasserfreunde Jena 6:4.

•

Schachspiel.

Der deutsche Schachmeister Sämisch gab am Sonnabend in Dresden eine seiner beliebten Blindvorstellungen gegen 16 Bretter und konnte dabei 11 Siege erzielen, 4 Spiele remis machen und verlor gegen einen Gegner.

Auf der Suche nach Einbrechern die eigene Frau erschossen. In der vergangenen Nacht tötete ein Bezirksamtssekretär in Zweibrücken in der Annahme, Einbrecher drängen in seine Wohnung ein, durch einen Schuß seine Frau.

Hungerstreik und Tumult in einem polnischen Gefängnis. In dem großen Wilnaer Gefängnis Lukiszki brach vor sechs Tagen unter den politischen Gefangenen ein Hungerstreik aus, weil gewisse Forderungen der Gefangenen, wie Verminderung der Belegzahl in den einzelnen Zellen, raschere Uebermittlung der Korrespondenz, die Erlaubnis, auch in nichtpolnischer Sprache geschriebene Briefe zu erhalten, von der Gefängnisabteilung abgelehnt wurden. Als die Gefängniswache gestern die Gefangenen zum Arzt bringen wollte, wo sie künstlich ernährt werden sollten, brach unter den Gefangenen ein großer Tumult aus. Sie zerschlugen Fensterscheiben und schrieen so, daß man sie auf der Straße hören konnte. Gleichzeitig versammelten sich vor dem Gefängnis einige hundert Parteigänger und Angehörige der Gefangenen, um zu demonstrieren. Die Menge setzte dem Versuch der Polizei, sie zu zerstreuen, Widerstand entgegen und bewarf die Schutzleute mit Steinen. Herbeigeeilte Kavallerie säuberte dann den Platz. Gegen 20 Personen wurden verhaftet.

Rekordleistung eines Sängers. Michael Bohnen, der als körperlich stärkster unter den deutschen Sängern gilt, hat jüngst eine Leistung vollbracht, die auch für eine seltene Ausdauer seiner Stimme zeugt. Bohnen sang den Hans Sachs in Leipzig, am nächsten Tage den Ochs von Lerchenau in Berlin. Nachdem er diese beiden Partien, die zu den umfangreichsten und anstrengendsten des Opernrepertoirs zählen, hinter sich gebracht, flog Michael am Tage darauf nach Paris, wo er am Abend als Mephisto auf den Brettern stand, kehrte am nächsten Tage durch die Luft nach Berlin zurück, hatte eine anstrengende Probe und sang am kommenden Abend den Scarpia in Tosca. — Wer macht's ihm nach?

Berlin als Rittergutsbesitzer. Nach dem Ankauf des Rittergutes Düppel-Dreilinden hat der Berliner Magistrat jetzt beschlossen, zur Erweiterung von Rieselgütern auch das Rittergut Groß-Ziethen, das 1128 Morgen umfaßt, zum Preise von 350 000 Mark zu erwerben.

Goethe mit gesträubtem Haar. Unter den neuen Briefmarken des Deutschen Reiches, der Bilderserie von 1926, hat man bei den Dreipfennig-Goethemarken bereits eine Kuriosität gefunden. Auf einzelnen Stücken erscheint Goethe mit arg zerzaustem, gesträubtem Haar! Diese „Fehldrucke" sind natürlich „ein Fressen" für die Spezialitätensammler.

Ein Polizeihund bei der Feuerwehr. In Stuttgart wurde in den Dienst der Feuerwehr ein Polizeihund gestellt, der die Aufgabe hat, böswillige Alarmierungen zu verhüten, beim „Platzmachen" an den Brandstätten zu helfen und die Fahrzeuge zu bewachen. Der vierbeinige Gehilfe soll sich sehr gut bewähren.

Handel und Volkswirtschaft.

Gegen die geplante Erhöhung der Branntweinsteuer hat die Hauptgemeinschaft der Spitzenverbände des Brennerei- und Spirituosengewerbes in einer Entschließung aufs schärfste protestiert. Die Entschließung spricht von einer Ueberrumpelung des Reichstags und verlangt sorgfältige Prüfung der Wirkungen einer Erhöhung der Branntweinsteuer um mehr als die Hälfte für das Brennereigewerbe, für die Trinkbranntweinindustrie, vor allem aber auch für alle Verbraucher von technischem Spiritus. Durch die Verringerung des Konsums von Trinkbranntwein würde die Reichsmonopolverwaltung einen Einnahmeausfall von 15 Millionen haben.

Die Stelle des Reichskohlenkommissars soll fortfallen. Der Haushaltausschuß des Reichstags erledigte am Sonnabend den zweiten Nachtragsetat des Reichswirtschaftsministeriums. Auf eine Anfrage des Ab. Erfing (Ztr.) wurde von der Regierung mitgeteilt, daß der Reichskohlenkommissar im Etat 1927 nicht mehr erscheinen werde. Seine Arbeit habe sich gerade in den letzten Monaten während des englischen Kohlenstreiks als recht nützlich erwiesen. Das Ministerium werde neue Vorschläge machen. — Abg. Wissel (Soz.) wies darauf hin, daß das Reichswirtschaftsministerium die Aufgaben des Kohlenkommissars übernehmen müsse. — Abg. v. Raumer (DVP.) betonte, daß die Kohlenlage sich von Vierteljahr zu Vierteljahr ändere. Deshalb müsse immer ein geeigneter Apparat vorhanden sein. Auch der Zentrumsabgeordnete Sching betonte, daß das Ministerium die Aufgaben des Kohlenkommissars selbst lösen müsse. Dem Zentrum liege nur an einem Abbau des ersten Kommissars.